

POLITISCHE STUDIEN 408

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema:

China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschafts- politik

Mit Beiträgen von

**Gottfried-Karl Kindermann, Willi
Lange, Kay Möller, Markus Taube,
Jürgen Wilke und Junhua Zhang**

Jean-Claude Juncker

Politische Studien-Zeitgespräch
zum Thema „Die Zukunft Europas?
– Das Europa der Zukunft“

Donate Kluxen-Pyta

Werte-Orientierung in Unternehmen:
Wirtschaft ohne Werte?

Patrick Moreau/Rita Schorpp

Auf dem Weg zur Vereinigung? PDS
und WASG nach ihren Parteitagen

Stefan Ebner

Public-Private-Partnership:
Die Lösung für Kommunen?



**Hanns
Seidel
Stiftung**



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a.D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (stellv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Irene Krampf (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33, 80636 München
Telefon 089/1258-241
Telefax 089/1258-469
Internet: www.hss.de
E-Mail: PolStud@hss.de

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser	Editorial Neue deutsche Außenpolitik – Kontinuität und Wandel 5
Jean-Claude Juncker	Politische Studien-Zeitgespräch zum Thema „Die Zukunft Europas? – Das Europa der Zukunft“ 11

Schwerpunktthema: China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschaftspolitik

Reinhard C. Meier-Walser	Einführung 19
Gottfried-Karl Kindermann	Geschichtliche Hintergründe chinesischer Außenpolitik..... 21
Markus Taube	Die VR China als aufstrebende Macht in der Weltwirtschaft: Herausforderungen an Europa 26
Kay Möller	Die Grenzen des „Aufstiegs“ der Volksrepublik China 36
Junhua Zhang	Die 28-jährige Reform der VR China – Eine kurze Bilanz und ihre Zukunftsperspektive 47
Jürgen Wilke/ Willi Lange	Exkurs: Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der Volksrepublik China 56

Donate Kluxen-Pyta	Werte-Orientierung in Unterneh- men: Wirtschaft ohne Werte? 60
Patrick Moreau/ Rita Schorpp	Auf dem Weg zur Vereinigung? PDS und WASG nach ihren Parteitag 67

Stefan Ebner	Public-Private-Partnership: Die Lösung für Kommunen?	78
Das aktuelle Buch	85
Buchbesprechungen	87
Ankündigungen	95
Autorenverzeichnis	96

Editorial

Neue deutsche Außenpolitik – Kontinuität und Wandel

Reinhard C. Meier-Walser

1. Konstanten und Maximen

Zu den Konstanten deutscher Außenpolitik seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 gehören neben Grundzielen wie der Schaffung und Konsolidierung von Sicherheit, der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft und der Förderung europäischer Integration etc.¹ auch ungeschriebene Regeln wie z.B. die Steuerung eines ausgewogenen Balance-Kurses zwischen Paris und Washington, das Tabu einer Instrumentalisierung deutscher Außenpolitik zu parteitaktischen Zielen oder die strikte Vermeidung deutscher außenpolitischer „Sonderwege“ zu Gunsten einer multilateralen Einbindung Deutschlands.²

2. Gerhard Schröders Kurskorrektur

Diese Grundanliegen und Leitlinien wurden von allen deutschen Bundesregierungen von Adenauer bis Kohl beachtet. Auch nach Antritt der rot-grünen Koalition im Jahr 1998 schienen

sie zunächst Beachtung zu finden. Im Zuge der Eskalation der Irak-Krise im Laufe des Jahres 2002 kam es allerdings zu einer fundamentalen außenpolitischen Kurskorrektur der Berliner Regierung, die sich in folgenden Schritten festmachen lässt:

Erstens verließ Schröder die seit jeher ungebrochene Tradition, die deutsche Außenpolitik nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren, indem er die Irak-Krise in den Mittelpunkt seiner Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahlen im Herbst 2002 stellte und gezielt Kriegsängste entfachte.

Zweitens verließ Schröder die Maxime der Balance-Politik zwischen Washington und Paris, indem er sich in Konfrontation zur Bush-Administration auf die Seite von Präsident Chirac stellte und diese Achse durch einen engen Schulterchluss mit Präsident Putin zu einem neuen, gegen die USA gerichteten Dreieck Berlin – Paris – Moskau ausweitete.

Drittens: Da mehrere einflussreiche westeuropäische Staaten wie Großbri-

tannien, Italien und Spanien sowie ausnahmslos alle zentral- und osteuropäischen Staaten in der Irak-Krise auf der Seite der USA standen, hatte sich Berlin sowohl im transatlantischen Beziehungsgefüge als auch in der Europäischen Union und im Kreis der NATO- und EU-Beitrittskandidaten weitgehend isoliert. Das bedeutet allerdings – dritter Kontinuitätsbruch – eine Abkehr von der multilateralen Einbindung Deutschlands zu Gunsten eines Einschwenkens in einen deutschen Sonderweg, den der Erlanger Historiker Michael Stürmer mit Blick auf vergangene verhängnisvolle deutsche Sonderwege als gefährliche Kombination von Nationalismus und Neutralismus („linker Wilhelminismus“) bezeichnete.

Zwar konnten nach dem Ende des Waffenganges gegen den Irak die transatlantischen Spannungen zumindest teilweise abgebaut und die innereuropäische Spaltung überbrückt werden, eine substanzielle Klimaverbesserung schien aber kaum möglich, solange die Hauptantagonisten auf beiden Seiten des Atlantiks, Schröder, Chirac und Bush, noch im Amt waren.

3. Angela Merkels neuer Kompass

Vor diesem Hintergrund trat im November 2005 die neue Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD in Berlin ihr Amt an. Zur Außenpolitik, so wusste Konrad Adenauer, der erste deutsche Bundeskanzler, der bis 1955 in Personalunion auch Außenminister war, gehört „vor allem Erfahrung“. Die besaß seine Nachfolgerin im Kanzleramt, Angela Merkel, bei ihrem Amtsantritt zwar nicht, aber sie hat sich sehr

schnell auf dem glatten Parkett der Diplomatie zurechtgefunden. Ihre bisherigen Schritte nach rund neunmonatiger Amtszeit deuten darauf hin, dass mit der ersten Frau im Chefsessel der Regierung die Außenpolitik der Bundesrepublik eine substanzielle Kurskorrektur erfährt. An Stelle der kontraproduktiven, Berlin international isolierenden Diplomatie Gerhard Schröders zielt Angela Merkels außenpolitischer Kompass wieder in Richtung Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. Die Irritationen, die Schröders oftmals ruppiges und unbedachtes Vorgehen u.a. sowohl bei wichtigen internationalen Partnern wie den USA als auch bei europäischen Freunden wie Österreich ausgelöst hat, sollen durch eine Strategie konstruktiver und vertrauensvoller Nachbarschafts-, Europa- und Bündnispolitik nachhaltig korrigiert werden.

4. Dominanz der Kanzlerin

Die Berufung von Schröders ehemaligem Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum Außenminister der Großen Koalition wurde im Ausland zunächst mitunter als Signal einer kontinuierlichen Fortführung des außenpolitischen Kurses von Rot-Grün gewertet. Tatsächlich besitzt Steinmeier jedoch wenig gestaltenden Einfluss. Er hat weder Bundestagsmandat noch Parteiamt und deshalb nicht nur keine Hausmacht in seiner Partei, sondern ihm bläst sogar der Wind aus dem linken, pazifistischen Flügel der SPD ins Gesicht. Anders als seine Vorgänger Brandt, Scheel, Genscher, Kinkel und Fischer muss Steinmeier auch auf den prestigeträchtigen Titel des Vizekanzlers verzichten.³

Während Schröders früherer Adlatus als Außenamtschef zermürbendes Krisenmanagement auf Arbeitsebene betreibt und undankbare Routinegeschäfte zu erledigen hat, spielt Kanzlerin Angela Merkel lieber medienwirksam in der obersten Liga der Diplomatie, wo sie sich gern souverän und selbstsicher im Kreise internationaler Staats- und Regierungschefs zeigt. Außenpolitik, daran kann kein Zweifel bestehen, ist Chefsache in der Großen Koalition. Den Kurs bestimmt die Kanzlerin.

5. Neue außenpolitische Prioritäten

In den folgenden Prioritäten Angela Merkels lässt sich eine deutliche Abkehr vom außenpolitischen Kurs von Rot-Grün erkennen:

Neues Vertrauensverhältnis mit Washington

Durch seine primär wahltaktisch motivierte Opposition gegenüber den USA in der Phase der Irak-Krise 2002/2003 hatte Kanzler Schröder die Beziehungen zwischen Berlin und Washington nachhaltig zerrüttet. Der Wiederherstellung des von Adenauer bis Kohl als existenziell bedeutsam für Deutschland geltenden Freundschaftsverhältnisses zu den Vereinigten Staaten galt deshalb Angela Merkels erste Priorität. Dass sie bei der Verwirklichung dieses Ziels schon kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt erhebliche Fortschritte verbuchen konnte, hängt mit ihrer Unterstützung George Bushs während der Irak-Krise zusammen. Seit Merkels Regierungsantritt hat Deutschland jedenfalls wieder spürbar an Ein-

fluss und Gewicht in Washington gewonnen.

Lockerung der Bindung an Paris

Gerhard Schröder hatte die traditionelle deutsche Linie einer ausgewogenen Balance zwischen Frankreich und den USA zu Gunsten einer einseitigen Bindung an Paris aufgegeben. Gleichzeitig ließ er zu, dass Deutschland von Chirac zum Juniorpartner degradiert wurde. Demgegenüber knüpft Angela Merkel an der charakteristischen Haltung früherer Bundeskanzler an, die wie Adenauer gegenüber de Gaulle, Schmidt gegenüber Giscard oder Kohl gegenüber Mitterrand auf politischer Augenhöhe mit dem jeweiligen französischen Präsidenten verhandelt hatten. Gleichzeitig zielt sie darauf, die Achse Paris-Berlin durch eine aktive Einbindung anderer Partner in Europa zu erweitern. Dadurch soll der durch Schröders Unterordnung unter Chirac eingeengte Handlungsspielraum Berlins wieder ausgebaut werden, ohne die als Motor Europas apostrophierte traditionelle deutsch-französische Freundschaft zu gefährden.

Renaissance der Menschenrechtsthemen

Angesichts der neuen Achse Berlin-Moskau, die Gerhard Schröder mit seinem Freund Wladimir Putin, dem, so Schröder, „lupenreinen Demokraten“, geschmiedet hatte, verschwand das Thema Tschetschenien weitgehend von der rot-grünen Agenda. Anders die im kommunistischen DDR-Regime aufgewachsene Angela Merkel, die Putin gegenüber im Kreml unverblümt

auf die Menschenrechtsproblematik in Tschetschenien hinwies. Dass sie in dieser Frage auf keinem Auge blind ist und die Menschenrechte generell einen herausgehobenen Stellenwert bei der neuen Berliner Bundesregierung genießen, stellte die Kanzlerin klar, als sie auch dem amerikanischen Präsidenten Bush gegenüber das Verhalten der USA in Guantánamo offen geißelte.⁴

Mittlerrolle zwischen großen und kleinen Ländern

Ihr Engagement bei der Vermittlung eines Finanzkompromisses auf dem EU-Gipfel im vergangenen Dezember zeigte bereits, dass Angela Merkel eine ausgleichende Rolle zwischen größeren und kleineren, wohlhabenden und bedürftigen Staaten in Europa anstrebt.⁵ Anders als ihr Amtsvorgänger Schröder, der wegen seiner Priorisierung Frankreichs und Russlands den kleineren europäischen Staaten lediglich geringe Beachtung schenkte, möchte Frau Merkel insbesondere auch die zentral- und osteuropäischen Staaten stärker einbinden. Eine besondere Herausforderung stellt die bislang von der Bundesrepublik noch niemals befriedigend gelöste Aufgabe dar, gleichzeitig gute Beziehungen zu Warschau und zu Moskau zu unterhalten.

„Privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei

Anders als das rot-grüne Regierungsbündnis, das eine Vollmitgliedschaft der Türkei zur EU offen anstrebte, favorisieren Frau Merkel und die Unionsparteien traditionell eine „privilegierte Partnerschaft“ unterhalb der Bei-

trittsschwelle. Sollte sich im Laufe der im vergangenen Oktober begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Ankara eine Überforderung der EU herausstellen, so schlägt der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD (mit der deutlichen Handschrift Merkels) das Modell einer „privilegierten Partnerschaft“ vor.

6. Potenzielle außenpolitische Zankäpfel

Die Erfahrung lehrt, dass Außenpolitik im Vergleich zu anderen Politikbereichen (etwa Wirtschafts- oder Sozialpolitik) ein verhältnismäßig konsensuales Feld ist, weil außenpolitische Entscheidungen die ganze Nation in nahezu gleicher Weise betreffen und nicht einzelne Gruppen je unterschiedlich wie z.B. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Alte und Junge, Frauen und Männer von wirtschaftspolitischen oder sozialpolitischen Entscheidungen vielfach in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Tatsächlich zeigt auch das erste drei viertel Jahr der Regierung Merkel weitgehend außenpolitischen Konsens zwischen den Koalitionspartnern, allerdings bestehen in drei Problembereichen Divergenzen, die bislang z.T. noch nicht offen zu Tage getreten sind, die jedoch in Zukunft zu koalitionsinternen Spannungen führen könnten:

Das erste Problem betrifft die Energieversorgung der Bundesrepublik. Der Irak-Krieg, die Iran-Krise, Moskaus Drohung, Europa den Gashahn abzudrehen sowie die Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie in Venezuela und Bolivien haben neben der grundsätzlichen Problematik der Abhängigkeit

von Energieimporten insbesondere die Gefahr der energiepolitischen Erpressung durch autoritäre Regime deutlich gemacht.⁶ Vor diesem Hintergrund wurde auf dem Energiegipfel im April 2006 im Kanzleramt u.a. das Ziel formuliert, dass Deutschland von Energieimporten unabhängiger werden muss. Dieses Ziel kann allerdings neben technologischen Innovationen lediglich durch eine positive Neubewertung der Kernenergie erreicht werden, und hier liegt der Knackpunkt in der Großen Koalition. Die Union befürwortet eine energiepolitische Kehrtwende in Richtung Atomkraft, die SPD lehnt sie mit Rückendeckung der Grünen strikt ab.⁷

Das zweite Problem ist die Iran-Krise. Während auch Frau Merkel auf eine diplomatische Lösung der iranischen Nuklearproblematik setzt und bei ihrem jüngsten Besuch in Washington Präsident Bush massiv zum Verzicht auf eine militärische Option gedrängt hat, hält sie sich im Sinne einer lückenlosen Abschreckungsstrategie gegenüber Teheran auch Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen und andere Mittel zumindest potenziell offen, d.h. sie werden nicht für alle Fälle kategorisch ausgeschlossen. Diese Haltung kollidiert mit dem pazifistischen Flügel der SPD und Außenminister Steinmeier bewegt sich hier auf ausgesprochen brüchigem Boden. Sollte die Iran-Krise eskalieren, droht auch hier Ungemach für die Kohärenz der Großen Koalition.

Die dritte außenpolitische „Delikatesse“ der Großen Koalition ist die Frage

des zwischen den Unionsparteien und der SPD umstrittenen EU-Beitritts der Türkei. Die Regierung Merkel hat sich jedenfalls dazu bekannt, die im Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Sinne außenpolitischer Kontinuität ergebnisoffen fortzuführen. Wenn die Verhandlungen mit Ankara in die entscheidende Phase eintreten werden, kann es in dieser Frage zu neuen Kontroversen zwischen den Parteien des Regierungslagers kommen.

7. Kooperativer Multilateralismus statt nationaler Alleingänge

Zusammenfassend betrachtet kann man feststellen, dass das primäre außenpolitische Anliegen der Regierung Merkel in einem Wiedereinschwenken auf den für die Bundesrepublik Deutschland traditionellen Kurs des kooperativen Multilateralismus liegt. Nationale Alleingänge Berlins gilt es sowohl im Sinne des Abtauchens aus der internationalen Verantwortung als auch im Sinne des politischen Säbelrasselns gegenüber den Partnern zu vermeiden. Angela Merkels Ziel ist es, in der Tradition Helmut Kohls, die internationalen und bündnispolitischen Verpflichtungen Deutschlands als europäische „Zentralmacht“ (Hans-Peter Schwarz) zu erfüllen, die Balance zwischen Paris und Washington zu bewahren, NATO und EU zu stärken und die Einheit Europas durch eine Unterstützung kleinerer und schwächerer Staaten zu fördern.

Anmerkungen

¹ Bis zur Erlangung der Wiedervereinigung galt auch die Lösung der deutschen Frage als primäres außenpolitisches Anliegen der Bundesrepublik.

² Einen hervorragenden Überblick über Grundanliegen (Maximen) deutscher Außenpolitik seit der Gründung der Bundesrepublik vermittelt Wolfram Hanrieder in seinem großen Standardwerk: Deutschland, Europa, Amerika – Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn u.a. 1991, das der aus München stammende, in Santa Barbara, Ca., wirkende Politologe als letzte seiner zahlreichen bemerkenswerten Analysen deutscher Diplomatie kurz vor seinem frühen Tod veröffentlichte. Vgl. auch: Hanrieder, Wolfram F.: Fragmente der Macht.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1981.

³ Vgl. Gutschker, Thomas: Im Namen der Menschenrechte. Wie Angela Merkel die deutsche Außenpolitik umgepolt hat, in: Die politische Meinung, H.436/2006, S.13–16, hier S.16.

⁴ Vgl. ebda, S.13f.

⁵ Vgl. Neuss, Beate: Auf internationaler Bühne. Über einen glanzvollen außenpolitischen Auftakt und seine Chancen, in: Die politische Meinung, H.436/2006, S.23–28, hier S.24.

⁶ Vgl. Hacke, Christian: Mehr Bismarck, weniger Habermas. Ein neuer Realismus in der deutschen Außenpolitik?, in: Internationale Politik, H.6/2006, S.68–76, hier S.74.

⁷ Ebda, S.74.

„Die Zukunft Europas? – Das Europa der Zukunft“

Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Dr. h.c. Jean-Claude Juncker

Dr. h.c. Jean-Claude Juncker (Jahrgang 1954) gilt als Doyen der europäischen Staats- und Regierungschefs. Länger als jeder andere gestaltet er europäische Politik mit – seit 1984 als Arbeits- und Finanzminister, seit 1995 als Premierminister seines Landes. Insbesondere prägte Juncker die Wirtschafts- und Währungsunion: 1991 schrieb er große Teile des entsprechenden Vertragskapitels von Maastricht, 1996 sorgte der „Held von Dublin“ für den entscheidenden Kompromiss zwischen Kanzler Kohl und dem französischen Präsidenten Chirac. Als „Motor“ der europäischen Integration, „Vermittler, Mediator und Brückenbauer“ wurde er am 25. Mai dieses Jahres mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen ausgezeichnet. Im April hat der Privatmann Juncker einen Bericht¹ über die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Europarat vorgelegt – eine Vision für Europa, den Kontinent, nicht die Institution.

Politische Studien: Herr Premierminister, als Sie im April der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Ihren persönlichen Zukunftsbericht präsentierten, sagten Sie, es gehe Ihnen nicht um ein Ideal, sondern um das Minimum, das Unabdingbare. Europa scheint alles Visionäre derzeit schamhaft zu meiden. Ist diese pragmatische, ganz und gar unpathetische Haltung nicht eigentlich das Problem? Fehlen die Visionen und die Visionäre?

Jean-Claude Juncker: Bei dem Minimum und Unabdingbaren, das ich in

diesem Bericht vorgeschlagen habe, handelt es sich immerhin um eine noch stärkere Verankerung der Menschenrechte in die EU-Gesetzgebung und Praxis. Auch geht es um die Schaffung eines paneuropäischen Rechtsraumes, der auf einer minimalen Basis gemeinsame Rechtsvorschriften in wesentlichen Bereichen von Island bis Malta und von Frankreich bis Russland vorsieht. Dies alles zur Stärkung der demokratischen Sicherheit für die 800 Millionen Europäer der Mitgliedsstaaten des Europarats in Zusammenarbeit mit der EU! Hinter meinen Vorschlä-

gen steckt schon eine Vision. Der positive Hebeleffekt solcher Maßnahmen wäre enorm. Aber sogar solche, von Ihnen als minimal eingestufte Schritte stoßen auf Widerstand. Was fehlt, sind nicht die Visionen, sondern der politische Wille auf allzu vielen institutionellen Ebenen des europäischen Projekts. Fehlt dieser politische Wille, bestimmen die Bedenken der Beamten die Entwicklung der Dinge.

Politische Studien: Sie schlagen vor, Europäische Union und Europarat sollten ihre Zusammenarbeit intensivieren, nicht nur, aber auch in Fragen der Grund- und Menschenrechte. Die EU solle der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und, bis 2010, dem Europarat selbst beitreten. Manche Kritiker sahen diese beiden Institutionen bisher in Konkurrenz zueinander. Inwiefern sollen sie künftig von einer engeren Zusammenarbeit profitieren?

Jean-Claude Juncker: Von Konkurrenz sollte eigentlich keine Rede sein. Die Aufträge der beiden Organisationen sind in ihren wesentlichen Aufgaben verschieden, aber komplementär. Alle Grundrechte, auf die sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten berufen, wurzeln in den Normen des Europarats. Der Europarat hat sozusagen den Werterahmen geliefert, der das Handeln der EU mitbestimmt. Daher war es so wichtig, dass nach 1989 die neuen europäischen Demokratien dem Europarat beigetreten sind, der wesentlich zu den politischen Reformen beigetragen hat, die erst eine EU-Mitgliedschaft möglich machten. Jetzt, wo Rechtsstaat und Demokratie in diesen Ländern gefestigt sind, und der Erweiterungsprozess in absehbarer Zeit abgeschlossen

ist, bedeutet das für den Europarat, dass er sich wieder ohne diese spezifische Ausrichtung auf die EU-Erweiterung, auf sein eigentliches Geschäft konzentrieren soll, die demokratische Sicherheit auf dem Kontinent. Inzwischen aber ist in der EU der Bereich „Justiz und innere Angelegenheiten“ gewichtiger geworden, und dies hat das Risiko unnötiger Kompetenzüberlappungen zwischen den beiden Organisationen gesteigert. Hier hat es innerhalb der Institutionen Schübe eines nicht besonders produktiven Konkurrenzdenkens gegeben. Eine vernünftige Arbeitsteilung, die die Rolle des Europarats als einheitlichen und effizienten Rahmen für die Wahrung der Menschenrechte auf dem Kontinent anerkennt, ist meiner Ansicht nach die beste Lösung. Ich habe keinen Grund, in dieser Frage pessimistisch zu sein.

Politische Studien: Die Geschichte der Gemeinschaft beginnt mit einer politischen Absichtserklärung, der Rede Robert Schumans 1950. Ob mit Tindemans, Spinelli und Werner, aber auch Hans-Dietrich Genscher und Emilio Colombo oder zuletzt Joschka Fischer – an politischen Erklärungen, Plänen, Berichten, Initiativen mangelt es der Europäischen Union nicht, vor allem nicht an solchen, die folgenlos blieben. Welche Bedeutung haben diese Denkschriften im politischen Tagesgeschäft?

Jean-Claude Juncker: Denkschriften oder -reden spiegeln die grundsätzliche Meinung ihrer Autoren wider, ohne dass diese sich am politischen Tagesgeschäft orientieren müssen. Sie können aber konjunkturbedingt nützliche Ideen beinhalten oder gangbare Wege aufzeichnen. Die Zürcher Churchill-Rede von 1948 und Schumans

Aufruf 1950 gehören ganz sicher in diese Kategorie. Wer leidenschaftlicher Europäer ist, denkt ja auch viel über Europa nach und versucht irgendwann, sein europapolitisches Credo in einem Text oder einer Rede zu formulieren. Wenn dieses Credo dann auch noch zum Leitfaden der Politik dieser Autoren wird, dann können, wie schon gesagt, konjunkturbedingt Fortschritte in der gemeinsamen Politikgestaltung erzielt werden.

Allerdings gibt es auch genügend Beispiele von europaskeptischen Reden und Schriften, sodass wir eigentlich genau das Spiegelbild dessen haben, was wir tagtäglich in der Europäischen Union erleben: Die Auseinandersetzung derer, die wollen, dass die europäische Integration weiter geht als heute, mit denen, die der Meinung sind, dass Europa heute schon viel zu weit gegangen ist.

Politische Studien: Vor zwanzig Jahren ist als erste und bisher einzige Nation „das luxemburgische Volk“ mit dem Karlspreis ausgezeichnet worden, im Jahr 2002 als Ding oder Nicht-Ding „der Euro“ und dieses Jahr Sie selbst. Diese Ehrungen zeigen, dass Europa nicht nur mit politischen Grundsatzklärungen zu tun hat. Welche Rolle spielt das alltägliche Miteinander für die Einigung der Völker Europas – wie bei einem alten Ehepaar?

Jean-Claude Juncker: Der ganzen europäischen Idee liegt doch dieses Miteinander der Völker Europas zu Grunde. Das hat die bekannten historischen Ursachen, die leider immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden, was ich sehr schade finde. Die Luxemburger wurden 1986 mit dem Karlspreis ausgezeichnet, weil unser Land sich in jeder europäischen Frage resolut in den Dienst der weiterführenden Integrati-



Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker bei der Auftaktveranstaltung der Verbindungsstelle Brüssel zur Reihe „Das Brüsseler Interview“ zum Thema „Europa – Mut zur Gestaltung“.

on stellte und dies sogar mit Unterstützung der jeweiligen Oppositionsparteien im Luxemburger Parlament. Die europäische Einigung war ganz einfach in Luxemburg kein Streitthema, weil es natürlich auch jedem Luxemburger klar sein musste, was die EU dem Land gebracht hatte.

Mit dem Referendum zum Verfassungsvertrag am 10. Juli 2005 mussten wir dann alle plötzlich feststellen, dass diese legendäre Europabegeisterung der Luxemburger doch einige unübersehbare Kratzer bekommen hat. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Die Erweiterung wurde ungenügend erklärt, die Wirtschaft lahmte und die Arbeitslosigkeit geriet aus den Fugen. Sogar der Euro, das letzte große europäische Projekt im 20. Jahrhundert, wurde plötzlich zur Wurzel allen Übels, wobei er natürlich genau das Gegenteil davon war und ist.

Ihr Vergleich mit dem „alten Ehepaar“ stimmt also überhaupt nicht. Die Europäische Union 2006 ähnelt viel mehr einem jungen Liebespärchen, das sich zwar attraktiv findet, aber noch nicht richtig kennt und so zwischen heftigsten Streitereien mit zärtlichsten Liebkosungen hin und her pendelt. Im Laufe der Zeit wird sich dies alles glätten und beide werden dann vielleicht einmal unzertrennliche Partner fürs Leben oder es macht einer Schluss ...

Politische Studien: Herr Premierminister, in Ihren mehr als 20 Jahren im Rat der EU hat sich einiges verändert. Die Zahl der Mitgliedstaaten etwa hat sich mehr als verdoppelt: 1986 die zweite Runde der Süderweiterung um Spanien und Portugal, 1995 die Nordweiterung und schließlich vor zwei

Jahren der ‚big bang‘, die Osterweiterung – also von den EU-10 über 12 und 15 Mitgliedstaaten bis hin zur EU-25. Ganz praktisch: Wie hat sich das Politik-Machen auf europäischer Ebene verändert?

Jean-Claude Juncker: Diese Romantiker, die uns immer erklären, dass in der Sechser-, Neuner- oder Zehnergemeinschaft alles bestens funktioniert habe, waren doch selbst nie dabei. Auch damals wurde schon viel gestritten und es gab dazu auch noch leere Stühle. Die EU-25 mag zwar ein noch komplexerer Verein sein als ihre Vorgänger, aber an und für sich hat sich das eigentliche Politik-Machen nur unwesentlich geändert, mit der Ausnahme, dass das Arbeitspensum, besonders der Ratspräsidentschaft, natürlich enorm gestiegen ist. Aber sollte dieses Mehr an Arbeit uns wirklich daran zweifeln lassen, dass die Erweiterung zum 1. Mai 2004 eine historische Notwendigkeit war?

Politische Studien: Ab 1.1.2007 wird es 27 EU-Mitglieder geben, Rumänien und Bulgarien werden beitreten, das ist beschlossen. Zwangsläufig richtet sich der Blick nun auf die Türkei: Wie kann sich die Union in dieser Frage verantwortungsbewusst und fair verhalten?

Jean-Claude Juncker: Indem sie genau das tut, was sie bisher getan hat, nämlich Abmachungen respektieren. Wir haben der Türkei Beitrittsverhandlungen angeboten, nicht Partnerschaftsgespräche, sondern Beitrittsverhandlungen. Und wir haben immer betont, dass diese Verhandlungen, die schwierigster Natur sind, lange dauern würden und natürlich – wie könnte es bei Verhandlungen anders sein – ergebnisoffen seien. Daran sollten wir uns halten.

Ich glaube aber auch, dass die EU gut daran täte, jetzt schon zu überlegen, wie man in Zukunft andere Schwellenländer des geografischen Europa in den europäischen Integrationsprozess einbindet, ohne dass diese aber notwendigerweise Vollmitglieder werden.

Politische Studien: Der zweite Beitrittskandidat, Kroatien, ist nicht gerade in einer beneidenswerten Situation: Neue Erweiterungsrunden lösen derzeit keine Begeisterungstürme aus. Besteht die Gefahr, dass Kroatien ausgebremst wird – nach dem Motto „mitgefangen, mitgehangen“?

Jean-Claude Juncker: Dieses Motto kann auf keinen Fall gelten. Kein Land kann der EU beitreten, wenn es die Bedingungen für einen solchen Beitritt nicht erfüllt. Erfüllt es sie aber und hat die EU diesem oder jenem Land die Mitgliedschaft angeboten, dann gibt es kein Zurück mehr, es sei denn, ein oder mehrere EU-Mitgliedsstaaten verweigern dem Beitrittsvertrag ihre Zustimmung.

Politische Studien: Neben der Erweiterung war der Euro der zweite Epoche machende Einschnitt in den letzten 15 Jahren. – Eine Erfolgsgeschichte, sicherlich, aber bei vielen Bürgern noch immer als „Teuro“ verschrien. Was braucht es, damit Europa den Euro endlich schätzen lernt?

Jean-Claude Juncker: Ein Blick über den Tellerrand – oder die eigene Brieftasche hinaus – würde eigentlich schon genügen. Man braucht sich eigentlich nur die Frage zu stellen, was mit den nationalen europäischen Währungen seit 1999 passiert wäre, wenn es den Euro nicht gegeben hätte. Ich behaupt-

te, dass die Finanz- und Währungskrisen in Asien, Russland oder der Türkei, die Anschläge des 11. September 2001 oder der Golfkrieg 2003 die einzelnen europäischen Währungen so stark unter Druck gesetzt hätten, dass ein Auf- und Abwertungswettkampf der schlimmsten Sorte daraus geworden wäre. Die gemeinsame Währung hat die Europäische Union und die europäische Wirtschaft in einem Maße geschützt, das nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Zweitens: Der Euro gibt der Europäischen Union in globalen Finanz- und Wirtschaftsfragen ein Gewicht, das 12 oder bald 13 nationale Währungen nicht leisten könnten. Der Vorsitzende der Eurogruppe sitzt heute in den wichtigsten finanz- und währungspolitischen Gremien der Welt und ist dort ein gleichberechtigter Partner. Wir sind auf diesem Gebiet definitiv vom „global payer“ zum „global player“ aufgestiegen, und damit eigentlich ein Vorbild für das, was Europa zu leisten im Stande ist, wenn es nur will.

Politische Studien: Trotz aller Verdienste der damals in Maastricht und Dublin handelnden Akteure kam der Euro nicht von ungefähr. Schon 1972 formulierte Ihr Landsmann und Amtsvorgänger Pierre Werner einen Vorläufer-Plan. Ebenfalls aus den Siebzigerjahren stammt der Bericht von Leo Tindemans zu einer politischen Union, aus den Achtzigerjahren der erste „Verfassungsentwurf“ von Altiero Spinelli. Dieses europäische „Was lange währt, wird endlich gut“ – wird es auch für den Verfassungsvertrag gelten?

Jean-Claude Juncker: Ich habe einmal einen Satz formuliert, der mir in den

kämpferischen Zeiten rund um die Verfassungsreferenden immer vorgehalten wurde als Beispiel antidemokratischen Verhaltens in der EU. Der Satz lautete: „Wir hängen etwas in den Raum und warten ab, was passiert. Gibt es dann kein großes Geschrei, machen wir einfach weiter, bis es kein Zurück mehr gibt“. Das galt nicht für die institutionellen Entscheidungsprozesse in der EU, sondern, um die von Ihnen angesprochenen Initiativen und Pläne, um die Europäische Union auf ihrem Integrationsweg vorwärts zu bringen.

Was den Verfassungsvertrag betrifft, sehe ich sehr wohl, dass die Zukunft einige Fragen beantworten wird, nur fehlt mir bisher die Eingebung, wie diese Antworten aussehen könnten, auch wenn ich stringent der Meinung bin, dass die Substanz des Verfassungsvertrags erhalten werden muss. Es ist aber unabdingbar, dass die Länder, die den Verfassungsvertrag abgelehnt haben, als Erste die Initiative ergreifen müssen und den anderen erklären, was sie zu tun gedenken. Aber das alles wird Zeit brauchen. Bis dahin werden wir uns darauf konzentrieren müssen, die Europäische Union durch konkrete Projekte und Aktionen in den Augen unserer Bürger als bedeutend nützlicher erscheinen zu lassen, als das bisher der Fall ist.

Politische Studien: Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen wollen: Wie wird Europa in 50 Jahren aussehen? Wo wird es in der Welt stehen?

Jean-Claude Juncker: Genau in der Mitte. Zwischen Nord- und Südamerika im Westen, Russland und Asien im Osten und Afrika im Süden.

Politische Studien: Zuletzt zurück zum Handfesten: Als Routinier der europäischen Einigung – was raten Sie der deutschen Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar 2007 beginnt?

Jean-Claude Juncker: Es steht mir nicht zu, Ratgeber der deutschen Ratspräsidentschaft zu sein. Nur so viel: Mit den niederländischen und französischen Wahlterminen im Frühling 2007 werden dem deutschen EU Vorsitz knapp sechs Wochen verbleiben, um die Verfassungsdebatte in die richtigen Bahnen zu lenken. Ich habe der Bundeskanzlerin deshalb ans Herz gelegt, sich möglichst bald mit den Spitzenvertretern der Regierungs- und Oppositionsparteien in beiden Ländern zu treffen, um möglichst rasch die Planungssicherheit in der Debatte zu bekommen, ohne die es keine Debatte geben wird. Das wird ein sehr schwieriges Unterfangen, besonders wenn man be-



Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker (r.) im Gespräch mit Markus Russ, dem Leiter der Verbindungsstelle Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung.

denkt, dass die französische Linke diametral entgegen gesetzte Standpunkte in der Verfassungsfrage vertritt.

Politische Studien: Herr Premierminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Markus Russ, Leiter der Verbindungsstelle Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Anmerkung

¹ Den Bericht für die Staats- und Regierungschefs des Europarats „Council of Europe – European Union. „A sole ambition for the European continent““ hat Premierminister Juncker am 11. April 2006 der Parlamen-

tarischen Versammlung des Europarats und damit der Öffentlichkeit vorgelegt. Er ist zum Download verfügbar unter http://assembly.coe.int/Sessions/2006/speeches/20060411_report_JCJuncker_EN.pdf.

Schwerpunktthema

China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschaftspolitik

Einführung

Reinhard C. Meier-Walser

Unter dem Titel „China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschaftspolitik“ beleuchtete die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung Politik und Wirtschaft des bevölkerungsreichsten Staates der Welt in einer Expertenkonferenz, die in Kooperation mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik durchgeführt wurde. Ausgewählte, überarbeitete Beiträge dieser Veranstaltung, in deren Mittelpunkt neben der inneren Entwicklung des Landes insbesondere die Rolle Chinas in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaftspolitik standen, wurden in den Schwerpunkt der aktuellen Politischen Studien aufgenommen und finden sich auf den folgenden Seiten.

Gottfried-Karl Kindermann widmet sich der historischen Dimension und spannt den Bogen vom kaiserlichen China bis in die Gegenwart. Er resümiert: „Befreit vom unermesslichen Leiden der chinesischen Bevölkerung durch das totalitäre Mao-System (1949–1976) kann China die Weltbühne des 21. Jahrhunderts mit dem Bewusstsein betreten, die Ziele der Gründergeneration des modernen China – internationale Gleichberechtigung und eine der Größe Chinas ange-

messene Weltrolle in Politik und Wirtschaft – erreicht zu haben.“

Im Mittelpunkt des Beitrages von Markus Taube steht die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, die einem „Wirtschaftswunder“ gleicht, zumal das Bruttoinlandsprodukt Chinas von 1978 bis 2004 im Jahresdurchschnitt um über 9% anstieg und sich insgesamt um das Neunfache ausgedehnt hat. Taube zeigt, dass insbesondere wegen der erheblichen Lohnkostenvorteile Chinas im Vergleich mit den EU-Staaten die Integration Chinas in die Weltwirtschaft eine erhebliche Herausforderung für Europa darstellt. Noch ernster sei allerdings eine Entwicklung zu nehmen, die sich erst seit kürzester Zeit manifestiere: „rein chinesische Multinationale Konzerne, die Europas Unternehmen auf ihrem Heimatmarkt bedrängen“.

Kay Möller korreliert die innere politische und ökonomische Entwicklung Chinas mit Pekings außenpolitischen Strategien und Möglichkeiten und kommt zu dem Ergebnis, dass der „Netzwerkstaat“ China eine „grundsätzlich defensive“ Außenpolitik betreibt. Möller zufolge bestehe kein Anlass, Deng Xiaopings Aufruf zur außen-

politischen Zurückhaltung aus dem Jahre 1989 oder das seit 2004 in den außenpolitischen Eliten Pekings diskutierte Theorem vom „friedlichen Aufstieg“ der Volksrepublik als gezielte Irreführung zu verstehen. Allerdings nimmt der Autor die anhaltenden Drohgebärden Pekings gegenüber der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan sehr ernst. Sollte nämlich, so Möller, Chinas Wirtschaftswachstum „stagnieren oder zurückgehen und/oder das bisher zersplitterte Lager der Modernisierungsverlierer einen ideologischen und organisatorischen Fokus finden, wäre Nationalismus die letzte Möglichkeit, die dem Regime bliebe, um seine Legitimität vorübergehend wiederherzustellen“.

Junhua Zhang zieht sowohl eine Bilanz des Aufstieges Chinas seit Beginn der wirtschaftlichen Öffnung im Jahre 1978 als auch der politischen Reformen in den vergangenen drei Jahrzehnten. Dabei kommt er u.a. zu dem Ergebnis, dass die 28-jährige Reform die Kommunistische Partei Chinas nicht nur nicht geschwächt habe, sondern im Gegenteil, sich die KP gerade durch die Reform „wesentlich gestärkt“ habe und „immer mehr Spielraum in der internationalen Politik“ gewinne. Zwar sei-

en die Erfolge Chinas im Bereich der Wirtschaft unbestreitbar, die soziale Spaltung des Landes, das mangelnde Sozialnetz und andere innere Probleme trügen allerdings das Potenzial einer gesellschaftlichen, sich bereits in einer wachsenden Zahl von Demonstrationen offenbarenden Krise in sich, die die Zentralregierung in höchstem Maße alarmiere. Die Perspektiven für die langfristige Entwicklung Chinas verknüpft Zhang mit der Frage, ob es dem Land gelingen werde, innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre eine dreifache Transformation zu bewältigen. Erstens die Transformation einer „arbeitsintensiven, energieverwuchernden, umweltzerstörenden Wirtschaft in eine High-Tech orientierte, sparsame und umweltfreundliche Wirtschaft“; zweitens die Transformation des bislang nur rund ein Zehntel der Bevölkerung sichernden Sozialsystems bzw. den Aufbau eines funktionsfähigen und flächendeckenden Sozialnetzes und drittens die Transformation der Ideologie, wozu auch außerparteiliche Kräfte wie etwa die Religionen (Christentum, Buddhismus, Taoismus), bei denen die Menschen „seelische Ausgeglichenheit finden“, benötigt würden.

Geschichtliche Hintergründe chinesischer Außenpolitik

Gottfried-Karl Kindermann

1. Tragik und Untergang des kaiserlichen Chinas

Sich mit der neueren Geschichte Chinas zu befassen ist insofern von praktischer Bedeutung als es sich bei den Chinesen um eines der geschichtsbewusstesten Völker der Erde handelt. Am Anfang seiner Beziehungen mit dem Westen steht für China ein echter „Zusammenprall der Kulturen“, ein „clash of civilization“ wie unser Harvard Kollege Samuel Huntington es in einem seiner Bücher formulierte. Denn als Folge der industriellen Revolution stehen die Westmächte vor der Mitte des 19. Jahrhunderts vor den Toren Chinas und fordern energisch Zugang zu den Absatzmärkten und Rohstoffen dieses volkreichsten Staates der Erde. Doch das vormoderne China, das sich selbst als Mittelpunkt der Weltkultur und Weltpolitik und seinen Kaiser als sogenannten „Sohn des Himmels“ und als „Herrscher aller Herrscher“ betrachtet, lehnt alle Westkontakte schroff ab.

Sich gegenseitig aufstauende Spannungen eskalieren zur Krise und ab 1840 zu Großbritanniens berüchtigtem „Opiumkrieg“, als Chinas Regierung umfangreiche, aber illegale, britische Opiumverkäufe an Konsumenten in ganz China entdeckt und bekämpft. China, das den Krieg verliert, muss Hong Kong abtreten und sein Land zwangsweise fremden Einflüssen öffnen. In einem zweiten Opiumkrieg marschieren Engländer und Franzosen 1860 erstmals in Peking ein, während Russland dem arg bedrängten China gleichzeitig riesige Gebiete nördlich des Amurflusses entreißt. Frankreich und Japan führen danach zwei weitere Kriege, um Chinas Oberhoheit über Vietnam und Korea zu brechen. Taiwan fällt 1895 an Japan.

Als Deutschland 1897 von China das Pachtgebiet von Jiaozhou erwirbt, benützen das Russland, Großbritannien und Frankreich als Vorwand um China – kompensatorisch – jeweils strategisch wichtige Gebiete zu entreißen. Ein

ebenso schuldloses wie hilfloses und gedemütigtes China verliert so durch den Konkurrenzimperialismus der Industrienächte innerhalb nur weniger Monate fünf strategisch wichtige Gebiete.

Angesichts solcher Zustände formuliert ein chinesischer Gelehrter zwei Fragen, die sich wie ein roter Faden durch alle Phasen nachfolgender chinesischer Geschichte ziehen. Frage Eins: „Wie kommt es, dass jene fremden Mächte so viel kleiner und doch so viel stärker sind als wir?“, Frage Zwei: „Was können wir tun, um China stark zu machen, um ihm in dieser Welt einen ihm angemessenen Platz und Einfluss zu verschaffen?“ In allen Phasen seitheriger chinesischer Geschichte wurden von chinesischen Führungskräften Antworten auf diese Fragen gesucht.

Angestaute Wut und Verzweiflung explodiert im Sommer 1900 zum sogenannten Boxer-Aufstand chinesischer Geheimgesellschaften, denen sich die kaiserliche Regierung anschließt. Ziel des Aufstandes ist die Beseitigung der mit Gewalt errichteten wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und territorialen Vorrechte der Fremdmächte auf chinesischem Boden und die Bewahrung chinesischer Kultur. So entsteht ein neuer „clash of civilizations“. Alle Weißen und chinesischen Christen, die den sogenannten Boxern in die Hände fallen, werden grausam ermordet, Kirchen der Fremden werden niedergebrannt, ihre Fabriken zerstört und ihre Gesandtschaften in Peking werden wochenlang in einem täglichen Kampf auf Leben und Tod von den Boxern belagert. Der Aufstand führt zur bewaffneten Intervention einer riesigen Koalition von Industrie-

mächten, die China gewaltige Reparationen aufbürden.

2. Die Republik China in der Ära der Revolution und des Widerstandskrieges

Allerdings wird 1905 in Tokio – im Geheimen – der Chinesische Revolutionsbund gegründet. Sein Führer und Ideologe ist Dr. Sun Yat-sen (1866–1925). Als Ziele des Bundes und seiner späteren Partei der Kuomintang (Nationale Volkspartei) bestimmt Sun: den Sturz der korrupten Ch'ing-Dynastie; die Gründung einer demokratischen Republik; gewaltlose Sozialreformen, insbesondere eine Bodenreform und die Befreiung Chinas von den kolonialen Vorrechten fremder Mächte. Mit dieser Bewegung beginnt das moderne China! Ihre demokratische Revolution von 1911 stürzt das Kaiserhaus, Sun Yat-sen proklamiert die Republik China und diese erlebt anderthalb Jahre lang eine demokratische Regierung. Doch ein Staatsstreich verwandelt China schon 1913 in eine Militärdiktatur.

Nach dem Tod des Diktators Yüan Shi-k'ai beginnt in China zwischen 1917 und 1928 eine Ära chaotischer Anarchie. Denn die Zentralregierung wird machtlos und in den Provinzen entsteht eine Vielzahl regionaler Militärdiktaturen, die gegeneinander Bürgerkriege führen.

Ausgehend von der südlichen Provinz Guandong plant Sun Yat-sen die Wiedervereinigung Chinas. Aus der Sowjetunion erhält er hierfür Waffen, Berater und Geld und gründet mit der Whampoa-Militär-Akademie bei Kanton die Kadenschmiede eines moder-

nen chinesischen Offizierkorps. Deren erster Kommandant ist Chiang Kai-shek. Auch toleriert Sun Yat-sen die anfangs noch kleine Kommunistische Partei Chinas als Hilfsorganisation seiner Partei der Kuomintang (Nationale Volkspartei).

Ein Jahr nach Sun Yat-sens Tod beginnt sein Nachfolger Chiang Kai-shek 1926 einen Feldzug zur Wiedervereinigung Chinas mit Stoßrichtung Peking. Unterwegs kommt es in Schanghai zu einem blutigen Machtkampf zwischen Nationalisten und Kommunisten. Es ist der Beginn des längsten Bürgerkrieges der modernen Geschichte. Zwei Jahre später rückt Chiang Kai-shek in Peking ein und gründet eine neue nationalchinesische Regierung mit der Hauptstadt Nanjing (Nanking). Diese Stadt bleibt Chinas de jure Hauptstadt von 1928–1949.

Zwar ist China oberflächlich wieder vereinigt, doch seine neue Regierung hat drei machtvolle Feinde: die chinesischen Kommunisten, aufsässige Provinzmachthaber und die Japaner, die 1931/32 Nordostchina – genannt Mandschurei – erobern und zu einem Satellitenstaat umwandeln.

1937 beginnt Japan seinen achtjährigen Aggressionskrieg gegen China. Der Krieg schwächt dessen Regierung, stärkt aber die chinesischen Kommunisten, deren Vernichtung vor dem Krieg bevorzugen schien. Zwar sichern Chinas westliche Verbündete diesem einerseits einen Großmachtstatus in den Vereinten Nationen zu, andererseits zwingen sie China im geheimen Drei-Mächte-Diktat von Jalta 1945 dazu, der Sowjetunion vormalige Rechte und Stützpunkte des zaristi-

schen Imperialismus in Nord-China abzutreten. Mit diesem Betrug an China erkaufen die Westmächte Stalins Beteiligung am Krieg gegen Japan.

3. China seit der Macht- ergreifung Mao Tse-Tungs

Unmittelbar nach Kriegsende flammt der Bürgerkrieg in China erneut auf. Ihn gewinnen nach mehr als vier Jahren Mao Tse-Tungs Kommunisten, die im Oktober 1949 die Volksrepublik China proklamieren. Chiang Kai-shek hingegen gelingt es, sich mit der nationalchinesischen Regierung, mit seiner Partei, dem Parlament und Teilen der Streitkräfte auf die Insel Taiwan zurückzuziehen, von dort aus den Widerstand gegen die Maoisten fortzusetzen und den Sitz für ganz China in der UNO bis 1971 zu behalten.

In den von Nord-Korea initiierten Koreakrieg tritt Peking überraschend ein, nachdem die U.N.-Streitkräfte der USA fast ganz Nord-Korea erobert hatten und Pekings Warnungen in Washington unbeachtet geblieben waren. Ein heute noch geltender Waffenstillstand beendet den Krieg 1953 mit einem machtpolitischen „Unentschieden“. Korea bleibt wie zuvor geteilt. Als China im Jahr darauf bei der Genfer Indochina Konferenz sein diplomatisches Debüt feiert, erklärt sein Premier und Chefdiplomat Zhou Enlai (Chou En.lai), künftig dürfe es in der internationalen Politik Ostasiens keine Problemlösung ohne Beteiligung Chinas geben. Gleichzeitig aber schließen die USA mit Nationalchina auf Taiwan 1954 ein Defensivbündnis und unterstützen Taiwan materiell bei der Abwehr chinesischer Offensiven gegen

nationalchinesische Küsteninseln. Doch Pekings Streitkräfte erzielten beeindruckende Erfolge, als sie Indien im indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 alle strategischen Pässe zwischen beiden Ländern entreißen können. Im Jahr zuvor hatte Peking eine Volkserhebung in Tibet niedergeschlagen, während das weltliche und geistliche Oberhaupt Tibets, der Dalai Lama, nach Indien flüchten musste.

Vor dem Hintergrund seines weltweiten Konflikts mit Moskau greift Peking ein Jahrzehnt später gern die überraschenden Entspannungsinitiativen des U.S.-Präsidenten Richard Nixon auf und der zwischen den USA und China bestehende Kalte Krieg findet Anfang der Siebzigerjahre ein frühes Ende. Nixons Initiative war durch Amerikas hoffnungslose Verstrickung in den Vietnamkrieg bewirkt worden.

Endlich kann Peking die Vertretung ganz Chinas in den Vereinten Nationen übernehmen. Zuvor gelang den Chinesen trotz nur anfänglich gewährter, doch später verweigerter, sowjetischer Hilfe 1964 Atombomben und 1967 Wasserstoffbomben zu erproben. China befindet sich damit auf dem Wege zur Großmacht.

Als U.S.-Präsident Jimmy Carter die Vollnormalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und China vorschlägt, stellt Peking – ohne eigene Gegenleistung – drei Forderungen, denen Washington sich beugt, darunter die Forderung eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen und Kündigung des Bündnisvertrages mit Taiwan. Am 15. Dezember 1978 erklären Washington und Peking die Voll-

normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen.

Starke Kritik an diesem präzedenzlosen Umgang mit Taiwan in beiden Häusern des U.S. Kongresses führt dort vier Monate später – und entgegen dem Willen des Präsidenten – zum Taiwan Relations Act, einer staatsrechtlichen Selbstverpflichtung der USA, den Schutz Taiwans vor Gewaltanwendung zu ihrem nationalen Interesse zu erklären und Taiwan weiterhin Defensivwaffen zu liefern.

Angesichts der militärischen Eroberung Kambodschas, eines quasi Verbündeten Pekings, durch Vietnam 1978 und auch motiviert durch territoriale Streitigkeiten, führten Streitkräfte der Volksrepublik China 1979 einen sogenannten „Straffeldzug“ gegen Vietnam durch, der aber dank der Härte des vietnamesischen Widerstandes nur wenig erfolgreich verlief. Zehn Jahre später gelang es China, 1989 anlässlich eines Gorbatschow-Besuchs in Peking – nach drei Jahrzehnten eines intensiven Konflikts mit Moskau – nicht nur die Vollnormalisierung der beiderseitigen Beziehungen zu erreichen, sondern auch drei Forderungen ohne Gegenleistung durchzusetzen. Dazu gehörten der Rückzug der Sowjets aus dem benachbarten Afghanistan und die Einstellung sowjetischer Hilfe für Vietnams Hegemonialpolitik in Indochina, was wesentlich zur nachfolgenden Befreiung Kambodschas unter U.N.-Mandat beigetragen hat.

Mit der 1997 vollzogenen Rückgabe Hongkongs an China schließt sich eine gewaltige Kette von Ereignissen, die mit der gewaltsamen Aufbrechung Chinas durch den Kolonialimperialis-

mus 1840 begann, China durch Phasen krasser Unterdrückung und Ausbeutung sowie durch Jahrzehnte der Revolution bis zum Gewinn eigener Initiativen und der Erlangung eines Großmachtstatus vor der Jahrhundertwende geführt hat.

Drei große Mächte – Russland, Japan und die USA – hatten im 20. Jahrhundert jeweils vergeblich versucht, China im Zeichen eigener Vorstellungen umzugestalten. In den Zwanzigerjahren war es Stalins Vorstoß zur Umfunktionsierung der chinesischen Revolution, der an Chiang Kai-shek und der Kuomintang gescheitert war. Japan errichtete in China mehrere Satellitenregierungen, doch gelang es ihm nicht, Unterstützung und Vertrauen seitens des chinesischen Volkes zu gewinnen. Auch Präsident Truman und General

Marshall, die 1946 versuchten, China durch eine Mischung von Überredung, materieller Hilfe und politischem Druck im amerikanischen Sinn zu demokratisieren, erlebten einen herben Fehlschlag ihrer Bemühungen. Alle drei Mächte – die Sowjetunion, Japan und die USA – sind an den Realitäten und Mentalitäten chinesischer Politik gescheitert.

Befreit von den unermesslichen Leiden der chinesischen Bevölkerung durch das totalitäre Mao-System (1949–1976) kann China die Weltbühne des 21. Jahrhunderts mit dem Bewusstsein betreten, die Ziele der Gründergeneration des modernen China – internationale Gleichberechtigung und eine der Größe Chinas angemessene Weltrolle in Politik und Wirtschaft – weitgehend erreicht zu haben.

Literaturhinweise

Hsü, Immanuel: *The Rise of Modern China*, Oxford/New York 1990.

Kindermann, Gottfried-Karl: *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840–2000*, Stuttgart/München 2001.

Spence, Jonathan: *Chinas Weg in die Moderne*, München 1990.

Weggel, Oskar: *Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1989.

Die VR China als aufstrebende Macht in der Weltwirtschaft: Herausforderungen an Europa

Markus Taube

1. Einführung

Als Deng Xiaoping Ende der 1970er-Jahre den grundsätzlichen Bruch mit dem maoistischen Entwicklungsmodell einleitete und die chinesische Volkswirtschaft auf einen Kurs der marktorientierten Systemtransformation und weltwirtschaftlichen Integration lenkte, gehörte China noch zu den am wenigsten in einem grenzübergreifenden Austausch stehenden Volkswirtschaften der Welt. Politisch sowohl von dem sowjetischen Block als auch der westlichen Welt isoliert fehlten die politischen und institutionellen Grundlagen für eine intensivere Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Grenzüberschreitende Investitionstätigkeiten waren eine mehr oder minder undenkbare Fiktion und auch die Außenhandelsvolumina verharrten auf einem minimalen Niveau. In dem seitdem vergangenen Vierteljahrhundert hat sich diese Konstellation grundlegend verändert. Die VR China ist heute nicht nur die drittgrößte Handelsnation der Erde und wichtigste Zielregion für in Entwicklungsländer gerichtete Direktinvestitionen. Bedingt durch die exorbitante Masse der in der chinesischen Volkswirtschaft verfügbaren, aber bislang nur unzureichend in die weltwirt-

schaftliche Arbeitsteilung integrierten Produktionsfaktoren (Chinas Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beläuft sich derzeit auf 900 Millionen Menschen) und die gewaltigen Nachfragevolumina, die seitens Chinas neu auf dem Weltmarkt artikuliert werden, ist China auch zu einer im Sinne der Wirtschaftswissenschaft ‚großen‘ Nation in der Weltwirtschaft aufgestiegen, die mit ihrem Angebots- und Nachfrageverhalten Einfluss auf die relativen Preisstrukturen nimmt, die Richtung und Intensität von Güter- und Kapitalströmen mitbestimmt und letztlich auch auf der Unternehmensebene Marktstrukturen und Wettbewerbskonstellationen entscheidend mitgestaltet. Die Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs in China und seine rapide Integration in die globalen Märkte erzwingt somit weit reichende strukturelle Wandlungsprozesse in der Weltwirtschaft, denen sich Europa nicht entziehen kann. Im Folgenden sollen daher zunächst einige Eckdaten der Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft dargestellt werden (2.), bevor in Kapitel 3 dann die konkreten Herausforderungen an Europa thematisiert werden. Eine resümierende Schlussbetrachtung schließt die Ausführungen unter Punkt 4 ab.

2. Eckdaten der Integration Chinas in die Weltwirtschaft

Die chinesische Volkswirtschaft hat in den vergangenen 25 Jahren einen einzigartigen Wachstums- und Entwicklungsprozess durchlaufen. Zwischen 1978 und 2004 ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um über 9% angestiegen und hat sich um das Neunfache ausgedehnt. Der industrielle Output ist während des gleichen Zeitraums Jahr für Jahr um durchschnittlich über 11% angestiegen. 2004 war der industrielle Output so gut vierzehnmal größer als 1978. Dieses ‚Wirtschaftswunder‘ wäre ohne die konsequent betriebene, umfassende Integration Chinas in die Weltwirtschaft nicht möglich gewesen. Gleichzeitig ist es aber auch genau diese intensive Einbindung, die den ‚China-Faktor‘ heute zu einer entscheidenden Strukturdeterminante der Weltwirtschaft macht.

2.1 Kapitalströme

Obwohl der bei weitem überwiegender Anteil der in der Weltwirtschaft zu beobachtenden grenzüberschreitenden Direktinvestitionen zwischen den etablierten Industriestaaten und hier insbesondere den europäischen und nordamerikanischen Volkswirtschaften bewegt wird, weist China als Zielregion eine im internationalen Vergleich sehr beachtliche Anziehungskraft auf (vgl. Tabelle 1). Seit Anfang der 1990er-Jahre absorbiert China 20–25% aller in Entwicklungsländer strömenden Direktinvestitionen und ein Mehrfaches der in den gesamten Kontinent Afrika einfließenden Direktinvestitionen. Es sichert sich somit im internationalen Vergleich einen überproportional hohen Anteil an den mit Direktinvestitionen (potenziell) transferierten Wachstumsimpulsen für den eigenen Entwicklungsprozess.

Tabelle 1: Anteile ausgewählter Länder und Regionen an den weltweiten Direktinvestitionen, 2004

	Zustrom nach Zielländern	Bestand nach Zielländern
Welt	648 Mrd. US\$ 100%	8.895 Mrd. US\$ 100%
EU	33,33%	45,24%
USA	14,81%	16,57%
Japan	1,23%	1,09%
VR China	9,41%	2,75%
Hongkong	5,25%	5,14%
Taiwan	0,31%	0,44%
Indien	0,77%	0,44%
Brasilien	2,78%	1,70%
Afrika	2,78%	2,46%
EL ohne VR China	26,70%	22,27%

Quelle: UNCTAD (2005): World Investment Report 2005, New York – Geneva.

Als Herkunftsland von ausländischen Direktinvestitionen ist China in der Vergangenheit kaum in Erscheinung getreten. Die Ursachen hierfür lagen sowohl in wirtschaftspolitischen Erwägungen als auch unternehmerischen Defiziten. Wirtschaftspolitische Entscheidungsträger implementierten strenge Kontrollen und enge Obergrenzen für ausländische Investitionen, um einen Abfluss knapper Devisen zu vermeiden. Der Unternehmenssektor demgegenüber hatte nicht die geeigneten Geschäftsmodelle und verfügte zudem über nur unzureichende Managementkapazitäten, um derartige Engagements einzugehen. In beiden Dimensionen zeichnet sich derzeit eine radikale Trendumkehr ab. Die chinesische Regierung sieht mittlerweile multinational agierende chinesische Unternehmen als ein wichtiges Medium zur Verfolgung chinesischer Interessen in der Weltgemeinschaft und fördert von daher explizit die grenzüberschreitenden Expansionspläne chinesischer Großkonzerne. Die chinesischen Unternehmen wiederum beginnen sich von ihrer Abhängigkeit von ausländischen Akteuren zu lösen, die bislang nicht nur die technologische Führung innehatten, sondern auch mittels global aufgestellter Markenstrategien die Vertriebsseite beherrschten. Hier sind nun chinesische Unternehmen dabei, eine Bresche in die ausländische Dominanz zu schlagen. Unternehmungen wie CNOOC (Erdölexploration), Haier (Weiße Ware), Huawei (Telekommunikationsausrüstungen), Lenovo (Computer), Li Ning (Sportmode), SAIC (Automobile) oder TCL (Video-, Audiogeräte) bilden die Avantgarde eigenständiger multinationaler Großkonzerne aus der VR China, die auf die Weltmärkte drängen und sich anschicken,

die diese beherrschenden Oligopolstrukturen aufzubrechen. Während chinesische Direktinvestitionen im Ausland bislang noch im niedrigen einstelligen Milliardenbereich verharrten, könnten diese nun bis zum Jahr 2010 auf einen Wert von 60 Mrd. US\$/Jahr hinauf schnellen – was genau den Volumina entspräche, die derzeit in Form von Direktinvestitionen nach China einströmen.

Der nicht von unmittelbaren unternehmerischen Motiven unterlegte grenzüberschreitende Kapitalverkehr wird in erster Linie von der Anlage chinesischer Zahlungsbilanzüberschüsse in Schatzbriefen der wichtigsten Weltwährungen geprägt. Mit Devisenreserven von mehr als 800 Mrd. US\$ und monatlichen Zuwächsen von ca. 20 Mrd. US\$ im Jahr 2005 ist die VR China einer der wichtigsten Akteure bei derartigen Aktivitäten – kann im Gesamtkonzert der internationalen Devisenbewegungen aber dennoch keinen größeren Einfluss bzw. Druck auf andere Akteure oder Währungsentwicklungen ausüben. Andere Portfolio-Kapitaltransfers unterliegen sowohl auf der ein- als auch der ausgehenden Seite strenger staatlicher Reglementierung und sind vom Volumen her unbedeutend.

2.2 Güterströme

Nicht zuletzt dank ausländischer Investoren, die es im Gegensatz zu den chinesischen Planträgern vermocht haben, die in der chinesischen Volkswirtschaft verfügbaren Produktionsfaktoren in Einsatzgebiete zu lenken, die sowohl den komparativen Kostenvorteilen Chinas entsprechen als auch den globalen Nachfragestrukturen folgen,

ist die VR China innerhalb weniger Jahre zu einer der führenden Welthandelsnationen aufgestiegen (vgl. Tabelle 2). In einzelnen Gütergruppen ist

China heute zu dem dominierenden Anbieter respektive Nachfrager in der Weltgemeinschaft avanciert (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 2: Die größten Handelsnationen, 2004

Export 2004			Import 2004		
	Mrd. US\$	%		Mrd. US\$	%
Deutschland	914,8	10,0	USA	1.526,4	16,1
USA	819,0	9,0	Deutschland	717,4	7,6
China	593,4	6,5	China	561,4	5,9
Japan	565,5	6,2	Frankreich	464,1	4,9
Frankreich	451,0	4,9	Ver. Königreich	462,0	4,9

Quelle: World Trade Organization (2005): International Trade Statistics 2005, Geneva.

**Tabelle 3: Chinas Einbindung in den Welthandel
– Strukturelle Charakteristika von Exporten & Importen**

	China – Exporte			China – Importe		
	Wert 2004, Mrd. US\$	Anteil am Welthandel, 2004*	Jährliche Veränderung in % 2000–2004	Wert 2004, Mrd. US\$	Anteil am Welthandel, 2004*	Jährliche Veränderung in % 2000–2004
Alle Waren	593.3	6.5	35**	561.2	5.9	36**
Landwirtschaftliche Produkte	24.12	3.1	10	42.28	5.1	21
Industrielle Produkte	542.4	8.3	25	428.3	6.3	26
Eisen & Stahl	13.88	5.2	33	23.39	8.2	25
Chemische Produkte	26.36	2.7	21	65.47	6.5	21
– Pharmazie	3.23	1.3	16	1.90	0.8	19
– And. chem. Prod.	23.13	3.2	39**	63.57	8.4	35**
Bürogeräte & Telekom Ausrüstungen	171.8	15.2	41	128.7	11.2	30
– Geräte z. elek. Datenverarbeitung & Büroausrüstungen	87.1	20.7	47	29.6	6.9	29
– Telekom Ausr.	68.5	17.9	37	24.6	6.3	19
– Integrierte Schaltkreise & Elektron. Komponenten	16.2	4.9	32	74.5	22.4	37
Güter d. Automobil-Industrie	6.27	0.7	41	14.43	1.7	40
Textilien	33.43	17.2	20	15.30	7.4	5
Bekleidung	61.86	24.0	14	1.54	0.6	7

* Alle ‚Anteile am Welthandel‘ berechnet auf der Grundlage ‚Welthandel inklusive intra-EU-25 Handel‘

** Jährliche Veränderung 2003–2004

Data: WTO (verschiedene), eigene Berechnungen.

Bereits 2004 rangierte die VR China auf Rang drei der globalen Rangliste, steuert mit Wachstumsraten von weiterhin 20–30% aber direkt auf eine noch größere relative Bedeutung hin. Relativierend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass der chinesische Außenhandel zu über 50% aus Lohnveredelungsgeschäften besteht. Lohnveredelungsgeschäfte sind dadurch charakterisiert, dass zunächst Halbprodukte importiert werden, diese dann – zumeist in arbeitsintensiven Prozessen – weiterverarbeitet und die produzierten Endprodukte schließlich wieder exportiert werden. Die in China selbst realisierte Wertschöpfung beläuft sich im Durchschnitt auf lediglich 25–30% des Endproduktwertes.

Dieses Phänomen des Lohnveredelungshandels ist einerseits Ausdruck der Einbindung Chinas in den Ost- und Südostasiatischen Wirtschaftsraum und wirft andererseits ein wichtiges Schlaglicht auf die Evidenz extrem hoher bilateraler Handelsbilanzüberschüsse Chinas mit der Europäischen Union und den USA im Besonderen. China ist in den vergangenen zehn Jahren intensiv in die arbeitsteiligen Strukturen der Region eingebunden worden und heute in viele produktspezifische Wertschöpfungsprozesse (Computer, Kleidung, Schuhe, elektronische Haushaltsgeräte, etc.) integriert. Dabei werden in China heute oftmals die letzten Produktionsstufen abgewickelt, bevor die Güter an die Endabnehmer versandt werden. Die VR China bildet somit die Schnittstelle zwischen dem asiatischen Produktionsverbund und den Endkunden in Europa und den USA. Zahlungsbilanztechnisch bedeutet dies, dass diese Exportgüter voll als chinesische Exporte gezählt werden,

obwohl in China selbst nur ein vergleichsweise kleiner Anteil der Wertschöpfung generiert wurde, und die anderen Staaten des asiatischen Produktionsverbundes nicht aufscheinen. China akkumuliert somit Zahlungsbilanzüberschüsse gegenüber Europa und den USA, die aber letztlich im gesamten Ost- und Südostasiatischen Wirtschaftsraum generiert werden. Die Debatte um die als ‚exzessiv‘ gebrandmarkten Exportüberschüsse Chinas gegenüber den USA erhält somit eine ganz neue Qualität. Zwar hat die VR China in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihren Anteil an den US-amerikanischen Handelsbilanzdefiziten von 0 auf 24% ausgeweitet, betrachtet man jedoch die Volkswirtschaften Hongkongs, Japans, Koreas, Taiwans und der VR China als einen integrierten Produktionsverbund, so ist dessen Anteil am Handelsbilanzdefizit der USA während des gleichen Zeitraums von 52 auf 40% zurückgegangen.

Im Kontext der raschen Einbindung der VR China in die Weltwirtschaft sind von der chinesischen Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren bedeutsame Impulse für eine Veränderung der in der Weltwirtschaft anliegenden relativen Preisstrukturen ausgegangen. Besondere Medienbeachtung haben dabei die Steigerung der Kupfer- und Eisenerzpreise um hohe zwei- bis dreistellige Prozentwerte, die Vervierfachung der Frachtraten für Massengutfrachtschiffe innerhalb eines Jahres, u.a. erlangt. Diese Preisphänomene dürfen aber nicht über einen Kamm geschoren werden, sondern müssen in drei Typen unterteilt werden, die sehr unterschiedlich Implikationen für die Weltwirtschaft aufweisen:

- Preissteigerungen basierend auf einer durch das interne chinesische Wachstum hervorgerufenen Netto-Zunahme der globalen Nachfrage. Derartige Preissteigerungen sind zu meist langfristiger Natur. Sie beruhen auf einer durch die rasante Vergrößerung der chinesischen Volkswirtschaft hervorgerufenen absoluten Ausweitung der auf den globalen Märkten auftretenden Nachfrage nach Gütern wie z.B. Bauxit, Eisenerze und Erdöl, der nicht durch eine entsprechende Ausweitung auf der Angebotsseite begegnet werden kann.
- Preissteigerungen basierend auf kurzfristigen Nachfrageschwankungen im Zuge von Produktionsverlagerungen nach China bzw. nachlaufendem Kapazitätsaufbau ohne substantielle Verschiebungen der Angebots-/Nachfragekonstellation. In diese Kategorie fallen Güter wie z.B. Kupfer, für das im Zuge der Verlagerung großer Teile der globalen Produktion elektronischer Geräte nach China ein enormer Nachfragezuwachs aus China zu beobachten ist. Hauptabnehmer derartiger elektronischer Geräte und deren integrieren Kupferelemente bleiben die etablierten Triademärkte, der Netto-Nachfragezuwachs aus China selbst bleibt demgegenüber gering, sodass die inflationären Preisaufschläge mit dem Abbau konkurrierender Produktionsstätten andernorts wieder zurückkommen sollten. Bei chemischen Grundstoffen, für die in der chinesischen Volkswirtschaft gewaltige Nachfragezuwächse zu verzeichnen sind, sind derartige inflationäre Preisausschläge demgegenüber durch einen zeitlich versetzten Aufbau neuer Produktionskapazitäten bedingt.
- Preissenkungen auf Grund der Erschließung neuer kostengünstiger Produktionsfaktoren in China. Von der Einbindung der chinesischen Volkswirtschaft und ihres Heeres an bislang nicht produktiv in das Wirtschaftsgeschehen integrierten Produktionsfaktoren in die Weltwirtschaft gehen auch massiv Preis senkende Impulse aus. Dies betrifft z.B. die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Produktion von Computern, Fernsehgeräten und Bildschirmen und elektronischen Geräten und Büroausstattungen. Angesichts des auch weiterhin hohen Maßes an Unterauslastung und Unterbeschäftigung in China, dürften diese deflationären Effekte auch in absehbarer Zukunft Bestand haben. Teilweise bleiben diese deflationären Impulse allerdings durch protektionistische Maßnahmen für die Endkunden in Europa und den USA unerreichbar, wie zuletzt geschehen im Falle der von Lobbyisten betriebenen Wiedereinführung von Quoten auf Textil- und Kleidungseinfuhren aus China.

2.3 Unternehmen und Marktstrukturen

Der von China ausgehende Druck zu globalem Strukturwandel beschränkt sich aber nicht auf volkswirtschaftliche Parameter, sondern tangiert auch die unternehmerische Substruktur der Weltwirtschaft. China ist heute (wie dargestellt) keineswegs mehr ein passiver Akteur, der von einer von ausländischen Konzernen betriebenen Verlagerung von Produktionsprozessen in das Land profitiert. Eine wachsende Anzahl von chinesischen Unternehmen ist

mittlerweile dabei, mit eigenen Direktinvestitionen im Ausland ihre Geschäftstätigkeit auf eine eigenständige multinationale bzw. globale Basis zu stellen. Tatsächlich dürfte diese gerade erst beginnende aktive Eroberung des Weltmarktes durch chinesische Unternehmen in den nächsten Jahren die wichtigste Herausforderung für die etablierten globalen Wettbewerbs- und Oligopolstrukturen darstellen. Dabei sind die ersten chinesischen Akteure bereits heute voll auf den Weltmärkten engagiert: Der Haushaltsgerätehersteller Hai'er ist mit seinen Produkten bereits fest in Südostasien und Nordamerika etabliert; der Elektronikkonzern TCL hat bereits die deutsche Schneider Electronics Gruppe akquiriert und 2004 die DVD- und TV-Sparte der französischen Thomson Electronics Gruppe übernommen; Computerhersteller Lenovo hat Anfang 2005 die PC-Sparte von IBM erworben und der Automobilkonzern SAIC hat das Ziel ins Auge gefasst, innerhalb von 15 Jahren zu der Spitzengruppe der global führenden Automobilkonzerne aufzuschließen und den französischen Anbieter Renault in der globalen Führungsriege abzulösen.

3. Chinas Herausforderung an Europa

Von der umfassenden Einbindung Chinas in das Netz der internationalen Arbeitsteilung und der hiermit einhergehenden rapiden Steigerung der quantitativen wie qualitativen Leistungsfähigkeit der chinesischen Volkswirtschaft geht substanzieller Veränderungsdruck auf die etablierten Wirtschaftsstrukturen Europas aus. Die einzelnen Regionen, Industriebranchen,

Unternehmungen und Einkommensbezieher sehen sich dabei allerdings mit sehr differenzierten konkreten Herausforderungen konfrontiert.¹

Angesichts der großen Lohnkostenvorteile, die China nicht nur im Vergleich zu den hoch entwickelten westeuropäischen, sondern auch den osteuropäischen Volkswirtschaften besitzt, sind jene europäischen Industrien und Wertschöpfungsstufen, die in einem unmittelbaren Preiswettbewerb mit China stehen, in besonderem Maße mit einer „chinesischen Herausforderung“ konfrontiert. Hierbei sind in erster Linie die Textil- und Bekleidungsindustrie (inkl. Schuhe und andere Lederprodukte) und die Elektronische Industrie zu nennen. Insbesondere im Fall der Bekleidungsindustrie dürfte der größte Wettbewerbsdruck inzwischen allerdings bereits verebbt sein. In den vergangenen Jahren sind substanzielle Produktionskapazitäten der europäischen Bekleidungsindustrie abgebaut und nach China verlagert worden. Der verbliebene Bestand scheint nun jedoch in seiner Existenz gesichert, da eine stetige Verkürzung von Innovationszyklen und die Notwendigkeit kurzfristiger Bedienung von Konsumentenbedürfnissen trotz höherer Produktionskosten in immer größerem Maße eine Produktion vor Ort verlangen. Mehrwöchige Lieferzeiten von chinesischen Produktionsstandorten werden immer weniger akzeptiert.² Nutznießer dieser Entwicklung sind in erster Linie Produktionsstätten in der Türkei, Griechenland, Portugal und Italien.

Weniger positiv sieht die Konstellation für Anbieter elektronischer Produkte aus. Dies betrifft sowohl Güter aus dem Bereich Büroausrüstungen (PCs, Lap-

tops, Zubehör, etc.), Telekommunikation (Mobiltelefone), Video (TV-Geräte, DVD-Spieler, Bildschirme, etc.) als auch Audio (Walkmen, etc.). Weniger betroffen sind bislang noch Produkte der Gruppe „Weiße Ware“ (Kühl- und Gefriergeräte, Air-Conditioner, etc.). Im Gefolge der in diesem Kontext zu verzeichnenden Verlagerung von Arbeitsplätzen nach China ist in jüngerer Zeit auch zu beobachten, wie die Produktion von Halbleitern und Integrierten Schaltkreisen ebenfalls nach China verlagert wird. Eine sequenzielle Verlagerung von Produktionsstufen der Elektronikindustrie nach dem Muster Westeuropa – Osteuropa – China ist kaum zu beobachten. Stattdessen wird die Produktion zumeist unmittelbar nach China transferiert. Es ist nicht erkennbar, dass dieser Verlagerungsprozess bereits abgeschlossen wäre.

Die größte Beharrungskraft gegenüber der erwachsenden Konkurrenz aus China besitzen erstens jene Industrien, die durch hohe Transportkosten geprägt sind und für die von daher räumliche Nähe zum Endkunden wichtig ist. Dies betrifft in erster Linie die Grundstoffindustrie (Chemie, Stahl, etc.). Europäische Investitionen dieser Industrien in China besitzen i.d.R. einen horizontalen Charakter. D.h., es werden zusätzliche Produktionskapazitäten zur Bedienung des lokalen Marktes aufgebaut, ohne dass hierdurch die Existenzberechtigung von Kapazitäten im Heimatmarkt in Frage gestellt würde.

Besondere Wettbewerbskraft vis-à-vis China besitzt zweitens der Metall verarbeitende Sektor inklusive der Automobilindustrie. Der Metall verarbeitende Sektor wird in besonderem Maße durch das Zusammenspiel einer Viel-

zahl von hoch spezialisierten Akteuren geprägt, die in einer interdependenten Netzwerkstruktur mit einander verbunden sind. Diese Strukturen sind im Verlauf mehrerer Jahrzehnte gewachsen und können nicht einfach kopiert werden. Die Integration der osteuropäischen Volkswirtschaften in den bestehenden westeuropäischen Industriecluster birgt die Möglichkeit, die hier bereits bestehende Wettbewerbsstärke weiter auszubauen.

Einen dritten signifikanten Wettbewerbsvorsprung weist Europa derzeit im Bereich der wissensintensiven Industrien (Pharmazie, etc.) und Dienstleistungssektoren (Finanz-, Transportdienstleistungen) auf. Gerade in diesem Bereich verliert Europa allerdings derzeit rasch an Boden. Europas marode Bildungssysteme, die weder auf am Rande der Insolvenz stehende öffentliche Haushalte bauen dürfen noch hinreichende Freiheiten für eine marktliche Ressourcenbeschaffung besitzen, sind immer weniger in der Lage, ihre noch bestehende Überlegenheit gegenüber dem chinesischen System aufrecht zu erhalten. Demgegenüber steht eine finanziell sehr gut unterfütterte chinesische Bildungs- und Technologiepolitik, die einen Schwerpunkt auf die Elitenausbildung setzt und dabei eine enge Verbindung zum Unternehmenssektor unterhält.

4. Schlussbemerkungen

Die gleichermaßen rasche wie umfassende Rückkehr Chinas in die erste Liga der Weltwirtschaft, die in den letzten Jahren zu beobachten war, muss grundsätzlich als Rückkehr zum ‚Normalzustand‘ und Korrektur einer

entwicklungshistorischen Abweichung betrachtet werden. Dies bedeutet gleichzeitig, dass der derzeitige Aufstieg Chinas zu einer der führenden Weltwirtschaftsnationen langfristig zu verstehen ist und kein kometenhaftes Aufblitzen während einer nur kurzen historischen Epoche darstellt.

Es ist zu betonen, dass die angesprochenen und z.T. mit Verlagerungen von Produktionsstätten verbundenen Herausforderungen Chinas an Europa derzeit in erster Linie zu Lasten alt hergebrachter Industriestrukturen und in diesen konservierten Arbeitsplätzen gehen. Tatsächlich offenbart sich der ‚China-Faktor‘ auf der individuell wahrgenommenen Ebene in erster Linie dadurch, dass sich die Werthaltigkeit individueller Kompetenzprofile radikal verändert. Für individuelle Arbeitnehmer bedeutet dies, dass sie für bestimmte Angebote an Arbeitsleistungen (insbesondere im nieder qualifizierten Bereich) nicht mehr die gleiche Entlohnung einfordern können, wie in der Vergangenheit als chinesische Arbeitskräfte noch kaum in den Verbund der internationalen Arbeitsteilung integriert waren.

Vergleichbare Effekte treten auch im Unternehmenssektor auf. Unternehmerische Findigkeit und Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen und Preisrelationen entscheiden hier über die Befähigung zur Akkomodierung des ‚China-Faktors‘ in das Unternehmensmodell. Als – erfolgreiches – Ergebnis eines solchen Prozesses kann hierbei u.U. auch eine radikale Verschiebung der unternehmensbezogenen Kernkompetenzen sowie regionalen Schwerpunkte von Produktion und Vertrieb zu Tage treten.

Die Verlagerung umfangreicher Wertschöpfungsprozesse der Bekleidungs- und Schuhindustrie, der Elektronikindustrie etc. in die VR China und Fokussierung der Aktivitäten des Mutterhauses auf Entwicklungs-, Organisations- und Marketingfunktionen ist von daher als konsequent und problemadäquates Verhalten zu bewerten. Die eigentliche ‚chinesische‘ Herausforderung an den europäischen Unternehmenssektor manifestiert sich allerdings erst seit kürzester Zeit: rein chinesische Multinationale Konzerne, die Europas Unternehmen auf ihrem Heimatmarkt bedrängen. Der ‚China-Faktor‘ wird von daher in den nächsten Jahren immer sichtbarer werden.

All dies muss nicht mit dem „Untergang des Abendlandes“ gleichgesetzt werden. Europa hat in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass es in der Lage ist, von Außen herangetragenen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen und mit gestärkten eigenen Wirtschaftsstrukturen aus einem Prozess des Wandels hervorzugehen. Zu betonen ist aber, dass die über alle Ebenen hinweg wichtigste Determinante für eine wohlfahrtssteigernde Akkomodierung des ‚China-Faktors‘ in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft letztlich in der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der institutionellen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sowie der individuellen und gesellschaftlichen Bereitschaft besteht, althergebrachte Strukturen zu überwinden und Neues zu schaffen. Eine auf rückwärts gewandte Besitzstandswahrung ausgerichtete Antwort auf die chinesische Herausforderung kann Europa nicht weiterbringen. Politisches Unternehmertum ist heute somit mindestens so wichtig wie wirtschaftliches Unternehmertum.

Anmerkungen

- ¹ Für eine ausführliche Analyse siehe das von dem Verfasser in Zusammenarbeit mit Günther Vieweg verfasste Kapitel „The Challenge to the EU of a Rising Chinese Economy“ in dem „European Competitiveness Report 2004“ herausgegeben von der Europäischen Kommission.
- ² Verstärkend kommt hinzu, dass die von

der EU betriebene Wiedereinführung von Importquoten auf chinesische Produkte die „politische Unsicherheit“ des China-Handels erhöht hat. Um sicherstellen zu können, dass Kunden rechtzeitig beliefert werden können, wird es daher verstärkt für notwendig empfunden, Produktionskapazitäten innerhalb Europas aufrecht zu erhalten.

Die Grenzen des „Aufstiegs“ der Volksrepublik China

Kay Möller

1. Einführung

Chinas Außenpolitik ist defensiv. Sie versucht, sich mit Dritten im Sinne einer klassischen Gleichgewichtspolitik zu konzentrieren, was aber angesichts begrenzter eigener Machtmittel und teils divergierender Interessen der Partner nicht mehr leistet, als eine sektorale und temporäre Stabilisierung des Status quo. Wollte China die unipolare Welt ernsthaft herausfordern, dürfte es ihr keine unpraktikable multipolare Vision entgegensetzen, sondern müsste selbst unilateral handlungsfähig werden oder sich für eine Strategie des qualitativen Multilateralismus entscheiden.

Somit stellt sich die Frage, ob China zu einer direkten Herausforderung der USA oder zu qualitativem Multilateralismus nicht willens oder nicht fähig ist? Die herrschende Meinung glaubt, dass China dazu jetzt noch nicht fähig ist, aber langfristig mit Hilfe von Machtzuwachs oder Lernprozessen dazu fähig sein wird.

Beide Thesen setzen anhaltendes Wirtschaftswachstum und technologischen Fortschritt in China voraus, was wahl-

weise zu mehr Unabhängigkeit oder mehr Abhängigkeit vom internationalen Umfeld führt. Zweitens setzen sie die Fähigkeit voraus, Unabhängigkeit oder Abhängigkeit militärisch oder diplomatisch effizient zu nutzen. Das ist in der jüngeren Geschichte nur liberalen repräsentativen Demokratien gelungen, weil sie laut Tocqueville das Individuum schützen und den Erfolg des Gemeinwesens zu seinem persönlichen Anliegen machen, Gewalt teilen und transparent machen, die Prinzipien Freiheit und Gleichheit durch Gleichheit vor dem Gesetz kompatibel und Revolutionen mit Hilfe einer starken Mittelklasse verzichtbar machen.¹ Moderne Autoren sprechen von einer Kombination aus liberalen Institutionen und politischer Kultur, mit der Rechtsstaatlichkeit garantiert und die öffentliche Meinung berücksichtigt wird.² Darüber hinaus führen solche Demokratien (fast) keine Kriege gegeneinander, und einige Autoren halten Demokratie für die Voraussetzung von Entwicklung.

Muss China also eine liberale und repräsentative Demokratie werden, um nachhaltiges Wachstum zu erzielen und Unabhängigkeit oder Abhängig-

keit in Macht umzusetzen? Ein paar der erwähnten Evolutionisten glauben das nicht nur, sondern halten es für wahrscheinlich. Andere konstruieren, von Empirie und Theorie unbeeindruckt, das Szenario eines autoritären „Aufstiegs“. Die intelligenteren unter ihnen verweisen dabei weniger auf Chinas materielle Macht als auf die Selbstauflösungstendenzen einer „westlichen Welt“, deren Institutionen das Armuts- und Gewaltproblem eher noch verschärft und gleichzeitig das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie geschwächt haben. Dann sähe die Welt der Zukunft zunehmend so aus wie China schon heute, und China könnte seine Schwächen in Stärken verwandeln.³

2. Wachstum und technologischer Fortschritt

Chinas „Aufstieg“ seit Beginn der wirtschaftlichen Öffnung 1978 war vornehmlich makroökonomischer Natur. China ist nicht nur groß und alt, sondern, abhängig von der Berechnungsgrundlage, zweit- oder sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt, größter Empfänger ausländischer Direktinvestitionen und drittgrößte Handelsmacht. Dividiert man allerdings Potenzial durch Größe, fällt das resultierende Pro-Kopf-Einkommen irgendwo zwischen Turkmenistan und Peru. Dabei hat das Einkommensgefälle zwischen Küste und Binnenland, städtischen und ländlichen Gebieten sowie innerhalb der Städte während der Reformperiode so weitgehend zugenommen, dass es heute sogar von chinesischen Experten als das größte weltweit betrachtet wird.⁴ Mit dieser Entwicklung geht eine Umweltzerstörung einher,

die von einigen Experten bereits als Hindernis für künftiges Wachstum betrachtet wird. Schließlich hat die chinesische Gesellschaft bereits vor Abschluss der Industrialisierung zu altern begonnen, während die arbeitsfähige Bevölkerung in Indien und den USA in den nächsten Jahrzehnten weiter anwachsen wird, und Experten gehen davon aus, dass die Altersstruktur der Volksrepublik in fünfzig Jahren der britischen ähneln wird.⁵ Bei Berücksichtigung eines so zwangsläufig verlangsamten Wachstums und der Notwendigkeit zum Aufbau eines Systems der sozialen Sicherheit rechnet die Rand-Corporation für 2025 mit einer chinesischen Volkswirtschaft, die (auf Dollarbasis) etwa halb so groß ist wie die amerikanische und chinesischen Militärausgaben in Höhe von 60% des amerikanischen Budgets im Haushaltsjahr 2003.⁶

Als Deng Xiaoping mit der relativen Autarkie des Maoismus brach, war der Import moderner Technologien ähnlich wie im Falle aller chinesischer Modernisierer seit dem 19. Jahrhundert ein zentrales Anliegen. Diese Technologien sollen assimiliert und adaptiert werden, und Beobachter suggerieren bereits, dass China (und Indien) demnächst mittels Überspringen einiger technologischer Stufen in der Lage sein werden, auf dem Gebiet der Innovation mit den USA zu konkurrieren. Eine solche Strategie würde allerdings dazu führen, dass ausländische Investoren und Regierungen beim Technologietransfer noch zurückhaltender wären (die Produktion und – so weit relevant – Entwicklung moderner Technologien in China beschränkt sich weitgehend auf Töchter ausländischer Unternehmen, und „Techno-Nationalismus“ ist

über das Improvisationsstadium nicht hinausgekommen⁷). Gleichzeitig operieren staatliche und andere Stellen auf diesem Gebiet vielfach in wechselseitiger Isolation, und der anhaltende Einfluss von Bürokratie und Staatsbetrieben auf Forschung und Entwicklung sowie ungelöste Probleme der Rechts- und Handelspraxis, des Schutzes geistigen Eigentums und der Korruption behindern schnellen Fortschritt bei Adaption und Assimilierung.⁸ In China fehlt es an professionellen Managern⁹, und ähnlich wie im japanischen Fall vermittelt das Bildungssystem der Volksrepublik Grundwissen auf Kosten kreativen Denkens¹⁰. Um solche Probleme zu überwinden, haben westliche Experten eine langfristige Strategie des Lernens vom Ausland empfohlen, ein Vorschlag, der für einheimische Bürokraten auf Grund der implizierten Abhängigkeit inakzeptabel scheint.

Auch in dieser Hinsicht ist die japanische Erfahrung insofern relevant, als das Kaiserreich trotz seiner führenden Stellung auf dem Gebiet der Konsum-Elektronik bis heute keine eigene Software-Industrie hervorgebracht hat – ein Phänomen, für das Beobachter ähnlich wie in China den mangelnden Austausch zwischen (in diesem Fall privat organisierten, aber politisch angebandenen) Mischkonzernen verantwortlich machen.¹¹ Das Alternativmodell liefert Indien, das etwa im Telekommunikationssektor die regulative von der operativen Staatsaufsicht getrennt hat. Japans eigenes Experiment mit einer „Modernisierung ohne Verwestlichung“ war 1945 zwar grundsätzlich gescheitert, aber in Tokio begünstigte ein de facto Einparteienregime 50 Jahre lang ein Patronagesystem.

Eine weitere Parallele zwischen China und Japan besteht in massiven Krisen der Banksektoren, wobei sich die japanische Regierung erst unter dem Druck der Wähler für einschneidende Maßnahmen entschied.¹² Verglichen hiermit bleiben die institutionellen Voraussetzungen für eine Entpolitisierung der Kreditvergabe in der Volksrepublik unterentwickelt.¹³ Beobachter machen für diese und andere Marktverzerrungen eine Kombination aus hohem exportinduziertem Wachstum, hohen Devisenreserven und anhaltender Kontrolle von Kredit und Boden durch die Kommunistische Partei verantwortlich, ein System, das den meisten von ihnen mittel- bzw. langfristig als nicht tragfähig gilt.¹⁴

Ein augenscheinlicher Unterschied zwischen Chinas und Japans Entwicklung besteht in Pekings 2001 mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) ausgedrückter Bereitschaft zu einer umfassenden Öffnung des heimischen Marktes für ausländische Händler und Investoren, ein Phänomen, das sich im Nachbarland auch bis heute nicht ohne Einschränkungen konstatieren lässt. Deshalb trägt der Außenhandel der Volksrepublik auf Wechselkursbasis heute etwa 75% zum Brutto-Inlandsprodukt (BIP) bei, der japanische nur ca. 25%. Bei Anlegung eines Kaufkraft-Indikators beträgt dieser Anteil allerdings nur etwa ein Viertel.

Chinas größere Kaufkraft daheim ist nicht zuletzt das Ergebnis anhaltender Armut im Binnenland, wo sich ausländische Investoren trotz massiver staatlicher Infrastrukturkampagnen weiter zurückhalten.¹⁵ Während Letztere zusätzlich zu Korruption und Umweltzer-

störung beitragen¹⁶, ohne die regionalen Ungleichgewichte zu reduzieren, haben Pekings Zentralisierungsversuche vielfach das Gegenteil bewirkt¹⁷, sodass einige Autoren von einer „de facto Föderation“ sprechen¹⁸. Das hat nicht nur regionalen und lokalen Protektionismus begünstigt, sondern lokalen und regionalen Funktionären in Peking zu mehr Einfluss verholfen, was eine umfassende Öffnung des Binnenmarkts weiter erschwert.

Man könnte folglich argumentieren, dass Japans unsichtbare Handelschranken in China ein Äquivalent finden, dessen negative Auswirkungen von einer kommunistischen Führung erkannt wurden, deren systemische Defizite allerdings sämtliche Reformversuche zu Flickwerk machen. Der jüngste dieser Versuche besteht in dem im März 2005 verabschiedeten populistischen Konzept für ein „neues sozialistisches Binnenland“, mit dem insbesondere das Stadt-Land-Gefälle abgebaut werden soll¹⁹ (Staats- und Parteichef Hu Jintao hatte die generelle Richtung bereits im September 2004 mit dem Schlagwort „harmonische Gesellschaft“ vorgegeben). 2006 signalisierten die konzeptionellen Widersprüche zwischen anhaltender Öffnung und „sozialistischem Binnenland“ bereits einen neuen Linienkampf zwischen Rechts und Links²⁰, ein Phänomen, das die meisten Beobachter bereits 1989 für überwunden gehalten hatten.

Auch im Kontext des „neuen Binnenlandes“ ist eine Führungsrolle für jene Staatsunternehmen reserviert, die für die Malaise des Banksektors verantwortlich zeichnen.²¹ Die in den 90er-Jahren begonnene Teilprivatisierung

des Staatssektors ist in erster Linie Partei- und Regierungseinheiten sowie einzelnen Funktionären zugute gekommen. Anstatt ein nationales Privatunternehmertum zu fördern, das allein in der Lage wäre, überschüssige Arbeitskraft zu absorbieren, bzw. den Bauern mit der Übertragung von Bodenbesitztiteln neue Einkommensquellen zu erschließen, versucht die kommunistische Führung, neue Eliten in Politik und Wirtschaft so eng wie möglich an sich zu binden und kopiert damit ein 1997/98 von der so genannten Asienkrise beschädigtes regionales Modell. Das Ergebnis ist ein Netzwerk aus nationalen, regionalen und lokalen Rentier-Interessen, das auf Kosten von Modernisierungsverlierern geht und Urbanisierung und das Entstehen von Mittelklassen behindert.²² Während ausländische Investoren sich bisher in den Küstenregionen mit den resultierenden Reibungsverlusten arrangieren, erscheinen ihnen diese im Binnenland weiterhin inakzeptabel.

„Netzwerkstaaten“ verfügen zwar über unterentwickelte Kapazitäten, aber häufig über relativ starke politische Regime, jedenfalls solange diese eine prozedural-institutionelle Legitimierung durch eine so genannte Output-Legitimität ersetzen können. In China hat dieses Modell eine lange Tradition und Autokratie ist kulturell akzeptabel, solange sie ein Gefühl von Stabilität vermittelt.

Letzteres wird angesichts einer wachsenden Zahl zunehmend gewalttätiger Konfrontationen zwischen Modernisierungsverlierern und Sicherheitskräften in Frage gestellt, wobei die Größe der Volksrepublik die auch in anderen „staatszentrischen“ Systemen zu verzeichnenden Menschenrechtsverlet-

zungen, Transparenzdefizite, zunehmende Ungleichheit und wachsende Umweltprobleme zusätzlich verschärft. Probleme, deren negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaften während der „Asienkrise“ schlagartig deutlich wurden. Chinas Ministerium für öffentliche Sicherheit zählte 2005 87.000 so genannte „Massenzwischenfälle“²³ und das Kurieren an Symptomen und der Rückfall in maoistische Rhetorik sind Reaktionen darauf. Die politische Führung hofft bisher noch, dass der wachsende Unmut nicht über Dörfer und Stadtteile hinaus eskaliert (weshalb man dem Bürger auf diesen Ebenen Mitspracherechte eingeräumt hat), und lehnt eine umfassende Demokratisierung als destabilisierend ab. Wenn allerdings auch die neue Sozialpolitik in einem Sumpf aus korrupten Partikularinteressen untergeht und nachhaltiges Wachstum zunehmend illusionär wird, dürfte sich die Frage nach der Legitimität der Partei- und Staatsführung einmal mehr stellen.

3. Defensive Außenpolitik

Unter solchen Umständen verwundert es nicht, dass der „Netzwerkstaat“ eine grundsätzlich defensive Außenpolitik betreibt. Weder verfügt er über die Möglichkeiten, nationale Kapazitäten effizient zu bündeln, noch will er zusätzlich zu den Vorbehalten Dritter betreffend Defizite seiner Öffnung beitragen. Es besteht folglich kein Anlass, Deng Xiaopings Aufruf zur außenpolitischen Zurückhaltung von 1989 oder das seit 2004 in der außenpolitischen Elite diskutierte Theorem vom „friedlichen Aufstieg“ der Volksrepublik als gezielte Irreführung zu verstehen.

Auch die externen Auswirkungen des chinesischen Wirtschaftswachstums sind vornehmlich makroökonomischer Natur. Während Exporteure von Rohstoffen und Technologien profitieren, sehen sich Länder mit einer ähnlichen (Niedriglohn-, Niedrigtechnologie-) Produktionsbasis einem schärferen Wettbewerb ausgesetzt. Deshalb nahmen Chinas Importe aus Lateinamerika 2003 um 81 und aus Afrika um 54% zu und deshalb ist die Volksrepublik zum drittgrößten Markt für Produkte aus Lateinamerika und Afrika nach den USA und der EU geworden.

In diesem Zusammenhang sind Ölimporte auf Grund ihrer Bedeutung für anhaltendes Wachstum und ihres wachsenden Anteils an Chinas Gesamtnachfrage nach Öl (2004: 40%) besonders sensitiv. Heute kommen 58% dieser Importe aus dem Persischen Golf, dessen Bedeutung als Öllieferant für die Volksrepublik trotz Diversifizierungsbemühungen weiter zunimmt. Der Golf und die Seewege zum Golf werden weitgehend von den USA kontrolliert, weshalb Peking sich entschieden hat, wo möglich über Exklusivverträge und unter Inkaufnahme längerer oder komplizierterer Transportwege Ölfelder in Drittstaaten wie Kasachstan, Russland, Venezuela, Sudan, Iran etc. zu erschließen. Einige dieser Staaten unterliegen westlichen bzw. amerikanischen Sanktionen, andere haben gespannte Beziehungen zu den USA, aber es gibt auch Rohstoffexporteure wie Australien oder Kanada, die ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Peking ausbauen, ohne deshalb ihre Bündnisverpflichtungen zu Washington grundsätzlich in Frage zu stellen. In Chinas nord- und südostasiatischem Umfeld, wo ressourcenreiche Staaten eher die

Ausnahme sind, hat die Bush-Administration die amerikanische Militärpräsenz nach dem 11. September 2001 ausgebaut, was im konservativen politischen Spektrum der Volksrepublik als Einkreisungsstrategie verstanden wird. Weil die meisten Regionalstaaten diese Präsenz aber entweder offen oder implizit begrüßen, toleriert Peking sie sogar in der extrem sensitiven Taiwanfrage und versucht gleichzeitig, Nachbarn im Süden und Osten mit (überwiegend nichtmilitärischen) Kooperationsangeboten zu gewinnen.

Chinas Einfluss variiert folglich von einer Weltregion zur anderen und findet seinen Ausdruck in unterschiedlichen Strategien. Ein gutes Kriterium zur Messung von Einfluss und Wirkung liefert Pekings so genannter „neuer Multilateralismus“, ein Terminus, der von der Führung der Volksrepublik seit 2003 benutzt wird. Die Ursprünge dieser Strategie liegen in den späten 90er-Jahren, als China in Folge der „Asienkrise“ ein Interesse für regionale Alternativen zur internationalen Finanzarchitektur entwickelte und sich gleichzeitig im (transpazifischen) Asean Regional Forum (ARF) für „flache“ (d.h. konsensuale) Varianten der Sicherheitszusammenarbeit zu erwärmen begann, ein Ansatz, der dort 1997 in Gestalt eines „neuen Sicherheitskonzepts“²⁴ als Alternative zum amerikanischen Bündnisssystem präsentiert wurde. Allerdings bezog sich das spektakulärste Beispiel für den neuen „Multilateralismus“ weder auf finanziellen Regionalismus noch auf sicherheitspolitische Dialoge. Die 2001 gegründete Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ, bestehend aus China, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan) verfolgte in erster Linie das Ziel

einer Stabilisierung postsowjetischer Regime in Zentralasien gegen islamische oder nationalistische Herausforderer und ähnelt dabei eher einem chinesisch-russischen Mächtekoncert als einer regionalen Organisation, die von den Grundsätzen Unteilbarkeit, generalisierte Verhaltensprinzipien und diffuse Reziprozität gekennzeichnet wäre. Konzertierung (in diesem Fall mit Washington) statt „qualitativem Multilateralismus“ ist auch das wichtigste Charakteristikum der 2003 initiierten so genannten Sechsparteiengespräche über das nordkoreanische Atomprogramm, an denen neben China und den USA noch Japan, beide Koreas und Russland beteiligt sind. Auch hier gilt das Hauptinteresse der Protagonisten bisher der Erhaltung des Status quo.

Konzertierung ist weiterhin keine Option in Ostasien, wo Peking weder Washington noch Tokio als Partner akzeptieren will und wo die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, Asean) nach dem Ende des Kalten Krieges versucht hatte, sich in die Position des „Züngleins an der Waage“ der regionalen Kräftebalance zu befördern. Als dieser Plan an der mangelnden Integrationsfähigkeit der Gruppierung gescheitert war, fühlte sich China hinreichend stark, diese mit Kooperationsangeboten zu umarmen, darunter ein quasi multilaterales Element in Gestalt eines Abkommens aus dem Jahr 2004 über die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone bis 2010. In Peking glaubte man, so Grundlagen für eine spätere Ostasiatische Gemeinschaft zu legen und für den Konkurrenten Japan vollendete Tatsachen zu schaffen.²⁵ Gleichzeitig bleiben die USA für China und die meisten Asean-Staaten der wich-

tigste Wirtschaftspartner und ist eine weit reichende regionale Zusammenarbeit für viele der Letzteren nur vor dem Hintergrund der amerikanischen Sicherheitsgarantie denkbar.

In anderen Weltregionen bedurfte es dieses „defensiven Aktivismus“ nicht, weil China hier eine Führungsrolle weder anstreben wollte noch konnte. Der Schwerpunkt der chinesischen Außenpolitik lag auch hier bei Freihandelsangeboten oder Offerten einer allgemeinen wirtschaftlichen Kooperation, wobei einige der avisierten Partner darauf Wert legten, sich nicht einseitig an China zu binden und andere noch über diplomatische Beziehungen zu Taiwan verfügten.

Während „Sprecher des Südens“ von Robert Mugabe in Zimbabwe bis zu Hugo Chavez in Venezuela Chinas neue regionale Prominenz als gemeinsame Herausforderung des „US-Imperialismus“ interpretieren und ungeachtet der Aufrufe chinesischer Experten, die neuen Möglichkeiten besser zu nutzen, hat sich die Führung der Volksrepublik bisher bedeckt gehalten. In diesem Zusammenhang sprechen Beobachter gern von einer neuen chinesischen „soft power“, die etwa mit Investitionen in das afrikanische Bildungs- und Gesundheitswesen belegt werden soll²⁶, aber nur selten unter Verweis auf die vom Vater dieses Konzepts entwickelte Definition. 2004 schrieb Joseph Nye, „soft power“ ist „die Fähigkeit, durch Anziehungskraft statt durch Zwang oder Zahlungen zu bekommen, was man will. Sie entspringt der Attraktivität der Kultur eines Landes, seinen politischen Idealen und seiner Politik. Wenn andere unsere Politik als legitim ansehen, nimmt unsere soft power zu.“²⁷

Im chinesischen Fall sind Ideale bisher nicht über teils revisionistische Schlagwörter hinausgegangen, mit deren Hilfe Hu Jintaos „harmonische Gesellschaft“ auf die ganze Welt projiziert und damit erstmals ein konfuzianisches Konzept in großem Maßstab exportiert werden soll (eine Strategie, die im chinesischen Kaiserreich für wenige Vasallenstaaten reserviert war).²⁸ Wenn Inhalte und Umsetzung auch in diesem Fall vage bleiben, dann, weil hier ähnliche Blockademechanismen wirken wie im Inneren und Pekings außenpolitische Strategen ihre hehren Grundsätze häufig selbst verletzen. Wenn Beobachter der Volksrepublik heute eine grundsätzliche Akzeptanz des internationalen Systems bescheinigen, bezieht sich das eher auf Verfahren als auf die Substanz. Generell präsentiert sich die Volksrepublik im Sicherheitsrat, wo sie Vetomacht ist, selbstbewusster als in Konsensveranstaltungen wie der Dhofar-Runde der WTO, wo sie etwa im Agrarbereich gleichzeitig als Importeur und Exporteur auftritt. So hat Peking Widerstand gegen jede nicht vorher abgesprochene Initiative zur Reform des Sicherheitsrats angekündigt²⁹, sich an der Verwässerung der im März 2006 verabschiedeten Statuten des neuen VN-Menschenrechtsrats mitgewirkt und sich dabei wiederholt der Unterstützung durch andere revisionistische Mächte wie Russland oder Indien versichert, ja gelegentlich sogar mit der einzigen Supermacht selbst kooperiert. Allerdings sind Konzertierungsversuche auf der internationalen Bühne noch kurzlebiger als solche im regionalen Rahmen und erschweren eine Lösung globaler Probleme eher als dass sie sie befördern. Gleichzeitig erscheint Chinas auf dem Papier relativ umfassende Implemen-

tierung seiner WTO-Verpflichtungen als multilaterale Ausnahme von der realistischen Regel.

Der vielleicht wichtigste Denkfehler im Zusammenhang mit der „harmonischen Gesellschaft“, „harmonischen Welt“ und Wechselwirkung zwischen beiden Konzepten besteht in der Annahme, Globalisierung ähnlich mit einer Kombination aus nationalen Mitteln und Konzertierungsstrategien domestizieren zu können wie die nach 1978 nicht zuletzt zur politischen Nutzung ausländischer Investitionen eingeführten Marktelemente. Dabei werden „Multipolarisierung und wirtschaftliche Globalisierung“ in der amtlichen Sprachregelung als zwei (positive) Seiten derselben Medaille betrachtet.³⁰

Demnach wäre die Welt auf dem Weg von der Uni- zur Multipolarität, einem in China seit Ende der 80er-Jahre favorisierten Szenario. Wenn derlei Rhetorik seit 2003 einem multilateralistischen Diskurs gewichen ist, dann, um den multipolaren Ansätzen inhärenten Gleichgewichtsaspekt herunterzuspielen, aber auch in realistischer Einschätzung der internationalen Machtverhältnisse.³¹ Die Diplomatie der Volksrepublik ist folglich aktivistischer geworden, aber sie bleibt unterkonzeptionalisiert und damit wenig effizient. Die letzte Parallele zwischen China und Japan betrifft somit grundsätzlich defensive Außenpolitiken.

Amerikanische Kommentatoren irren also, wenn sie vor chinesischen Vorstößen in traditionelle Einflusszonen der USA (bzw. in die USA selbst) zu einem Zeitpunkt warnen, an dem diese durch den Krieg gegen den Terrorismus abgelenkt sind. Sie irren auch, wenn sie

ein Szenario entwerfen, in dem China dubiose Partner massiv aufrüstet. 1997 stellte die Volksrepublik unter anderem auf Druck aus Washington ihre nukleare Kooperation mit dem Iran ein und hat diese seither nicht wieder aufgenommen. Auf dem Gebiet konventioneller Rüstungsexporte bleibt Peking ein drittrangiger Akteur. Gleichzeitig haben führende Repräsentanten der Bush-Administration solche Szenarien, die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee, Pekings militärische Drohgebärden gegen Taiwan und Pekings regionale Konzertierungsversuche zum Anlass genommen, einen nach dem 11. September 2001 an den Grenzen der Volksrepublik aufgebauten Ring aus Allianzen und Sicherheitspartnerschaften zu konsolidieren und auszubauen. Diese Art Muskelspiel stößt nicht nur in China auf Ablehnung, aber wenn aus gemeinsamer Kritik noch keine gemeinsame Front geworden ist, dann weniger, weil Peking nicht will als weil Peking nicht kann.

Insgesamt gibt es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen den Außenpolitiken der Reformära und der vorhergehenden „Ära Mao Zedong“, wo nach dem Kollaps der Allianz mit der Sowjetunion ebenfalls Bemühungen um „Selbststärkung“ in Inneren mit Konzertierungsversuchen nach Außen einhergingen. Auch diese Versuche scheiterten eher an systemischen Problemen daheim als an einem feindlichen internationalen Umfeld.

4. Demokratisierung und Nationalismus

Chinas Außenpolitik wäre also grundsätzlich defensiv, weil das Einparteien-

regime einer Bündelung aller Kräfte zur Verfolgung uni- oder multipolarer Strategien im Wege steht und weil das Umfeld sich für wenig mehr als temporäre und/oder sektorale Konzertierung eignet. Demgegenüber verweisen Protagonisten einer „chinesischen Gefahr“ gern auf anhaltende Drohgebärden der Volksrepublik gegenüber der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan und einen eskalationsfähigen regionalen Machtkampf mit Japan. Solche Szenarien sind schon deshalb ernst zu nehmen, weil entsprechende nationalistische Untertöne zunehmend auch aus Taiwan und Japan selbst (sowie Südkorea) zu vernehmen sind und schlimmstenfalls in Abwärtsspiralen einmünden könnten.

Allerdings wird Nationalismus in Taiwan, Japan und Südkorea durch demokratische Institutionen ventiliert und ist somit normalerweise besser berechenbar als die chinesische Variante, bei der die politische Führung das Ventil vorübergehend öffnet, um ihre Legitimität in bestimmten urbanen Schichten zu wahren, es dann aber wieder schließt, weil die Umsetzung nationalistischer Rhetorik in eine aktive Politik angesichts der geschilderten Defizite nicht erfolgversprechend ist. Sollte allerdings Chinas Wirtschaftswachstum stagnieren oder zurückgehen und/oder das bisher zersplitterte Lager der Modernisierungsverlierer einen ideologischen und organisatorischen Fokus finden, wäre Nationalismus die letzte Möglichkeit, die dem Regime bliebe, um seine Legitimität vorübergehend wiederherzustellen.

Die Pekinger Führung kann sich in ihrer Ablehnung einer Demokratisierung auf empirisch gesicherte Zusammenhänge zwischen Demokratisierung und

Nationalismus sowie Demokratisierung und Fragmentierung berufen und tut das auch.³² Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele, tendieren Nicht-Demokratien unter bestimmten Bedingungen im Inneren³³ und nach Außen³⁴ noch deutlicher zur Gewaltanwendung als Demokratien und wächst dort die Nachfrage nach demokratischen Institutionen unabhängig von Prokopfeinkommen, ethnischer Zusammensetzung oder geschichtlicher Erfahrung³⁵. Mit ihrer Mischung aus regelkonformer wirtschaftlicher Öffnung und korruptionsanfälliger politischer Abschottung bewegt sich China heute in einer Grauzone zwischen dem südeuropäisch/lateinamerikanischen Vorbild einer erfolgreichen Kooptierung neuer Eliten und dem osteuropäisch/russischen Modell aus Patronage, Vetternwirtschaft und organisiertem Verbrechen. Dieser Kompromiss reflektiert weniger ein Bekenntnis zur (auch nur wirtschaftlichen) Globalisierung als den in der chinesischen Geschichte mehrfach gescheiterten Versuch, technologische Errungenschaften des Westens aus ihrem kulturellen Kontext gelöst zu adaptieren. Wie das japanische Beispiel zeigt, ist das bis zu einem bestimmten Grade möglich, aber früher oder später bedarf der resultierende „Aufstieg“ einer Einbettung in einen liberal-institutionellen Rahmen, der auf Kosten des Netzwerks, das heißt in diesem Fall der kommunistischen Vorherrschaft, geht. Anderenfalls implodiert das Land.

Kann China eine politische Kultur mit Komponenten wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entwickeln, die diesen Rahmen trägt? Nicht, solange die städtische Mittelschicht unterentwickelt und Protest auf kulturelle Nebenschauplätze beschränkt bleibt. Die Aus-

sichten für eine zivilgesellschaftliche Entwicklung werden in China noch geringer, wenn liberale Institutionen und politische Kultur sich auch im Westen nicht mehr gegenseitig stützen.

Die Schlussfolgerung ist also anscheinend ein Paradox: China kann die Welt nur als Demokratie verändern, was an mangelnden inneren und äußeren Voraussetzungen scheitert, für die die Kommunistische Partei wesentlich verantwortlich zeichnet. Die Katze ist weder schwarz noch weiß, sondern grau und sie beißt sich in den Schwanz.

Bleibt die Frage, ob der Zustand der Welt nach dem „Ende der Geschichte“ als eine Art Dauer-Grauzone beschrieben werden kann, in der Globalisierung und nationale Gleichgewichtsstrategien tatsächlich zwei Seiten der selben Medaille sind und Netzwerke deren staatlicher Ausdruck. Gegen diese These spricht das Entstehen nichtstaatlicher Netzwerke, ein Trend, den China im Inneren noch bei wachsendem Aufwand blockieren kann, der aber auf internationaler Bühne dazu führt, dass Basis-Or-

ganisationen Prinzipien der Aufklärung zunehmend selbstbewusst einklagen und so etwa dazu beigetragen haben, dass der ursprüngliche „Washington-Konsens“ aus Liberalisierung und Deregulierung mittlerweile um eine „good governance“-Komponente ergänzt wurde, die wieder mehr auf Institutionen rekrutiert. Während das noch nicht bedeutet, dass westliche Regierungen ihre Energien auf die Lösung der großen Weltprobleme Umwelt, Armut und Menschenrechtsverletzungen konzentrieren, nimmt der diesbezügliche Druck von unten zu, wo es massive Bestrebungen zu einer Wiederbelebung der politischen Kultur gibt und wo eine globale Zivilgesellschaft bereits an eigenen Institutionen baut.³⁶ Insofern ist die globale Grauzone bereits in Auflösung begriffen und wird sich Chinas antiimperialistische und populistische Rhetorik vor diesem Hintergrund noch schneller als das erweisen, was sie ist. Allerdings ist der „westfälische Mythos“ langlebig, und möglicherweise bedarf es größerer Katastrophen als der des 11. September 2001, um ihn abschließend zu Grabe zu tragen.

Anmerkungen

¹ Tocqueville de, Alexis: Democracy in America (1835/1839).

² Hay, William Anthony: What Is Democracy? Liberal Institutions and Stability in Changing Societies, in: Orbis, Bd.50, Nr.1, Winter 2005/6, S.133–51 (136).

³ Ramo, Joshua Cooper: The Beijing Consensus, London 2004.

⁴ Wealth Gap Demands Immediate Action, China Daily, 3.3.2004 (online).

⁵ Turner, Adair: Demographics, Economics and Social Choice, London School of Economics, 6.11.2003 (online).

⁶ Crane, Keith/et al.: Modernising China's Military: Opportunities and Constraints, Santa Monica, CA: Rand Corporation, 2005 (online).

⁷ Naughton, Barry/Segal, Adam: Technology Development in the New Millennium: China in Search of a Workable Model, Cambridge: 2nd Meeting on Innovation and Crisis: Asian Technology after the Millennium, 15./16.9.2000 (online).

⁸ Walsh, Kathleen: Foreign High-Tech-Research and Development in China. Risks, Rewards, and Implications for US-China Relations, Washington DC 2003, S.114–21.

⁹ China's People Problem, Economist, 14.4.2005 (online).

¹⁰ Higher Education: Successful or Not?, China Daily, 5.10.2005 (online).

¹¹ Hagi, Andrei: Multi-Sided Markets and Japan's High-Tech-Industries, in: Rieti-Report Nr.48, 30.11.2004 (online).

- ¹² Rebuilding Japan's Banks, *Business Weekly Online*, 26.9.2005.
- ¹³ Roubini, Nouriel/Setser, Brad: China Trip Report, April 2005 (online).
- ¹⁴ Ebda.
- ¹⁵ So gingen 2003 nur ca. 5% aller ausländischen Direktinvestitionen in westliche und 9% in zentrale Provinzen der Volksrepublik; vgl. Foreign Investment in China, US-China Business Council, 2003 (online).
- ¹⁶ OECD-China Conference Produces Policy Messages to Address China's Regional FDI Imbalances, Paris: Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, 12.10.2001 (online).
- ¹⁷ Mertha, Andrew C.: China's 'Soft' Centralisation: Shifting Tiao/Kuai Authority Relations, in: *China Quarterly*, Nr.184, December 2005, S.791–810.
- ¹⁸ Wu, Wenbo: The Origin of Private Property Rights in China: A Game between Central and Local Governments, Singapore: National University of Singapore, Public Policy Programme, 20.6.2003, S.24.
- ¹⁹ Your Guide to „New Socialist Countryside“, *People's Daily Online*, 8.3.2006.
- ²⁰ Kahn, Joseph: A Sharp Debate Erupts in China over Ideologies, *New York Times*, 12.3.2006 (online).
- ²¹ China to Strengthen Reform of SOEs, *Xinhua*, 24.1.2006 (online).
- ²² Der Anteil der Mittelklasse an der chinesischen Bevölkerung liegt derzeit abhängig von Definitionen zwischen 2,8 und 13,5%. Die Urbanisierungsrate der Volksrepublik liegt unter 40%; vgl. Yuwen, Deng: Middle Class Society a Long Way off in China, *China Daily*, 18.2.2005 (online).
- ²³ In 2005, Incidents of Social Unrest Hit 87.000, *Asia News*, 20.1.2006 (online).
- ²⁴ China's National Defence, Peking: Staatsrat der Volksrepublik China, Juli 1998 (online).
- ²⁵ Im Dezember 2005 scheiterte ein Ostasiatisches Gipfeltreffen unter Beteiligung der zehn Asean-Staaten, Chinas, Japans, Südkoreas, Indiens, Australiens und Neuseelands bei dem Versuch, das Projekt Ostasiatische Gemeinschaft auf den Weg zu bringen. Die Zuständigkeit für dieses Projekt wurde auf chinesischen Druck an den so genannten Asean plus Drei-Prozess überwiesen, an dem Indien, Australien und Neuseeland nicht beteiligt sind und wo Peking sich bessere Chancen für eine Isolierung Tokios ausrechnet; vgl. Malik, Mohan: China and the East Asian Summit: More Discord than Accord, *Honolulu*, February 2006.
- ²⁶ Thompson, Drew: China's Soft Power in Africa: From the „Beijing Consensus“ to Health Diplomacy, in: *China Brief*, Bd.5, Nr.21, 13.10.2005 (online).
- ²⁷ Nye Jr., Joseph S.: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004, S.7.
- ²⁸ China Seeks to Promote a Harmonious World, *People's Daily Online*, 21.2.2006. Seit 2005 hat Peking im Ausland 25 so genannte Konfuzius-Institute gegründet.
- ²⁹ China Opposes Japan's Push for Vote on UNSC Reform, *People's Daily Online*, 8.2.2006.
- ³⁰ Vgl. z.B. Jiechi, Yang: China-Latin America Relations in the New Century, Infinite Opportunities, Washington DC: Konferenz der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank über The Emergence of China: Opportunities and Challenges for Latin America and the Caribbean, 1.10.2004 (online).
- ³¹ Deng, Young/Moore, Thomas G.: China Views Globalisation, in: *Washington Quarterly* 2004, S.122.
- ³² Building of Political Democracy in China, Peking: Staatsrat der Volksrepublik China, October 2005 (online); China Democracy Could Mean Asia-Pacific Instability: Australian Report, in: *China Daily Online*, 2.3.2006.
- ³³ Senghaas, Dieter: Die OECD-Welt: Zonen des Friedens, in: Volker Matthies (Hrsg.), *Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktverarbeitung*, Bonn 1997, S.46–64 (53).
- ³⁴ Gelpi, Christopher/Grieco, Joseph M.: Economic Interdependence, the Democratic State, and the Liberal Peace, Durham NC: Duke University, 27.6.2001, S.10. In einer nuancierteren Analyse kommen Lai und Slater zu dem Ergebnis, dass Einparteienregime anders als Militärregime in ihrem Außenverhalten grundsätzlich nicht aggressiver sind als Demokratien, vorausgesetzt, sie bleiben stabil; vgl. Lai, Brian/Slater, Dan: Institutions of the Offensive: Domestic Sources of Dispute Initiation in Authoritarian Regimes, 1950–1992, in: *American Journal of Political Science*, Bd.50, Nr.1, January 2006, S.113–26.
- ³⁵ Goldstone, Jack A./Ulfelder, Jay: How to Construct Stable Democracies, in: *Washington Quarterly*, Bd.28, Nr.1, 2004/5, S.9–20.
- ³⁶ Gills, Barry K.: Democratising Globalisation and Globalising Democracy, in: Special Issue on Globalisation and Democracy, *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd.581, Nr.1, May 2000, S.158–71.

Die 28-jährige Reform der VR China – Eine kurze Bilanz und ihre Zukunftsperspektive

Junhua Zhang

1. Einführung

Es ist unbestritten, dass die chinesische Wirtschaft in den letzten 28 Jahren in einem unglaublichen Tempo gewachsen ist. Auch die Gesellschaft hat sich in hohem Maße verändert. Nun stellt sich die Frage, wie genau Chinas Entwicklung gewertet werden soll? Die bisherige Reaktion des Westens auf die Veränderungen in China lässt sich in vier unterschiedlichen Haltungen zusammenfassen: Die erste kann mit dem Wort „Ignoranz“ gekennzeichnet werden, welche in den letzten Jahren jedoch wesentlich schwächer geworden ist. Die zweite Haltung ist sehr kritisch oder gar skeptisch, vor allem, wenn es um die Nachhaltigkeit des politischen und ökonomischen Potenzials Chinas geht. Eine weitere Gruppe der China-beobachter lässt sich als positiv oder gar überoptimistisch bezeichnen. Die letzte Gruppe wird durch ihre opportunistische Bejahung der bisherigen Politik der chinesischen Führung charakterisiert. Diese war früher teilweise schon im Bereich der Wirtschaft des Westens zu erkennen. Inzwischen gibt es auch

immer mehr aus dem Kreis der Wissenschaft und Politik.

China hat viele Gesichter. Um die bisherige Reformpolitik im chinesischen Kontext bewerten und zugleich eine realitätsnahe Zukunftsperspektive Chinas projizieren zu können, bedarf es einer näheren Betrachtung der regierenden Partei Chinas und der veränderten gesellschaftlichen Struktur. Die Reform in China hatte stets den „state-driven“-Charakter. Folglich wurde die Reform in einem autoritären Einparteiensystem bisher durch die KP Ch gesteuert, auch wenn diese Partei sich selbst oft als Hindernis der Reform darstellt. Die Frage, wie diese Partei heutzutage strukturiert ist, bestimmt auch, welche Interessen der Sozialgruppen diese vertritt, wonach China strebt und worin die Probleme bestehen?

2. Parteistruktur

Es wäre unangemessen zu sagen, dass die 28-jährige Reform die KP Ch geschwächt hat. Im Gegenteil, diese Par-

tei wurde gerade durch die Reform wesentlich gestärkt und gewinnt immer mehr Spielraum in der internationalen Politik. Die Hoffnung, die man kurz nach der Studentenbewegung gehabt hat, dass diese Partei durch die Öffnungspolitik schwächer und somit sich selbst begraben würde, ist nicht Realität geworden.

Die KP Ch hat in den letzten Jahren massiv expandiert. Als die größte Partei der Welt verfügt sie derzeit über 76 Millionen Mitglieder – vergleichbar mit der Bevölkerungszahl Frankreichs. Addiert man die Zahl der Parteisekretäre aller Ebenen zusammen, dann macht sie 3,7% der gesamten Bevölkerung Chinas aus. Auch die Zahl der „Kommunistischen Jugendliga“ als einzige Nachwuchsorganisation der KP Ch für die Jugendlichen hat 2005 mit ihrer Mitgliedschaft von 7,214 Millionen den historischen Rekord erreicht.¹ Sicherlich besagt die Zahl bei weitem nicht die Qualität, zumindest nicht im ideellen und ideologischen Sinne. Denn die Partei hat sich de facto von ihrer ursprünglichen Ideologie längst distanziert. Die Begriffe „Sozialismus“ oder gar „Kommunismus“ dienen der Partei lediglich dazu, weiterhin an der Macht zu bleiben. Mit dem Inhalt dieser Begriffe hat die Partei in der heutigen Zeit wenig zu tun.

Die KP Ch ist ein Club geworden. Je nach der Hierarchie bekommt man als „Clubmitglied“ besseren Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen. Diese Feststellung lässt sich ebenfalls durch zahlreiche Umfragen in China bestätigen.² Nun ist dieser Club sicherlich nicht allein eine Anstalt der Unterhaltung, sondern ein großer Machtapparat, der überall in

der Gesellschaft und Wirtschaft eingebettet ist. Sogar in den scheinbar „parteilosen“ Betrieben, die von Taiwanesen und Hongkong-Chinesen gegründet und gemanagt werden, haben sich in den letzten Jahren immer mehr Parteizellen eingenistet. Bis vor 2001 hatte die KP Ch noch Bedenken gehabt, dass die „Reinheit“ der Partei durch die Aufnahme der Privatunternehmer beeinträchtigt werden könnte. Dies hat sich als grundlos erwiesen. Im Jahr 2001 wurde die so genannte „Drei-Repräsentanten-Theorie“ (sange daibiao lilun) aufgestellt, deren Kern die Absegnung der Zulassung der Privatunternehmer in den „Club“ beinhaltet. Seitdem gibt es immer mehr Privatunternehmer, die einen Posten (beispielsweise Delegierter des Volkskongresses) innehaben und zugleich ihr Business betreiben.³

3. Entstehung einer elitären Struktur

Die chinesische Wirtschaftsreform zeigt in den unterschiedlichen Phasen einen diversen Charakter. In den 80er-Jahren hat sie den Menschen in China Möglichkeiten gegeben, sich selbst hoch zu arbeiten. Es herrschte ein hoher Grad an sozialer Mobilität. Ein Teil der Unternehmer, die inzwischen landesweit oder gar weltweit bekannt geworden sind, stammte in den 80er-Jahren noch aus der untersten Gesellschaftsebene. Nach dem Motto „Den Kuchen immer größer backen“ haben alle Bevölkerungsschichten von der Reform profitiert.

Seit den 90er-Jahren hat sich allerdings eine Struktur formiert, die inzwischen den Entwicklungspfad Chi-

nas bestimmt. Diese lässt sich als eine Koalition von drei Arten von Elite bezeichnen: die politischen Eliten, gemeint sind hier Parteikader und Beamte, die unmittelbar mit der Macht auf der Lokal- oder Zentralebene verbunden sind; die Wirtschaftselite, die in den 80er- und vor allem in den 90er-Jahren beispielsweise durch die Immobiliengeschäfte ihr Kapital akkumuliert hat und die Kulturelite, mehrheitlich durch Wissenschaftler und Künstler vertreten. Diese drei Parteien sind zwar in hohem Maße aufeinander angewiesen, aber die politischen Eliten bzw. die Kader und Regierungsbeamten sitzen immer am längeren Hebel. Dies zeigen auch die Ergebnisse einer Umfrage von 2001. In ihr wurde die Frage gestellt: „Wer profitiert von der Reform am meisten“? Die Befragten vertraten mehrheitlich die Ansicht, dass die Privatunternehmer und namhafte Künstler in den 80er-Jahren zu dieser Gruppe gehörten, während in den 90er-Jahren die Parteikader und Beamte die Macht hatten.⁴

Was bedeutet nun diese neue elitäre Struktur für China und seine Bevölkerung?

3.1 Tauschgeschäft

Bekanntlich verfügt jede Elitegruppe über bestimmte Ressourcen, zu denen andere elitäre Gruppen oft keinen Zugang haben. Im Zeitalter der Wissens- und Informationsgesellschaft könnte unter Umständen ein akademischer Titel für Unternehmer und Kader nützlich sein. Um ihn zu erwerben, wenden sich die Unternehmer und Kader an die Kultureliten. Die Tatsache, dass namhafte Universitäten wie

etwa die Tsinghua-University oder Peking University jährlich Managementkurse für zahlungskräftige Unternehmer und Parteikader veranstalten, ist ein Indiz dafür.

Die politischen Eliten in China unterdrücken die Pressefreiheit. Zugleich aber wissen sie, dass die Intellektuellen, vor allem die kritischen, sich mit diesem Zustand nicht gerne abfinden wollen. Aus diesem Grund machen sie mit den so genannten Kultureliten einen Deal: Letztere bekommen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und Ruhm in der Öffentlichkeit. Als Gegenleistung verpflichten sie sich, die politische Repression anderer kritischer Bürger oder auch die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft zu dulden, weil das Gegenteil die gegebene politische Ordnung aus der Sicht der politischen Eliten instabil machen würde.

Die Wirtschaftseliten wissen genau, dass sie ohne Zuhilfenahme der politischen Eliten keinen oder nicht ausreichenden Zugang zu nötigen Ressourcen bekommen. Allein im Bereich der Immobilien gehört beispielsweise der Boden nach der jetzigen Verfassung dem Staat, wobei die Lokalregierungen im Namen des Staates beliebig handeln können. Um Geschäfte in dieser Branche betreiben zu können, hofieren sie Lokalfürsten. Es ist kein Zufall, dass die Immobilienpreise in China rasant steigen und die Lokalregierungen keinerlei Absicht hegen, sie im Interesse der bedürftigen, jedoch zahlungsschwachen Bürger senken zu lassen. Schließlich verdienen sie einen Löwenanteil an der Verpachtung bzw. dem Verkauf des Grundstücks. Zudem lässt sich durch zunehmende Bauaktivitäten die Zahl des BIP (Bruttoinlandsprodukt) stei-

gern, was in China eines der wichtigsten Kriterien für die gute Darstellung der Kader und Beamten ist. Als Gegenleistung wird von den Behörden geduldet, dass die Bauherren die Preise der Immobilien in die Höhe treiben oder skrupellos die Bauarbeiter ausbeuten.

3.2 Intensivere Kommunikation zwischen den Elitegruppen

Diese Art von Koalition zwischen den drei Elitegruppen hat es in der Geschichte der VR China nie zuvor gegeben. In den vergangenen Jahrzehnten war die Partei oft mit den Wirtschaftseliten und Intellektuellen verfeindet. Die „Antirechts-Kampagne“ in den 50er-Jahren und die Kulturrevolution in den 60er-Jahren war die markante Form der Konflikte zwischen der Partei und den Intellektuellen. Auch der Verstaatlichungsprozess in den 50er-Jahren hatte der KP Ch die Wirtschaftseliten zu Feinden gemacht. Nun hat sich das Blatt durch die Reform gewendet. Dies bedeutet, dass die Zeit, in der die Partei völlig willkürlich nicht nur das politische und kulturelle, sondern auch das Wirtschaftsleben Chinas bestimmte, vorbei ist. Interaktive Kommunikation zwischen diesen drei Gruppen ist gefragt. Auf allen Regierungsebenen gibt es Think Tanks, die meist aus hervorragenden Experten bestehen, nicht zuletzt aus denen, die im westlichen Ausland bereits Erfahrungen gesammelt haben und mit dem modernen Management vertraut sind.

Vor diesem Hintergrund hat sich ein rationaler Führungsstil, zumindest auf der Ebene der Zentralregierung, als ‚policymaker‘ entwickelt. Es ist nicht

abzustreiten, dass die Wunder Chinas unmittelbar mit der interaktiven Kommunikation zwischen diesen drei Elitegruppen, vor allem zwischen Politik und Wissenschaft, im engen Zusammenhang stehen. Nirgendwo haben die Wirtschaftswissenschaftler z.B. sich so geschmeichelt gefühlt wie in China, weil sie während der Reformphase von der Regierung sehr geachtet wurden. In den letzten 25 Jahren haben knapp eine Million junger Studenten und Wissenschaftler im westlichen Ausland studiert bzw. Fortbildungskurse gemacht. Davon sind ca. 200.000 bereits nach China zurückgekehrt.⁵ Diese stellen wichtige Fachkräfte für die Modernisierung Chinas dar. Kein Entwicklungsland in der Welt verfügt über dieses Potenzial an „Heimkehrern“, die faktisch nicht nur die Kommunikation zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fördern, sondern auch die Kommunikation zwischen China und der Außenwelt.

3.3 Sozialschwache Gruppen und Eliten driften zunehmend auseinander

Noch in den 90er-Jahren wurden in China die Bauernschaft und die Arbeiterklasse als unverzichtbare Basis der KP Ch propagiert. Durch die Entstehung einer elitären Struktur erlebte China in den letzten zehn Jahren eine deutliche Einbuße der politischen Einflüsse seitens der arbeitenden Klassen. Dies lässt sich an der zurückgegangenen Zahl der Delegierten auf dem Volkskongress aller Ebenen erkennen.⁶ Aus den ehemaligen „arbeitenden Klassen als Herren des Staates“ hat sich eine Reihe von sozialschwachen Gruppen herausgebildet, die immer weniger Ge-

hör in der Öffentlichkeit finden. Die Elitegruppen trennen sich zunehmend von ihren „Versorgern“, nämlich den arbeitenden Klassen. Die Pressezensur und die Internetkontrolle tragen dazu bei, die sozialschwachen Gruppen zu marginalisieren. Die neuen Wohnsiedlungen in der Stadt schaffen immer mehr die physische Trennung zwischen ‚haves‘ und ‚have-nots‘ in der städtischen Region. In einem Land, in dem Demonstration, Streik, Versammlung und Petition als illegal oder gesetzwidrig betrachtet werden, wird den sozialschwachen Gruppen praktisch der Weg zur Artikulation versperrt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass China den offiziellen Angaben zufolge eine sehr hohe Selbstmordrate hat (23/10.000 Personen), weit über dem Durchschnittsniveau der Welt (13/10.000 Personen).⁷

Die Reform hat eine gesellschaftliche Umstrukturierung herbeigeführt, die inzwischen eine feste Form angenommen hat. Eine Untersuchung über die neuen Sozialschichten zeigt, dass knapp 9% der Bevölkerung zu den Großverdienern gehören. Dazu zählen die Parteikader, Regierungsbeamte, Manager, Privatunternehmer, Professoren, Prominente, Künstler und dergleichen.⁸ Hingegen hat sich der Lebensstandard bei einem Teil der Bevölkerung drastisch gesenkt. Nach der chinesischen offiziell festgelegten Minimalexistenzgrenze (683 RMB pro Jahr) leben 23,6 Millionen der Landbevölkerung unter der Armutsgrenze. Erhöht man jedoch die Minimalexistenzgrenze auf 1 US Dollar pro Tag, wie es international der Fall ist, dann leben mindestens 15% der chinesischen Bürger noch unter der Armutsgrenze.⁹ Dies lässt sich durch folgende Darstellung verdeutlichen:

- Arbeitslose

Die chinesische Staatsführung hat gegen Ende der 90er-Jahre gehofft, dass durch den Beitritt in die WTO und das immer höher werdende Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Dies ist allerdings ausgeblieben. Das Wirtschaftsvolumen ist in den letzten Jahren tatsächlich größer geworden, aber die Zahl der Arbeitsplätze hat sich nicht vergrößert. Abgesehen von denen, die meist von Staatsbetrieben entlassen wurden, können allein dieses Jahr 14 Millionen junge Stadtbewohner keine Arbeit finden. Nach Einschätzung der Experten liegt die Zahl insgesamt bei 70–80 Millionen. Auf dem Land gibt es 200–300 Millionen überflüssige Arbeitskräfte.¹⁰

- Landlose Landwirte und neue Armut der Stadtbevölkerung

Offiziellen Angaben zufolge gibt es derzeit 70 Millionen Landwirte, die ihr Land verloren haben.¹¹ In den meisten Fällen sind die Lokalbehörden der Verursacher dieses Zustandes. Die Ackerländer wurden in großer Menge zwecks Erweiterung der Stadt, des Autobahnnetzes oder Gründung lokaler Wirtschaftszonen gegen eine unverhältnismäßige Kompensation den Landwirten und teilweise auch den Stadtbewohnern weggenommen, sodass viele über Nacht arbeitslos und obdachlos geworden sind. Eine Untersuchung darüber zeigt, dass sich die Menge der durch die Lokalregierungen „entfremdeten“ Ackerländer seit 2001 verdoppelt hat.¹² Auch ein Teil der Stadtbevölkerung leidet unter der so genannten Modernisierung von Wohnhäusern. Ca. 70% der Stadtbevölkerung kann sich keine Wohnung leisten, obwohl in jeder Stadt viele Wohnhäuser

leer stehen. Zudem wurden die Gerichte in China vom Staat angewiesen, keine Klageschriften im Zusammenhang mit der Zwangsumsiedlung und dem ungerechten Ausgleich anzunehmen, wohlwissend, dass die (Lokal)Regierungen selbst in den meisten Fällen beteiligt sind.¹³

- Diskriminierte Wanderarbeiter

Die Diskriminierung der Wanderarbeiter ist überall in China anzutreffen. Allein die Löhne für Wanderarbeiter haben sich in den letzten zehn Jahren de facto nicht erhöht. Dies hat zur Folge, dass die zweite Generation der Wanderarbeiter faktisch weniger verdient als ihre Väter, die in den 80er-Jahren und Anfang der 90er-Jahre ebenfalls als Wanderarbeiter ihren Lebensunterhalt durch die Arbeit in der Stadt bestritten haben. Es ist keine Seltenheit, dass in manchen Orten die Löhne für die Wanderarbeiter, vor allem für die Bauarbeiter, gar nicht ausgezahlt werden. Da wiederum die Regierungsbehörden oft selbst Auftraggeber der Bauarbeit sind, erschwert sich die Prozedur der Einforderung. Das Ergebnis einer jüngsten Umfrage bei den Wanderarbeitern zeigt, dass nur ein Drittel der Wanderarbeiter einen Vertrag mit dem Arbeitgeber hat. 74% der Befragten wissen nicht, was eine Sozialversicherung ist. 51,3% der Befragten arbeiten wöchentlich 41–60 Stunden, 32,9% gar über 61 Stunden.¹⁴

- Mangelndes soziales Netz

Derzeit haben nur 170 Millionen Bürger in China eine Rentenversicherung; 130 Millionen sind krankenversichert. Der Rest bzw. die Mehrheit der chinesischen Bürger wird von keinem sozialen Netz aufgefangen. Auf dem Land lebt die Bevölkerung mehrheitlich ohne So-

zialversicherung. 80% der chinesischen Bürger trauen sich im Fall einer Erkrankung nicht, zum Arzt zu gehen, weil sie es sich nicht leisten können.¹⁵

4. Probleme

Wie eingangs erwähnt, ist es nicht zu verleugnen, dass China im Bereich der Wirtschaft beachtliche Erfolge erzielt hat. Hier ist leider kein Platz, um aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaft darüber zu diskutieren, ob Chinas Erfolge auf fester Basis beruhen. Wenn wir jedoch die zuvor ausgeführten Fakten vor Augen führen, dann ist es vorstellbar, dass sich hinter diesen Erfolgen eine potenzielle Krise im Hinblick auf die gesellschaftlichen Konflikte verbirgt. Dies zeigen schon die steigenden Zahlen der Unruhen. Während im Jahr 2003 15.000 Demonstrationen, Sit-ins und Streiks stattgefunden haben, gab es 2004 bereits 70.000 ähnliche Aktionen¹⁶. Die Zentralregierung ist höchst alarmiert.

Um die Stabilität zu gewährleisten, wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Eine davon ist die Einführung eines Vorwarnsystems seit Anfang 2006. Dabei werden die Lokalregierungen aufgefordert, statt in Klassenkampfdenkweise die Krisensituation differenziert zu sehen. Damit will die Zentralregierung vermitteln, dass nicht jede Krise politisch auszulegen sei. D.h. im Fall einer Naturkatastrophe, eines Unfalls oder einer Vergiftung durch Umweltverschmutzung oder Mangel an medizinischer Versorgung soll mehr eine sachliche, behutsame Handhabung gebraucht werden statt politischer Repressalien. Allerdings soll auch die

Gefahr erkannt werden, dass jede Art von unpolitischer Krise zu einem politischen Ereignis ausgeweitet werden kann.¹⁷ Die Praxis auf der Lokalebene zeigt, dass die Lokalregierungen trotz dieser Anweisung lieber „harte Methoden“ verwenden.

Angesichts der Tatsache, dass die Lokalregierungen der Zentralregierung gegenüber das wahre Krisenausmaß gerne vertuschen, wurde 2005 folgende Berichterstattungsregel festgelegt: Bei einer Demonstration oder Versammlung von 30 Personen aufwärts ist beispielsweise eine Stadtregierung verpflichtet, innerhalb von acht Stunden bei der Zentralregierung über die Ursache, die von der Stadt getroffenen Maßnahmen und Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts zu berichten. Bei einer Demonstration von 500 Personen aufwärts muss die Zentralregierung innerhalb von zwei Stunden informiert werden. Bei 1000 Personen muss dies sogar innerhalb einer Stunde geschehen.¹⁸

Zu den weiteren Maßnahmen zählt noch die Korrektur der Entwicklungsstrategie. Lange Zeit war die Meinung in China vorherrschend, dass die Probleme mit den Arbeitslosen auf dem Lande und der Armut in den ländlichen Regionen usw. durch den raschen Urbanisierungsprozess zu lösen seien. Anfang 2006 wurde allerdings eine neue Politik formuliert: Statt auf eine bessere Zeit der raschen Urbanisierung zu warten, sollen jetzt schon die Probleme mit der Landwirtschaft und Landbevölkerung angepackt werden, d.h., weg von der Illusion der raschen Urbanisierung. Diese neue Politik beruht auf den Erkenntnissen, dass das Stadt-Land-Gefälle im Hinblick auf das Ein-

kommen zu groß ist. Ein durchschnittlicher Stadtbewohner bekommt 10,7-mal mehr als ein Landbewohner. Die Zentralregierung hofft, das Leben der Landbevölkerung durch finanzielle Unterstützung aufbessern zu können. Aus dem Budget sollen 2006 z.B. 339,7 Milliarden RMB für die Landwirtschaft, die Bauern und die Infrastruktur fließen. Das wären 14,2% mehr als die vorjährige Ausgabe für die ländliche Region. Es ist jedoch nicht klar, ob diese Unterstützung der Landbevölkerung wirklich zugute kommt, wenn man bedenkt, dass viele Lokalregierungen (Kreisebene abwärts) derzeit bereits mit einem Schuldenberg von 600 Milliarden RMB belastet sind.¹⁹

Parallel zu den zuvor genannten „sanften“ Maßnahmen zeigt die Regierung allerdings auch die Entschlossenheit zur „Bewahrung der Stabilität“. Dazu gehören beispielsweise unvermindert harte Maßnahmen der Pressezensur in Form von Selbstzensur der Redakteure und Journalisten. Auch wird die Internetkontrolle „vervollständigt“ und zunehmend institutionalisiert. Eine weitere Entwicklung in dieser Richtung zeigt sich zudem in der Einführung einer Sonderpolizei in 36 Großstädten, die schnell auf jede Art von Krisensituation reagieren kann.²⁰ Moderne Überwachungsanlagen in der Stadt sollen den Sicherheitsbehörden dazu verhelfen, jede Art von Unruhen im Keim ersticken zu lassen. Allein in der südchinesischen Stadt Guangzhou wurden 250.000 Videokameras zur Überwachung der Straßen installiert. In der Stadt Shenzhen haben neuerdings die Sicherheitsbehörden die Stadtbevölkerung darauf hingewiesen, dass die Versammlung von mehr als fünf Personen gesetzwidrig sei.²¹

All diese Maßnahmen zeugen davon, dass die chinesische Staatsführung gegenüber potenziellen gesellschaftlichen Konflikten sehr wachsam ist. Allerdings fällt es der Partei schwer, die goldene Mitte zu finden, weil der Widerstand allein aus den eigenen Reihen schon sehr groß ist. Die Sympathie für die sozialschwachen Gruppen, die der jetzige Premier in der Öffentlichkeit bekundet, hat zwar in der Bevölkerung Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft erweckt, allerdings sind viele Gegenstimmen aus dem eigenen „Club“ zu hören. Zudem befindet sich die Partei selbst auf der Ideologieebene immer noch in einem unlösbaren Widerspruch: Einerseits wird offiziell gute Moral hochgehalten, andererseits ist der Geldfetischismus bzw. Machtfetischismus landesweit so verbreitet, dass es bis zu einem gewissen Grad in vielen Bereichen viel grausamer zugeht als im Frühkapitalismus im Westen.

5. Wohin steuert China und wohin die Partei?

Die Zukunft Chinas wird bestimmt durch das Zusammenspiel von mehreren Faktoren, die sowohl politischen als auch ökonomischen Charakter haben. Egal, ob man es aus der politischen oder ökonomischen Sicht betrachtet – die nächsten 10–15 Jahre sind entscheidend für China. Die vierte Führungsgeneration hat die Probleme des raschen Wirtschaftswachstums erkannt. Nun kommt es darauf an, ob sie in der Lage ist, innerhalb der nächsten 10–15 Jahre die Transformation in den drei Bereichen zu schaffen. Erstens handelt es sich um die Transformation einer arbeitsintensiven, energiever-schwenderischen, umweltzerstörenden

Wirtschaft in eine High-Tech orientierte, sparsame und umweltfreundliche Wirtschaft. Zweitens geht es um den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems. Rein demografisch gesehen wird China in 10–15 Jahren nicht mehr in der Lage sein, weiterhin als Weltfabrik zu fungieren, weil die chinesische Gesellschaft buchstäblich eine Alterungsgesellschaft sein wird. Wenn bis dahin kein funktionsfähiges Sozialnetz vorhanden ist, wäre es nicht nur für ältere Menschen eine Katastrophe (teilweise ist es heute bereits der Fall), sondern auch für die jüngeren, die nicht vom bisherigen Wachstum profitieren können und sich gar opfern müssen. Drittens ist die Transformation der Ideologie von Bedeutung. In China spricht man gerne von Innovation. Im Bereich der Wirtschaftsreform scheint die Partei tatsächlich innovativ genug gewesen zu sein. Allerdings ist auch entscheidend, ob die Partei in der Lage ist, das Spannungsfeld zwischen hoher Moral und grausamem Geld- und Machtfetischismus zu verringern. Dazu benötigt man beispielsweise nicht-parteiliche oder außerparteiliche Kräfte wie etwa die Religionen (das Christentum, der Buddhismus und der Taoismus), bei denen die Menschen seelische Ausgeglichenheit finden.

Was für Konsequenzen diese drei Arten von entweder erfolgreicher oder misslungener Transformation haben könnten, zeigen diese drei Optionen. Die erste wäre, dass China sich auf einen gesunden Entwicklungsweg bringt, wie es im 11. Fünfjahresplan intendiert ist, indem das ausgeglichene Wachstum parallel zu einer „harmonischen Gesellschaft“ gewährleistet wird. Die zweite Option wäre, dass China sich zu einem nationalistischen, aggressiven

Land entwickelt, begleitet von einem Ablenkungsmanöver, mit dem die Regierung versuchen würde, die interne Krise auf die Außenwelt zu übertragen (beispielsweise auf Japan, Taiwan oder die Länder um das Südchinesische Meer). Die dritte Option wäre die Lateinamerikanisierung Chinas, ein Begriff, der heute schon in China hin-

sichtlich einer ungleichen Verteilung von Reichtum und Ressourcen verwendet wird.

Für Chinas Zukunft wäre natürlich die erste Option wünschenswert. Es ist die Aufgabe der internationalen Welt, die chinesische Staatsführung in dieser Richtung zu beeinflussen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe: http://www7.chinesenewsnet.com/gb/MainNews/SinoNews/Mainland/zxs_2006-05-04_725913.shtml
- ² Zhang, Junhua: Die Entstehung einer neuen elitären Struktur – Hoffnungen, Ambivalenzen und Kontroversen, in: China heute, 2005, Nr.3 (139), S.92–103, St. Augustin: China Zentrum e.V.
- ³ Zur Geschichte dieses Wandelprozesses siehe Coble, Parks M. (2004): „Is China Going Capialist“, in: www.isp.msu.edu/studiesonasia/Coble.pdf
- ⁴ Xueyi, Lu: Dangdai zhongguo shehui jieceng yanjiu baogao (Bericht über die Erforschung der Sozialschichten im heutigen China), Beijing 2002: Shehui kexueyuan chubanshe.
- ⁵ Ohne Autorangabe: Zhongguo jiang zhichi gengduo nianqinren fuhaiwai liuxue (China wird mehr junge Menschen beim Studium im Ausland unterstützen), in: <http://news.creaders.net/headline/newsPool/19A270522.html>
- ⁶ Zhang, J., Die Entstehung einer neuen elitären Struktur.
- ⁷ Ohne Autorangabe: Zhongguo yicheng gao zishalu guojia (China ist ein Land mit hoher Selbstmordrate geworden), in: http://news.xinhuanet.com/edu/2005-09/12/content_3479068.htm
- ⁸ Youmei, Li/Liping, Sun: Dangdai zhongguo shehui fengchen: Lilun yu shizheng (Die Strukturierung der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft – Theorie und Nachweis), Beijing 2006: Shehui kexue wenxian chubanshe, S.1–35.
- ⁹ Zhongxianm, Gu: Zhongguo Fupin mi-anling sida wenti (China ist bei der Armutsbekämpfung mit vier Problemen konfrontiert), in: <http://www.chinagate.com.cn/chinese/yw/45349.htm>, siehe

auch: <http://hlj.rednet.com.cn/Articles/2006/05/858798.HTM>

- ¹⁰ Siehe: http://www7.chinesenewsnet.com/gb/MainNews/SinoNews/Mainland/cna_2006_03_17_22_00_31_982.html
- ¹¹ Siehe: http://www1.chinesenewsnet.com/gb/MainNews/SinoNews/Mainland/2006_5_10_14_39_19_468.html
- ¹² Ebda.
- ¹³ Siehe: <http://www.takungpao.com.hk/news/06/05/11/ZM-563894.htm>
- ¹⁴ Zhimin, Liao: Gongren gongzi 12 nian meizhang (Keine Lohnerhöhung für die Arbeiter seit 12 Jahren) in: <http://hlj.rednet.com.cn/Articles/2005/11/768331.HTM>
- ¹⁵ Youmei, L./Liping, S., Dangdai zhongguo shehui fengchen: Lilun yu shizheng.
- ¹⁶ Zhang, J., Die Entstehung einer neuen elitären Struktur.
- ¹⁷ Yuchuan, Mo: woguo gonggong tufa shijian yingdui jizhi he yingji fazhi zhengzai wunjian fazhang (Gesunde Entwicklung eines Vorwarnmechanismus und dessen rechtlichen Rahmens), in: <http://www.calaw.cn/include/shownews.asp?newsid=6445>
- ¹⁸ Zhang, Z., Die Entstehung einer neuen elitären Struktur, S.99.
- ¹⁹ Siehe: http://www7.chinesenewsnet.com/gb/MainNews/SinoNews/Mainland/zxs_2006-02-21_692899.shtml
- ²⁰ Ohne Autorangabe: 36 ge chengshi chengli tejingdui zhuabei teshu (Gründung der Sonderpolizei in 36 Städten und deren Ausrüstung), in: <http://www.peacehall.com/news/gb/china/2005/12/200512150254.shtml>
- ²¹ http://www.chinesenewsnet.com/gb/MainNews/SinoNews/Mainland/cna_2006_03_03_23_00_32_823.html

Exkurs: Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der Volksrepublik China

Jürgen Wilke/Willi Lange

Bereits 1979 hat die Hanns-Seidel-Stiftung den Kontakt zur Volksrepublik China aufgenommen. Ihr erster Gesprächspartner war die politisch einflussreiche „Chinesische Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland“ mit Sitz in Peking. Diesem Partner ist die Hanns-Seidel-Stiftung auch heute noch aufs Engste verbunden, was sich u.a. in einem regen Parlamentarier austausch, einem innerchinesischem Stipendiatenprogramm und durch nationale und internationale Symposien und Workshops zu unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern widerspiegelt.

Durch Vermittlung der Freundschaftsgesellschaft nahm die Hanns-Seidel-Stiftung 1980 den bildungspolitischen Dialog mit der damaligen „Staatskommission für Bildungswesen“ auf, die 1994 im Zuge der Verwaltungsreform zum Ministry of Education umgestaltet wurde. Zielsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem Ministry of Education und der Hanns-Seidel-Stiftung war und ist es auch heute noch, die von der chinesischen Regierung 1980 angestoßene Bildungsreform nachhaltig zu fördern. Durch die Wirren der Kulturrevo-

lution, aber auch aus einem tief verwurzeltem konfuzianischen Bildungsverständnis heraus, präsentierte sich in der Volksrepublik China Anfang der 80er-Jahre ein Bildungssystem, das den neuen Herausforderungen im Kontext der von Deng Xiaoping angestoßenen chinesischen Öffnungspolitik und der damit einhergehenden Transformationsprozesse nicht mehr entsprechen konnte.

Wesentliche Bildungsziele waren im ersten Ansatz: die Einführung einer neunjährigen Schulpflicht sowie die grundlegende Umgestaltung der beruflichen Bildung, die sich durch verengte Fachrichtungen (Ausbildungsinhalte) und eine hohe Theorieorientierung auszeichnete. Ausgehend von dieser Ist-Analyse wurde der entwicklungspolitische Auftrag für die Hanns-Seidel-Stiftung abgeleitet. Zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht war u.a. eine Grundvoraussetzung die quantitative und vor allem qualitative Bereitstellung von Lehrpersonal der Grund- und Hauptschulen.

Das deutsche Bildungssystem, vor allem aber das „Deutsche duale berufl-

che Bildungssystem“ erfreute sich in der VR China einer hohen Wertschätzung. Es wurde von den chinesischen Bildungsexperten als die Geheimwaffe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik gewertet.

Mit dem Aufbau zweier Bildungszentren, im allgemein bildenden Bereich zur Lehrerfortbildung in Shanghai und im berufsbildenden Bereich zur Ausbildung mit Aufstiegsbildung für Bauberufe in Nanjing, begann 1982 die konkrete Bildungsarbeit. Damit wurde auch eine, an die Erfordernisse der Bildungszentren angepasste Fort- und Weiterbildungsoffensive für Schulleiter, Lehrer und Dozenten sowie für Entscheidungsträger aus dem Bildungsbereich und Umfeld der Bildungszentren aufgenommen.

Nach dem erfolgreichen Beginn dieser Zentren wurden bis Anfang der 90er-Jahre weitere Projekte aufgebaut, u.a. für industrielle Fertigungsberufe (Metall/Elektro), Managementtraining für Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung sowie im Bereich der Landwirtschaft. Sie nehmen mittlerweile mit Blick auf die nationale Bildungsreform eine zentrale Stellung ein. Neben der Förderung der formalen dreijährigen Berufsbildung und Entwicklung eines am Bedarf orientierten breit gefächerten Berufsbildungsangebotes übernehmen und konzipieren sie Pilotprojekte, die sich empirisch mit einem durchlässigen beruflichen Bildungsweg beschäftigen.

Abgerundet wird das Programm durch die Zusammenarbeit im Hochschulbereich mit der Einrichtung praxisorientierter Studiengänge und der Stipendienvergabe an junge Wissenschaftler

durch das Förderungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung .

Inzwischen ist ein Netzwerk von insgesamt 13 Bildungs- und Kompetenzzentren entstanden, die den gesamten Bildungsbereich abdecken, von der Frühpädagogik über die Allgemeinbildung, die berufliche Bildung bis hin zur Hochschul- und Erwachsenenbildung.

1993 vereinbarten das Ministry of Education und die Hanns-Seidel-Stiftung, ein Informations- und Koordinierungszentrum in Peking einzurichten. Wesentliche Aufgabe dieses Zentrums ist es, die Arbeitsergebnisse und Erfahrungen aus den Bildungszentren zu bündeln, sie informativ aufzubereiten und an den Partner, das Ministry of Education, weiterzugeben. Darüber hinaus ist das Informations- und Koordinierungszentrum Ansprechpartner für weitere zentrale Partner, die Zentrale Parteihochschule, den Allchinesischen Frauenverband und die Freundschaftsgesellschaft. Mit diesen Partnerorganisationen werden Programme konzipiert und durchgeführt, die die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Reformprozesse begleiten sollen. Begegnung, Bildung und empirische Forschung sind im Kontext dieser Aktivitäten die herausragenden Querschnittsthemen.

In der Kooperation mit dem „Allchinesischen Frauenverband“ als größte Organisation chinesischer Frauen und unter dem Leitthema „Armutsminderung, schonende Nutzung von Ressourcen, Förderung der Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft“, Reintegration in den Arbeitsmarkt u.a., fördert die Hanns-Seidel-Stiftung beispielsweise die berufliche Qualifizie-

rung von Mädchen und Frauen aus strukturschwachen Regionen. Vergabe von rückzahlbaren Krediten zu deren Existenzgründungen sowie nachfolgende Beratungen runden das Förderprogramm ab. Die berufliche Qualifizierung findet in den kooperativen Bildungszentren statt bzw. in deren Heimatregionen.

Die Entwicklung der ländlichen Räume in der Volksrepublik China hat politisch höchste Priorität. Daher wurde mit dem Ministry of Land and Resources Ende 2004 das nationale „Bildungs- und Forschungszentrum für Flurneuordnung und Landentwicklung“ in Qingzhou (Provinz Shandong) eröffnet. Auftrag und Zielsetzung des Zentrums ist es, einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Räume zu leisten durch empirische Forschung und Erwachsenenbildung, Anfertigung von Studien, Expertisen und Gutachten zur Regionalentwicklung, Bildung und Beratung von unterschiedlichen Zielgruppen unterschiedlicher Ebenen und Fachdisziplinen sowie einen Fachdialog zwischen chinesischen und deutschen Experten in China und in Deutschland. Initialzündung für dieses Bildungs- und Forschungszentrum sind die positiven Ergebnisse aus dem Pilotprojekt „Dorferneuerung und Flurneuordnung“ aus der Gemeinde Nan Zhang Lou (Provinz Shandong), das die Hanns-Seidel-Stiftung von 1990 bis 2002 förderte.

In Abstimmung mit dem Ministry of Education wurden ab 2002 zwei wesentliche Schritte eingeleitet. Zunächst die Gründung des Regionalprojektes China. Die einzelnen kooperativen Bildungs- und Kompetenzzentren sind

unter diesem Dach fachlich vernetzt zusammengefasst. Im Rahmen des Regionalprojektes werden zwei wesentliche Ziele verfolgt:

Ausbau und Entwicklung der Bildungszentren zu Dienstleistungszentren für eine nachhaltige Förderung der Bildungsreform. Das heißt:

- kontinuierliche Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren;
- Anpassung der technischen Ausstattung an den berufsbildenden Bedarf;
- Entwicklung neuer Berufsfelder und Berufe nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Anforderung bzw. deren Neuordnung;
- Erstellung von bildungspolitischen, innovativen Konzepten wie z.B. die „Höhere Berufsbildung“ und deren Durchführung als Pilotprojekt und
- Monitoring und Evaluierung aller bildungspolitischen Aktivitäten für bildungspolitisches Handeln im Kontext der Bildungsreform.

Förderung der Bildung in den Westregionen Chinas. Die Bildungszentren sollen in einem vernetzten Ansatz durch Bereitstellung ihrer personellen und technischen Infrastruktur, ihrer Erfahrungen und Arbeitsergebnisse den Westprovinzen Hilfestellung bei der qualitativen Entwicklung ihres Bildungswesens geben.

Mit der neuen Projektphase 2005 bis 2007 wird zugleich ein neues Kapitel in der bilateralen Zusammenarbeit aufgeschlagen. Im Rahmen einer inhaltlichen erweiterten Ausrichtung des Regionalprojektes werden zukünftig drei Bereiche zentral unterstützt:

- Die umfassende Reform und Entwicklung des Bildungswesens als eine elementare Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung auch strukturschwacher Regionen,
- die Förderung sozialer und gesellschaftlicher Ausgewogenheit, u.a. durch Wissenschafts- und Politikdialog sowie durch fachlichen Austausch im Sinne eines Fort- und Weiterbildungsprogramms und
- die Entwicklung strukturschwacher Regionen durch geeignete Maßnahmen zum Abbau von Disparitäten zwischen entwickelten und weniger entwickelten Regionen, insbesondere im Westen der Volksrepublik Chinas.

In einer Zeit des raschen wirtschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen und sozialen Wandels und im Kontext einer zunehmenden Globalisierung von Märkten und der Begegnung der Kulturen kommt diesen Bereichen eine herausragende Bedeutung zu.

Werte-Orientierung in Unternehmen: Wirtschaft ohne Werte?

Donate Kluxen-Pyta

1. Einführung

Die Wirtschaft und ihre Entscheidungsträger stehen zunehmend in der Kritik: Gewinnsucht und Profitgier würden immer stärker dominieren, die soziale Verantwortung der Wirtschaft dagegen immer weiter zurückgedrängt, lauten zusammengefasst die Vorwürfe. Jede Meldung von Arbeitsplatzverlagerungen und Unternehmensschließungen, Managergehältern und Börsengewinnen gibt der Kritik neue Nahrung. Kapitalismuskritik ist inzwischen schon zum Dauerbrenner geworden, „Ökonomisierung“ und Globalisierung müssen als Wurzel allen Übels herhalten.

Worum geht es in der Wirtschaft? Was ist ausschlaggebend für die Entscheidungen der Verantwortungsträger in den Unternehmen? Ziel eines Unternehmens ist und muss es sein, seine Position im Markt zu sichern und damit wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben. Nur dann kann es Arbeitsplätze schaffen sowie zu Wohlstand und Fortschritt in der Gesellschaft beitragen. Gewinn signalisiert, dass die Strategie des Unternehmens richtig ist. Ge-

winn ist daher nicht alles, aber ohne Gewinn ist alles nichts.

2. Unverzichtbare Gewinnorientierung

„Wer als ordentlicher Unternehmer Gewinne erzielt, der hat andere von seiner Leistung überzeugt und ihnen geholfen. Und nur wer Gewinne erwirtschaftet, kann den Fortbestand seines Unternehmens durch Investitionen sichern, seine Mitarbeiter weiterbeschäftigen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.“ So hat es Bundespräsident Horst Köhler beim Arbeitgeberforum der BDA „Wirtschaft und Gesellschaft“ 2005 formuliert. Auch die Kirchen, die nicht im Verdacht stehen, mit Kritik an der Wirtschaft hinterm Berg zu halten, haben die Bedeutung des Unternehmers herausgestrichen: „Unternehmer, die sich mit ihrem Kapitaleinsatz und ihrer Entscheidungsfreudigkeit den Risiken des Wettbewerbs aussetzen und dabei Arbeitsplätze und Güter schaffen, verdienen auch unter moralischen Gesichtspunkten hohe Anerkennung“, heißt es im gemeinsamen „Wort zur

wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ von 1997. Bischof Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, warnte jüngst ausdrücklich vor einer „pauschalen Schelte der deutschen Wirtschaft“. Er appellierte an die Kirchen, ihre Ethik wirtschaftsverträglich zu gestalten, denn: „Sie nützt uns nichts, wenn weiterhin Firmen schließen und Arbeitsplätze verloren gehen“.

Der Zweck der Wirtschaft ist es, die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen – in ausreichender Menge, zu marktfähigen Preisen und mit der gewünschten Qualität. Das ist der Dienst der Wirtschaft am Menschen. Der zurzeit geschmähte „Kapitalismus“ ist es, der im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage die Güter und Dienstleistungen am effektivsten bereitstellt. Diese ethische Dimension geht in der Diskussion völlig unter.

Was heute oft vergessen wird: Für Ludwig Erhard stand der Kunde im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft. Die Leistung einer Marktwirtschaft besteht darin, dass sie die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sicherstellt und zudem eine Fülle von preiswerten und guten Angeboten für die Kunden bietet. „Wohlstand für alle“, das berühmte Schlagwort Erhards hieß vor allem: Konsummöglichkeiten für alle durch ein breites und erschwingliches Angebot, das durch den Wettbewerb möglichst vieler und unterschiedlicher Anbieter gewährleistet wird. Damit sollte zugleich auch der Unterschied zwischen den sozialen Schichten eingeebnet werden. Der Markt ist ein Käufermarkt, kein Verkäufermarkt und das macht den sozia-

len Charakter der Marktwirtschaft aus. Der Staat muss für die entsprechende Wettbewerbsordnung sorgen.

3. Rahmenordnung als Ort der Moral

Wirtschaftsethiker aus der Wissenschaft betonen, dass es die Rahmenordnung ist, an die wir die Frage nach der Moral stellen müssen, und nicht an die einzelnen Unternehmen. Nach Karl Homann, einem der führenden Wirtschaftsethiker Deutschlands, haben Staat und Politik die Aufgabe, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens so zu gestalten, dass ethisch verantwortungsvolles Verhalten möglich ist und sogar belohnt wird und sich unmoralisches Verhalten wirtschaftlich nicht „lohnt“.

Die Rahmenordnung des Wettbewerbs legt die allgemeinen Spielregeln fest, aber nicht die einzelnen Spielzüge der Mitspieler – die Spielzüge sind frei. Die Spielregeln sind von ethischen Werten und Zielen geleitet und inspiriert – in Deutschland durch die Werte des Grundgesetzes. Damit brauchen die Spieler, wenn sie sich an die Regeln halten, sich mit ihren Zügen nicht auch noch jeweils eigens an ethische Werte rückzukoppeln. Unternehmen sind innerhalb dieser Rahmenordnung vielmehr völlig frei, ihre ökonomischen Eigeninteressen zu verfolgen. Dabei können sie zugleich davon ausgehen, dass sie sich genau damit korrekt verhalten – auch in ethischer Hinsicht – und in der Gesamtwirkung schließlich das Gemeinwohl fördern. Die „Gewinnmaximierung ist daher nicht ein Privileg der Unternehmen, für das sie sich ständig entschuldigen müssten, es ist vielmehr

ihre moralische Pflicht, weil genau dies Verhalten – unter Voraussetzung einer geeigneten Rahmenordnung – den Interessen der Konsumenten, der Allgemeinheit am besten dient“, wie Karl Homann meint.

Die Wettbewerbsordnung muss also dafür sorgen, dass, wer ethisch handelt, nicht der Dumme ist. Von niemandem kann ja vernünftigerweise erwartet werden, dass er sich selbst schadet. Appelle, über den ökonomischen Schatten zu springen, können von Unternehmen nicht aufgegriffen werden, weil sie nach der ökonomischen Logik handeln müssen und Logik gilt. Deshalb, so diese wirtschaftsethische Position, müssen die Konkurrenten derselben Wettbewerbsordnung unterworfen sein, d.h. einem verbindlichen Ordnungsrahmen, den der Staat vorgibt.

Das Unternehmen kann sich darauf konzentrieren, seine Position im Markt zu sichern und damit wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben. Nur dann kann es Arbeitsplätze schaffen, Lebens- und Entfaltungschancen bieten, zu Wohlstand und Fortschritt in der Gesellschaft beitragen, hat Freiraum für weiteres Engagement und kann seiner ethischen Verantwortung nachkommen. Betriebswirtschaftlich unverantwortliche Entscheidungen, die den Bestand und die Zukunftschancen eines Unternehmens und damit auch seiner sozialen Funktionen gefährden, dürfen nicht sein. Was ökonomisch unvertretbar und verantwortungslos ist, kann daher auch nicht eine moralische Pflicht bilden.

Die Qualität der Rahmenordnung zeigt sich daran, dass sie die Eigengesetzlichkeit der Ökonomie berücksichtigt, also

die Wirtschaft nicht einengt, sondern fördert. Sonst würden die gewünschten Effekte nämlich verfehlt und auch das Gemeinwohl gerade nicht gefördert. Das engmaschige Netz an Vorschriften und Richtlinien, das wir in Deutschland haben, neigt leider zu letzterer Tendenz.

Diese Position hat bisher, so kann man sagen, den mehrheitlichen Konsens der Wirtschaftsethik in Deutschland dargestellt. Das ist in unserem Staat und seiner Ordnung und auch im Rahmen der Europäischen Union sicher richtig. Wir setzen in den politischen Diskussionen so an, dass wir nach den notwendigen Gesetzen und Verordnungen fragen, mit denen wir erreichen können, dass Unternehmen durch ihr wirtschaftliches Handeln auch zugleich andere Ziele mitbewirken – Arbeitsplätze schaffen, natürliche Ressourcen möglichst schonend und effektiv nutzen, Entfaltungschancen bieten u.a.m.

4. Neue Probleme durch die Globalisierung

Aber diese wirtschaftsethische Position wirft heute wieder Fragen auf:

- Zum einen lässt jede Ordnung, die die notwendige Freiheit der Unternehmen nicht zu sehr einengen will, Spielräume offen, bei denen sich der Einzelne so oder auch anders verhalten kann und schließlich doch wieder die persönliche Moral gefragt ist. Der Philosoph Peter Koslowski hält daher nach wie vor eine Tugendethik für die handelnden Personen für notwendig, weil die Rahmenordnung einfach nicht alles klären

kann. Es ist sicher richtig: Die persönliche Verantwortung jedes Einzelnen für sein Tun und Lassen ist nicht zu ersetzen. Eine Selbstverpflichtung kann dabei eine Brücke schlagen.

- Zum anderen haben wir durch die Globalisierung einen weltweiten Markt, in dem sich Unternehmen bewegen und im Wettbewerb stehen – teilweise sogar in einem sehr harten Wettbewerb –, in dem es aber keine Rahmenordnung gibt. Es gibt auch keinen Weltstaat, der eine solche Rahmenordnung wirksam umsetzen könnte, und niemand wird ernsthaft einen solchen allumfassenden Weltstaat haben wollen.

Die Erwartungen an die Moral der Unternehmen und ihre Führung sind daher in jüngster Zeit immens gewachsen – vergessen wir nicht, dass die Menschen extrem auf die Wirtschaft und ihre Unternehmen angewiesen sind: ihre Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, ihre Arbeitsplätze, die Systeme der sozialen Sicherung, das Steueraufkommen – ja so gut wie alle Lebensbereiche sind davon abhängig, dass Unternehmen etwas zur Verfügung stellen. Daher wird außerordentlich sensibel auf die Entwicklungen in der Wirtschaft reagiert.

Gleichzeitig ist die Unsicherheit groß. Was ist notwendig, was ist wünschenswert, was muss toleriert werden? Immer wieder erschrecken Berichte über ausbeuterische Kinderarbeit, über Umweltzerstörung im Tropenwald, über frühkapitalistische Zustände in Fabriken in der dritten Welt, die womöglich Teile der Zuliefererkette für Produkte sind, die bislang guten Gewissens gekauft wurden. Ungute Nachrichten

greifen auch im Land um sich: Wieder entlässt ein Unternehmen Mitarbeiter, obwohl die Aktienkurse steigen oder gute Gewinne erzielt werden. Alles schaut auf die Wirtschaft, und die Erwartungen an ihre Ethik steigen, weil die Abhängigkeit davon so schmerzlich empfunden wird.

5. „Corporate Social Responsibility“ als Antwort

Die Unternehmen reagieren denn auch längst auf die verschiedenen Anfragen seitens der Verbraucher und Kunden, der Interessenverbände, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, der Kirchen und natürlich der Medien. Der gängige Begriff heute heißt „Corporate Social Responsibility“ (CSR). Er beschreibt die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft. CSR-Initiativen sind Beiträge, die Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem gesellschaftlichen Umfeld leisten. Sie setzen sich zum Beispiel mit Betriebskindergärten und Gesundheitskampagnen für ihre Mitarbeiter ein, dämmen mit Ökoeffizienz-Analysen und Energiespar-Systemen den Energieverbrauch ein und fördern Kunst, Kultur und Sport. Wesentliches Merkmal von CSR ist, dass es freiwillig und mehr als die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften ist.

Heute gibt es kein namhaftes Unternehmen mehr, das sich nicht ethische Leitlinien, einen Kodex oder Ähnliches gegeben hätte. Dabei ist nicht die Präsentation in einer Hochglanzbroschüre entscheidend, sondern der Prozess, in dem diese Leitlinien entwickelt wer-

den, und in der Folge die Verbindlichkeit, die sie im Unternehmen haben. Wer hier „schummeln“ will und meint, mit einem abgekupferten Code of Ethics die Presse beeindrucken und von der eigenen tadellosen Moral überzeugen zu können, wird sich wundern. Gerade die Presse, aber auch Nichtregierungsorganisationen und die sehr genauen Beobachter der wirtschaftsethischen Szene werden alles auf Herz und Nieren prüfen. Die ethische Kultur muss sich in vielen einzelnen Aspekten niederschlagen, wenn sie etwas bedeuten soll. Die Firma Hipp hat sich z.B. nicht nur einen Ethik-Kodex gegeben, sondern auch gleich ein Ethik-Management eingerichtet, um ihn im Unternehmen wirksam umzusetzen.

Nun wollen die meisten Unternehmen mit der Entwicklung einer Unternehmenskultur in der Tat nicht einfach „nachweisen“, etwas getan zu haben, sondern etwas für sich selbst erreichen. Daher ist ein Prozess der übliche Weg, um die leitenden Werte und Zielvorstellungen des Unternehmens zu erarbeiten. So hat es z.B. die BASF gemacht, die in einem sehr groß angelegten Prozess ein ethisches Konzept für sich entwickelt und dieses systematisch in alle Unternehmensstandorte und Arbeitsbereiche gespiegelt hat. Aus gutem Grund – ein Skandal war vorhergegangen –, aber auch, um das Unternehmen und seine verschiedenen Bereiche und Belegschaften in aller Welt zusammenzuschweißen und neu aufzustellen.

6. Altruismus? „Business Case“!

Die Ethik eines Unternehmens hat immer auch mit seinem „Business case“ zu tun – das lässt sich nicht trennen.

Wir assoziieren „Moral“ immer schnell mit Altruismus, aber das ist zu kurz gefasst. Es kommt auch oft darauf an, das, was man macht, gut zu machen, nach bestem Wissen und Gewissen. Bei einem Chemie-Unternehmen wie BASF ist zum Beispiel der effiziente Umgang mit den natürlichen Ressourcen prioritär, sind Sicherheit und Integrität wichtige Werte – das ist wirtschaftlich außerordentlich wichtig und auch ethisch richtig. Die Firma Hipp achtet auf ökologische Verantwortung, weil sie von ihrem guten Ruf als Bio-Produzent lebt und Eltern bereit sind, dafür deutlich mehr zu bezahlen als bei anderen Anbietern. Ethik kann sogar zur Marke eines Unternehmens werden und ihm eine gute Startposition im Wettbewerb bieten, wenn der Kunde dieses Engagement honoriert. Ethik ist so gesehen auch ein Wettbewerbsfaktor.

Auch die Mitarbeiter eines Unternehmens müssen wissen, welches Verhalten bei ihrer Tätigkeit für das Unternehmen korrekt ist. Sie brauchen Sicherheit, wie sie sich im Betrieb, gegenüber Partnern und dem gesellschaftlichen Umfeld verhalten sollen. Verlässlichkeit minimiert Unsicherheit. Eine Unternehmenskultur verdeutlicht ihnen, welches Verhalten erwünscht ist und welches nicht. Auch externe Partner gewinnen so Sicherheit über Verhaltenserwartungen und Kooperationsregeln. Werteorientierung im Unternehmen ist daher kein schönes, aber verzichtbares Beiwerk, sondern ein Teil des Risikomanagements. Dabei fallen die Themen je nach Branche und Region naturgemäß anders aus. Ein Versicherungsunternehmen steht vor ganz anderen Fragen als ein Möbelhersteller oder ein Gastronomiebetrieb.

Dass eine gute Personalpolitik nicht nur moralisch geboten, sondern auch betriebswirtschaftlich von Nutzen ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Der Unternehmenserfolg fußt in der High-Tech-Wirtschaft und der Informationsgesellschaft zunehmend auf der Qualifikation und Kreativität der Mitarbeiter. Der richtige menschliche Umgang mit der Mitarbeiterschaft motiviert sie und bringt ihr Potenzial zur Entfaltung und das nützt dem Betrieb. Es ist nachgewiesen, dass z.B. Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder eingespielt werden, weil familienfreundliche Maßnahmen die Fehlzeiten und Fluktuation der Mitarbeiter senken und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Beschäftigten erhöhen.

Der schönste Kodex nützt natürlich wenig, wenn die Führungskräfte selbst sich nicht daran halten. Führungskräfte sind als Vorbilder gefragt. Denn Vorbilder sind aller menschlichen Erfahrung nach für das Verhalten anderer wesentlich wichtiger als ein abstraktes Regelwerk. Aus dieser Verantwortung können sie nicht entlassen werden. Sie müssen sich ihrer wohl bewusst sein. Fehlverhalten fällt heute mehr auf denn je. Die Gründe für Fehlverhalten sind dabei unterschiedlich: Es gibt zweifelsfrei kriminelles Verhalten, es gibt das Ausnutzen von Macht – gerade Machtpositionen sind eine besondere moralische Versuchung –, es gibt einfach Unsicherheit beim Umgang mit neuen Handlungsmöglichkeiten und es gibt die Orientierung an anderen Werten als denen der kritischen Öffentlichkeit.

Im Zuge der Globalisierung – wie auch durch Wanderungsbewegungen – wei-

sen viele Belegschaften im Inland wie im Ausland mittlerweile eine multi-kulturelle Prägung auf. Dabei stoßen naturgemäß auch unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander. Unternehmen stehen zunehmend vor der Herausforderung, diese Unterschiedlichkeiten zu thematisieren, die divergierenden Wertvorstellungen zu berücksichtigen und ein übergreifendes Set von Verhaltensregeln im Unternehmensbereich auszumachen, damit gemeinsames erfolgreiches Arbeiten im Betrieb möglich ist.

Im internationalen Maßstab stehen Unternehmen letztlich auch vor dem Problem divergierender Wertvorstellungen. Wenn sie Produktionsstätten in Schwellen- und Entwicklungsländern aufbauen und unterhalten, sind Unternehmen oftmals in ihrer Geschäftstätigkeit mit drängenden Problemen wie zum Beispiel existenzieller Armut, mangelnder Gesundheitsfürsorge, Aids, Korruption, Kinderarbeit, mangelhaften Bildungssystemen sowie fehlenden Arbeits- und Umweltschutzregulierungen konfrontiert. Viele Unternehmen engagieren sich aktiv für eine nachhaltige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation und leiten Maßnahmen über die jeweiligen gesetzlichen Vorschriften hinaus bei ihren Niederlassungen sowie bei Vertragspartnern, Zulieferern und Lizenznehmern in Entwicklungsländern ein.

Trotz vielfältiger Programme und Projekte, mit denen sie oftmals zur Lösung existenzieller Probleme beitragen, hat ihr Engagement aber auch Grenzen. Unternehmen befinden sich in Gastländern und sie können dort nicht Probleme lösen, vor denen selbst die

Weltgemeinschaft der Staaten hilflos dasteht.

7. Wertedebatte als Dauerthema

Den Unternehmen sind die Werte der Gesellschaft nicht egal. Sie brauchen Mitarbeiter, die nicht nur Fachwissen mitbringen, sondern auch persönliche und soziale Kompetenzen, die zu eigenverantwortlichem Handeln in der Lage sind. Selbstständigkeit und Offenheit, Lern- und Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Rücksichtnahme sind Tugenden, die im Unternehmen unverzichtbar sind wie im Grunde in jeder Gemeinschaft, in der Menschen zusammen arbeiten und leben.

Unsere Gesellschaft will Werte, aber sie ist unsicher, welche und mit welcher Verbindlichkeit sie diese einfordern darf. Eltern wollen ihre Kinder nicht unnötig einengen, sondern Vereinbarungen mit ihnen treffen. Lehrer wissen nicht, was sie verlangen dürfen

und was nicht. Auf Jugendliche selbst strömt eine Vielzahl von Angeboten ein, mit denen sie oft nichts anfangen können. Werte sind das Gelände, an dem entlang man leichter durch das Leben geht.

Eine Wertedebatte ist in einer immer weltoffeneren und stark individualisierten Gesellschaft daher notwendig. Sicherlich werden wir uns auf bestimmte Werte schnell einigen können – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, um nur die klassische Trias zu nennen –, aber was bedeuten sie für uns? Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft. Auch die Wirtschaft ist zurzeit dabei, ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu definieren. Sie stellt sich selbst die Frage, wie weit sie sich international in Schwellen- und Entwicklungsländern ethisch einbringen muss und auch national, wie ihre sozialen Verantwortlichkeiten in unserem Land aussehen sollen und sich weiter gestalten können. Insofern ist die Wertedebatte in einer freiheitlichen Gesellschaft ein Dauerthema.

Auf dem Weg zur Vereinigung? PDS und WASG nach ihren Parteitag

Patrick Moreau/Rita Schorpp

Am 28./29. April 2006 fanden die Bundesparteitage der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit¹) und der Linkspartei.PDS² in Ludwigs-hafen bzw. Halle/Saale statt. Dabei machten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi klar, dass die für 2007 geplante Vereinigung ihrer Parteien auf den Sommer 2006 vorgezogen werden soll. Die zeitliche Beschleunigung ist eine Antwort auf die schwere Krise des „Projekts WASG“.

1. Das „Projekt WASG“

1.1 Eine kontrastreiche Geschichte

Die „neoliberale“ Politik Bundeskanzler Schröders war der Hauptgrund für die Gründung der WASG. Seit 2000 lehnten immer mehr Gewerkschafter und SPD-Mitglieder die Politik der rot-grünen Koalition ab. Gemeinsam mit Aktivisten höchst unterschiedlicher Provenienz schufen sie zwei Strukturen: Zum einen die Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, deren Gründungsmitglieder vom Gewerkschaftsflügel der SPD kamen. Schnell wurde sie für viele kritische Gewerkschafter attraktiv. Zum anderen die „Wahlalter-

native 2006“, die ihren Ursprung in Berlin hatte. Ihr gehören zahlreiche Anhänger Oskar Lafontaines an, die 1999 die SPD verlassen und bei der PDS eine neue Heimat gesucht hatten. Aus Ärger über den Sparkurs des Berliner rot-roten Senats engagierten sie sich für die Wahlalternative 2006.

Die beiden Initiativen gründeten den Verein „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ und machten ihn am 22./23. Januar 2005 zur Partei, mit dem Ziel, an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und an den Bundestagswahlen 2006 teilzunehmen. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 brachte der WASG einen Teilerfolg: Mit 181.988 erhielt sie 2,2% der Stimmen.³ Sie konnte 50.000 ehemalige SPD-Wähler für sich gewinnen. Überdurchschnittlich erfolgreich mobilisierte die Protestpartei Arbeitslose (9%), Gewerkschaftsmitglieder (4%) und Konfessionslose (4%).

Nach dieser Landtagswahl musste die WASG eine Strategie und Bündnispartner suchen. Am 3. Juni 2005 kündigte Gregor Gysi seine Kandidatur als Spitzenkandidat der PDS bei der Bundestagswahl an und plädierte für ein

Bündnis mit der WASG. Gemeinsam beschleunigten Gysi und Lafontaine die Entwicklung. Am 10./11. Juni einigten sich PDS und WASG auf einen gemeinsamen Antritt bei der Bundestagswahl. Am 17. Juni 2005 änderte die PDS ihren Namen in „Die Linkspartei“, um ihre Wahlchancen im Westen zu erhöhen. Sie nominierte auch im Osten zahlreiche WASG-Mitglieder auf aussichtsreichen Listenplätzen. Auf den offenen Listen im Westen fanden sich viele Trotzlisten und DKP-Mitglieder. Die Linkspartei übernahm praktisch die komplette Finanzierung des Wahlkampfes und die Kontrolle über dessen Programm⁴ und technische Ausgestaltung.

Vor der Bundestagswahl hatte die WASG eine eigene Identität entwickelt, die sich grundlegend von der Linkspartei.PDS unterschied. Die WASG-Mitglieder kamen hauptsächlich aus vier politischen Strömungen: Linke Sozialdemokraten, darunter auch Sympathisanten der „antimonopolistischen“ und „pazifistischen“ DKP-Parteilinie vor 1989; vormalig sozialdemokratische oder kommunistische Gewerkschafter, PDS- und Ex-PDS-Mitglieder, die die dominierende Linie der Reformen kritisierten; linksextremistische, besonders trotzlistische Aktivisten, die in der WASG ihre gewohnte Unterwanderungstaktik praktizierten. Dazu kommen ATTAC-Mitglieder, die ihrer Organisation den Verzicht auf jede eigene Strategie bei Wahlen vorwarfen, sowie die Memo-Gruppe und die Zeitschrift Sozialismus⁵, die bei der Konzeption des WASG-Programms eine wichtige Rolle spielten. Seit Sommer 2005 wurde klar, dass sich die politische Strategie dieser vier Hauptströmungen mindestens so stark unterschied wie de-

ren Einschätzung des Partners „Linkspartei.PDS“.

Der Bundestagswahlkampf wurde von mehreren systemischen Aspekten dominiert:

- Die PDS kennt die Identität der Ostdeutschen genau und sprach die Wähler in den neuen Bundesländern erfolgreich an.
- Die SPD befand sich im Westen in einer tiefen Identitätskrise. Ihre Milieus sind in vollständiger Auflösung.
- Unter den Wählern war eine Proteststimmung weit verbreitet.

Heute entsendet die Linkspartei als vierte Kraft 54 Abgeordnete in den Bundestag. Sie erhielt 4.118.194 und damit 8,7% der Zweitstimmen, 4,7% mehr als 2002. Die Partei konnte die 5%-Hürde in sechs alten Bundesländern überwinden (Bremen 8,4%, Hamburg 6,3%, Hessen 5,3%, Nordrhein-Westfalen 5,2%, Rheinland-Pfalz 5,6%, Saarland 18,5%). Im Osten legte die Linkspartei.PDS stark zu (Berlin: 16,4% + 5,0; Brandenburg: 26,6% + 9,3; Mecklenburg-Vorpommern: 23,7% + 7,3; Sachsen: 22,8% + 6,6; Sachsen-Anhalt: 26,6% + 12,2; Thüringen: 26,1% + 9,1). Sie bleibt auch 2005 ein ostdeutsches Phänomen (früheres Bundesgebiet und Berlin West: 4,8%; Neue Länder und Berlin Ost: 25,3%). Daran ändert auch der vor allem im Saarland wirksame Lafontaine-Effekt nichts.⁶

Die Bilanz der Wählerwanderung der Linkspartei ist erstaunlich. In Ost und West gewann sie Stimmen von allen Parteien. Am erfolgreichsten war sie bei SPD-Wählern. Von ihnen konnte sie fast eine Million überzeugen. Dazu mobilisierte sie 430.000 Nichtwähler.

Auch von FDP und CDU/CSU erhielt sie beträchtlichen Zustrom (290.000 und 100.000).

Ursächlich sind einige „harte“ Faktoren zu nennen. Zwei Themen beherrschten den Wahlkampf: Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt/Hartz IV (88% der Befragten) und die wirtschaftliche Situation (26%). Stark ist die Linkspartei auf zwei Themenfeldern: Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West (11%) und soziale Gerechtigkeit (10%, + 5). Sie wurde in zwei Kategorien besonders akzeptiert, nämlich: – setzt sich am überzeugendsten für die Interessen der Ostdeutschen ein: 54%; – setzt sich stärker als andere Parteien für die sozial Schwachen ein: 48%. Für die Wähler war die Linkspartei Indikator der allgemeinen Unzufriedenheit: Sie nenne die Dinge wenigstens beim Namen, meinten 69%.

Aufschlussreich ist die Soziografie ihrer Wähler: 12% der Arbeiter und 24% der Arbeitslosen wählten bundesweit die Linkspartei, im Osten sogar 28% der Arbeiter und 39% der Arbeitslosen. Sie ist stark bei Gewerkschaftsmitgliedern

(13% bundesweit, 32% in den neuen Ländern), besonders bei organisierten Arbeitern (14%). Sie profitiert von der Entchristianisierung in Ost (31%) und West (10%). Mit Vorsicht kann man vom proletarischen Charakter der Linkspartei sprechen. Die Linkspartei konnte bei den Bundestagswahlen 2005 von der gesamtdeutschen Unzufriedenheit und dem verbreiteten Pessimismus profitieren.

1.2 Die Krise der Organisation

Die WASG ist personell wie finanziell schwach. Dies zeigt ihr Tätigkeitsbericht.⁷ Ihre Mitgliederzahl stagniert. Im Dezember 2005 hatten 11.555 und im März 2006 11.844 Personen ihr Mitgliedsbuch.⁸ Sie konnte in dieser Zeit nur 289 Beitritte verzeichnen. Die dynamische Mitgliederentwicklung von 2004/2005 scheint gestoppt. WASG und Linkspartei.PDS sind von ihrer Bedeutung nicht vergleichbar: Die 11.844 Mitglieder der WASG entsprechen 18% der PDS-Mitglieder. Dazu existiert die WASG in den neuen Bundesländern praktisch nicht.

Tabelle: Die Mitgliederzahlen der Linke.PDS und der WASG im Osten (Linke.PDS: Dezember 2005, WASG: 2. April 2006)

	Linke.PDS	WASG
Brandenburg	9937	194
Mecklenburg-Vorpommern	6740	134
Sachsen-Anhalt	6514	154
Sachsen	14873	267
Thüringen	7676	141
Berlin	9525	852
Bundesvorstand	167	
Ausland		19
Zusammen Ost	55265	*ohne Berlin 890
Zusammen West	6057	*ohne Berlin 10069
Gesamt	61489	11830

Im Westen dagegen verfügt sie über etwa ein Drittel mehr Mitglieder als die Linkspartei.PDS.⁹

Tabelle: Die Mitgliederzahlen der Linke.PDS und der WASG im Westen (Linke.PDS: Dezember 2005, WASG: 2. April 2006)

	Linke.PDS	WASG
Baden-Württemberg	624	1279
Bayern	615	1222
Bremen	168	185
Niedersachsen	637	1249
Hamburg	388	424
Hessen	637	1068
Nordrhein-Westfalen	1703	3012
Rheinland-Pfalz	402	707
Saarland	280	560
Schleswig-Holstein	365	363

Quelle: Linke.PDS-Parteivorstand; WASG-interne Auskünfte.

Die WASG ist soziologisch gesehen jünger als die Linkspartei.PDS. Sie hat mehr Kontakt zur Arbeitswelt und den Gewerkschaften. Dank ihrer finanziellen Probleme hängt sie aber am Tropf der Linkspartei.PDS. Ihre Mitgliedsbeiträge sinken: Im Dezember 2005 hatte das WASG-Mitglied im Durchschnitt monatlich 7,14 € entrichtet. Im März 2006 waren es nur noch 6,93 € – ein Indiz für die nachlassende Attraktivität des Projekts WASG.

Die WASG hat ihre politische Arbeit praktisch eingestellt. Außerhalb der Länder, in denen Wahlen stattgefunden haben, sind Kreis- und örtliche Gruppen quasi nicht aktiv. Diese Krise spiegelt sich in den Wahlergebnissen. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz blieb das Ergebnis der WASG weit hinter den Erwartungen zurück.¹⁰ Sie musste sich mit 2,6% der Stimmen (BTW 2005: 5,6%) begnügen. Die Linkspartei.PDS hatte den WASG-Wahl-

kampf finanziell und personell massiv unterstützt. Die Auswahl der Kampagne-Themen entsprach den Forderungen im BTW-Wahlkampf¹¹: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (8 €/Stunde); öffentlich geförderter Beschäftigungssektor; Erhebung einer angemessenen Vermögenssteuer; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Wohnen als Grundrecht; Einführung von Volksbegehren.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg konnte die WASG ihr Ergebnis der Bundestagswahlen prozentual halten. Aber sie verlor mehr als 60.000 Stimmen (2006: 121.753 Stimmen, 3,1%; 2005: 182.288 Stimmen, 3,8%). Damit hatte auch sie eine Niederlage erlitten, obwohl die Linkspartei ihren Wahlkampf beispielhaft unterstützt hatte. Alle guten Redner beider Organisationen waren bei einer der 69 Wahlkampfkundgebungen aufgetreten.¹²

Bei den hessischen Kommunalwahlen vom 26. März schaffte die Linkspartei/WASG in einigen Kommunen viel versprechende Durchbrüche. Sie errang 64.549 Stimmen (3,37%) und damit 105 Mandate, 40 in Kreistagen und 65 in Städten und Gemeinden. Ihre Hochburgen waren die kreisfreien Städte Kassel (6,8%), Frankfurt a.M. (6,6%) und Offenbach (5,3%).

Auf Landesebene war das Bündnis WASG/Linkspartei 2006 für die Wähler wenig attraktiv. Die Annahme, die Linkspartei würde niemals in der Lage sein, im Westen die 5%-Hürde zu überwinden, wäre aber falsch. In Bremen wie im Saarland stehen ihre Chancen hervorragend.

1.3 Der Parteitag von Ludwigshafen

Der Weg der WASG in die Krise vollzog sich in fünf Etappen: Am 6. Dezember 2005 wurde der Rahmenvertrag für die Vereinigung bis Juni 2007 unterzeichnet. Konkurrierende Wahlantritte sollte es nicht mehr geben. Auf dem Bundesparteitag am 10./11. Dezember stellte die Linkspartei.PDS die Weichen für eine Fusion.¹³ Am 8. März 2006 beschloss die von ehemaligen PDS-Mitgliedern und Trotzlisten dominierte Berliner WASG, zur Abgeordnetenhauswahl im September gegen die Linkspartei anzutreten. Ihr wird die „neoliberale Politik“ der rot-roten Koalition vorgeworfen. Am 21. März kündigte die WASG in Mecklenburg-Vorpommern an, zur Landtagswahl im September in Konkurrenz zur mitregierenden Linkspartei anzutreten. Am 2. April sprachen sich in einer Urabstimmung 79,3% der teilnehmenden

WASG-Mitglieder für den Zusammenschluss mit der Linkspartei aus. Aber die WASG ist gespalten: Von 11.830 Mitgliedern hatten 6.745, also nur 57,02%, abgestimmt.

Die Landesverbände Berlin und Mecklenburg-Vorpommern weigerten sich, ihre Kandidatur zurückzuziehen. So beschloss der WASG-Vorstand den außerordentlichen Parteitag am 29./30. April in Ludwigshafen. Er war aufgeladen und spannungreich. Eine beeindruckende Zahl von Journalisten verfolgte ihn ebenso aufmerksam wie die Delegierten der Linkspartei.PDS in Halle. Anhänger und Gegner der Vereinigung machten ihrem Unmut mit Pfiffen, Buhrufen und Klatschorgien lautstark Luft. Gelegentlich drohte die Stimmung überzubordnen. Der Stil erinnerte an die heftigen Auseinandersetzungen in den Anfangszeiten der Grünen.

Die Parteiführung wollte die Delegierten von der Notwendigkeit der Fusion mit der Linkspartei.PDS überzeugen.¹⁴ Mit 186 zu 107 Stimmen wurde der Leitantrag angenommen.¹⁵ Er fordert einen Zusammenschluss „auf gleicher Augenhöhe“. Entstehen soll eine „neue pluralistische Partei der gesamten Linken“, in der „die jeweilige Identität und damit die jeweiligen politisch-historischen, politisch-kulturellen und programmatischen Unterschiede respektiert werden“.

Noch magerer fiel die Zustimmung zu einem Initiativantrag¹⁶ aus: Mit nur 163 zu 121 Stimmen wurde der Berliner Landesverband aufgefordert, seine Wahlanzeige und die eingereichten Listen umgehend zurück zu nehmen. Im Falle der Aufrechterhaltung der Kandi-

datur wurde der Bundesvorstand beauftragt, „alle Maßnahmen zu prüfen und ggfs. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen.“ Analog gilt dies auch für andere Landesverbände.

Sabine Lösing, Joachim Bischoff und Björn Radke¹⁷ legten nach der Annahme dieses Initiativantrages ihre Vorstandsämter nieder. Sie kritisierten die „miesigen Methoden“ und „Verfahrenstricks“ des Bundesvorstandes. Gerüchte von der Gründung einer neuen Partei machten die Runde. Die kritischen Delegierten verschafften sich in zahlreichen Statements und Anträgen¹⁸ Gehör. Dem Führungstrio Ulrich Maurer¹⁹, Oskar Lafontaine und Klaus Ernst²⁰ wurde eine „obrigkeitliche Führungskultur“ vorgeworfen. Lafontaine, ein Routinier stürmischer Parteitage, begeisterte mit einer brillanten Rede die Delegierten und überzeugte sie von der antikapitalistischen Natur des „Projekts Linkspartei 2006“. 45 Minuten appellierte er an die Delegierten, der neuen Partei eine Chance zu geben. Bei der Bundestagswahl 2005 hätten die Wähler den beiden Parteien den Auftrag zur Fusion gegeben. Er beruhe auf der „Vision einer gemeinsamen antineoliberalen und antikapitalistischen Kraft.“ Kern linker Politik sei der Kampf gegen Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau. Die neue Partei müsse sich für die Schwächeren einsetzen, denn diese „brauchen Regeln und Gesetze, die sie schützen.“²¹

Das Bündnis aus Linkspartei.PDS und WASG sei eine „Freiheitsbewegung“. Ein echter „Sozialstaat“ solle über höhere Steuern finanziert werden und über einen leistungsfähigen öffentli-

chen Dienst verfügen. Energiepreise und der Bankensektor müssten staatlich reguliert werden.²² Die Demonstrationen in Frankreich seien ein geeignetes Modell, um die Große Koalition „in die Knie“ zu zwingen. Deshalb forderte Lafontaine das Recht zum Generalstreik. Der „Raubtierkapitalismus“ sei von den USA inspiriert, die „imperialistische Kriege zur Sicherung der Rohstoffe“ führten und terroristisch handelten.

Thematisch verkündete Lafontaine nichts Neues. Er hatte aber die Mehrheit der Mitglieder um sich geschart. Den Delegierten war klar, dass die Große Koalition die Chance für eine Formation links von der SPD bot. In seinem Grußwort unterstrich Michael Schlecht die Bedeutung der WASG aus der Perspektive der Gewerkschaft Ver.di., während Margret Mönig-Raane in Halle auftrat.²³ Schlecht rief zum „Kampf gegen Armutslöhne“ und Privatisierungen auf.

Die Bilanz des Parteitages zeigt, dass der Annäherungsprozess schwierig bleibt. Oskar Lafontaine ist die einzige programmatisch-personelle Brücke zwischen den Formationen. Drei antagonistische Flügel existieren in der WASG: Die Lafontaine-Strömung will die möglichst schnelle Vereinigung mit der Linkspartei. Ihre Positionen zur Überwindung des Systems sind ideologisch kompatibel mit dem PDS-Programm 2003. Für den „revolutionären“ Flügel ist das Projekt nicht antikapitalistisch genug. Er sieht die Linkspartei als „eine neoliberale Kraft“, als eine Art neue SPD. Schließlich gibt es noch die Basisdemokraten. Sie wollen Veränderungen nur im bestehenden System. Dieser Konflikt wird zwangs-

läufig auch über 2006 und 2007 hinaus bestehen.

Das politische Gewicht hat sich eindeutig zur Fraktion der Linken (Abgeordnete und Apparat) geneigt. Sie ist das wahre Entscheidungszentrum. Sie will, dass die SPD auch künftig der bevorzugte Bündnispartner bleibt. Nach wie vor will sie die SPD mit der Strategie „Druck von links“ zu einem Kurswechsel zwingen. Nachdem die Landesverbände von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auch nach dem Parteitag ihre Kandidaturen aufrechterhielten, zwangen sie den WASG-Bundesvorstand zu reagieren. Am 13. Mai setzte er die beiden Landesvorstände ab. Die eigenständigen Wahlantritte bei den Landtagswahlen sollen rückgängig gemacht werden. Ein juristischer Konflikt zeichnet sich ab. Dessen Folgen für die WASG sind schwer abzuschätzen, könnten aber zu einer Austrittswelle führen.

2. Die Linkspartei.PDS

Die Niederlage bei den Bundestagswahlen 2002 hatte die PDS in eine tiefe Identitätskrise gestürzt, die einherging mit ideologischen Konflikten, organisatorischen und finanziellen Pro-

blemen. Im Juni 2003 übernahmen die „Reformer“ wieder die Geschicke der PDS.²⁴ Der erneut zum Vorsitzenden gewählte Lothar Bisky umgab sich mit einer Führungsmannschaft aus zuverlässigen, pragmatischen Kadern. Das neue Programm vom 26. Oktober 2003 läutete die zweite Etappe der Konsolidierung ein. Damit modernisierte die PDS ihr ideologisches Angebot.²⁵ 2004 war sie auf der politischen Bühne zurück.

Bei den Europawahlen überwand die PDS die 5%-Hürde (6,1% + 0,3) und verstärkte sich bei den Landtagswahlen 2004 (Saarland 2,3% + 1,5, Thüringen: 26,1% + 4,3, Sachsen: 23,6% + 1,4). Aber Anfang 2005 wollten sie nur 4–5% der Wähler bei den Bundestagswahlen wählen. Deshalb musste sie nach einer Erfolg versprechenden Wahlstrategie suchen.

2.1 Der Zustand der Partei

In seiner Rede in Halle freute sich Lothar Bisky über 5.200 Neueintritte seit Oktober 2004: „Erstmalig konnte der Trend des Rückgangs der Mitgliederzahlen gestoppt werden.“ Mitglieder verliert die Linkspartei meist nach wie vor „durch Tod“.²⁶

Tabelle: Entwicklung der Mitgliederzahlen der PDS/Linkspartei.PDS

	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
gesamt	172579	114940	83478	77845	70805	65753	61385	61489
zusammen Ost		112953	79349	73483	65883	61191	56907	55265
zusammen West		1905	3959	4172	4708	4378	4320	6057

Der Mitgliederverlust der Linkspartei.PDS in den neuen Ländern ist nicht verwunderlich. Nur noch 0,5% der Mitglieder waren 2003 unter 20, aber 59,6% über 65 Jahre alt.²⁷ Die PDS zählte 2003 60% Rentner und nur 21% Berufstätige (Arbeiter: 8%; Angestellte: 18%; Selbstständige 5%, Arbeitslose 6%). Schiffbruch erlitt die Jugendarbeit: Nur 3% der Mitglieder sind Schüler, Studierende oder Auszubildende.²⁸

Die organisatorische Bilanz der Linkspartei.PDS in den neuen Bundesländern zeigt Stärken und Schwächen. Die Linkspartei.PDS im Osten ist nur noch in Berlin und in Großstädten verwurzelt. In vielen Landkreisen verfügt sie über keine aktiven Basisgruppen mehr, aber sie erreicht dort mindestens 20% der Wähler. Sie hat sich zu einer Medienpartei entwickelt. Im Gegensatz zu der aktiven Elite – Katja Kipping ist ein gutes Beispiel für die neue Generation von Kadern²⁹ – verhält sich die Masse der Mitglieder passiv. Zu den Negativa zählen auch der relative Niedergang der Arbeitsgemeinschaften (AGs)³⁰ und der Misserfolg der Jugendorganisation SOLID³¹.

Zu den Aktiva gehörten die Landtagsfraktionen der neuen Bundesländer mit ihren Apparaten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist in allen Bundesländern präsent.³² In ihr sammeln sich heute qualifizierte Forscher und Experten. Etwa 5.200 Mandatsträger machen die Partei in den Kommunen im Osten zur wichtigen Kraft. Mit ihrer 54-köpfigen Bundestagsfraktion (davon 14 Abgeordnete der WASG) verfügt die Linkspartei über ein starkes organisatorisches und intellektuelles „Zentrum“. Deren Apparat ist ebenso wie diejenigen der Landtagsfraktionen und der

zentrale Parteiapparat höchst professionell. Dies macht die Linkspartei.PDS typologisch zu einer modernen Partei des 21. Jahrhunderts, die alle Register der politischen Kommunikation ziehen kann. Der Finanzplan 2005 der Linkspartei.PDS zeigt ihre finanzielle Stärke. Sie verfügt über Jahreseinnahmen von 7.696.800 Euro.³³

2.2 Der Parteitag von Halle/Saale

Zeitgleich zur WASG führte die Linkspartei.PDS ihren Parteitag in Halle/Saale durch. Er wurde beherrscht von der angestrebten Fusion mit der WASG. Es gehe „nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie“ betonte Lothar Bisky.³⁴ Neues gab es nicht in seiner Rede: Angriffe auf die „unsoziale“ Politik der Bundesregierung, Forderung nach Abschaffung von Hartz IV und nach einem gesetzlich garantierten Mindestlohn. Die hessischen Kommunalwahlen wurden als Aufbruchssignal gewertet. Der umjubelte Star des Parteitags war einmal mehr Gregor Gysi.³⁵ Er forderte die schnelle Vereinigung von WASG und Linkspartei. „Der Fahrplan steht“ betonte der Fusionsbeauftragte der Linkspartei, Bodo Ramelow, nachdem die WASG der Fusion zugestimmt hatte.

3. Strategische Perspektiven: Stärken und Schwäche

3.1 Politische Positionierung

Gerhard Schröders Ankündigung von Bundestagswahlen überraschte PDS und WASG. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi erkannten ihre Chance. Bis zu den Bundestagswahlen gab es eine dop-

pelte strategische Perspektive. Zwingend notwendig für das Überleben der PDS war die Überwindung der 5%-Hürde. Lafontaine galt als Garant für den Einzug in den Bundestag und als natürliche Brücke zur SPD-Linken und den Gewerkschaften und Verfechtern einer Koalition mit der PDS auf Landesebene in der SPD. Lafontaines Ziel war der Sturz des Bundeskanzlers. Er wollte die SPD in eine Große Koalition zwingen. Konzessionen an CDU/CSU würden die Krise der SPD noch vertiefen, so sein Kalkül. Das Ende der Großen Koalition wäre nur eine Frage der Zeit.

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sind überzeugt, dass nach dem Scheitern der Großen Koalition die Linkspartei zum unverzichtbaren Bestandteil einer linken Mehrheit werden muss. Nach den Landtagswahlen 2006 und der guten Zusammenarbeit in der Großen Koalition sucht Lafontaine nach einer tragenden Strategie. Es scheint, als habe er sich für verbale Radikalität und die Konzentration auf die Kritik der neoliberalen Globalisierung entschieden.³⁶ Dazu treibt er die Annäherung an den linken Flügel der Gewerkschaften voran.

4. Zusammenfassung

Die Linkspartei ähnelt der PDS bis 2004: eine radikale Antisystempartei mit extremistischen Elementen, tief in der marxistischen Weltanschauung und Logik verwurzelt. Zahlreiche ideologische Strömungen fließen unter dem Deckmantel der Kritik an der neoliberalen Globalisierung zusammen. Die langfristigen Perspektiven werden von allen Akteuren geteilt: „Hegemonie“

von links, Widerstand gegen den Neoliberalismus, schließlich die antikapitalistische „Überwindung“ des „Systems“.

Die Große Koalition zwingt Linkspartei.PDS/WASG zu einer parlamentarischen wie außerparlamentarischen Strategie: Sie müssen der „antiliberalen Stachel“ im Fleisch von Konservativen und Sozialdemokraten sein und links von der SPD einen starken antikapitalistischen Block bilden, in welchem sich Antifaschisten, Kommunisten, Linkssozialisten, „fortschrittliche Kräfte“, Globalisierungskritiker à la ATTAC und kritische Gewerkschafter finden.

Wie stehen die Chancen dieses Blocks und der vereinigten Linkspartei/WASG? Lafontaine und Gysi haben das maximale Kapital aus der Aufmerksamkeit der Medien für ihr Bündnis geschlagen. Trotz der Kontroversen um ihre Regierungsbeteiligung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hat die Linkspartei.PDS in den neuen Bundesländern noch an Stärke gewonnen. Dort ist sie auf absehbare Zeit fest verwurzelt. Ein Teil der heutigen DGB-Führung will mit Hilfe der beiden Parteien Druck auf die Große Koalition ausüben, auch wenn diese Haltung im DGB umstritten ist.³⁷ Die Zukunft der WASG als Westflügel der vereinigten Partei ist ungewiss. Innerparteiliche und programmatische Spannungen und extremistische Strömungen machen ihre Lage prekär.

Auch wenn die extremistischsten Elemente der neuen Partei nicht beitreten, bleibt die Kommunikation zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden problematisch. Ob die dialektischen Qualitäten Lafontaines und Gysis ausreichen, um künftige ideolo-

gische Konflikte beizulegen, bleibt abzuwarten.³⁸ Die neue Partei hat die Chance, sich bei Wahlen im Westen zu etablieren. Dies gilt für die kommunale wie auch für die Landesebene, z.B. in Bremen und im Saarland. Diese „Bünd-

niskonstruktion“ ist heute sehr fragil. Aber zum ersten Mal in der Geschichte hat ein Akteur links von der SPD die Chance, sich auf Dauer im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren.

Anmerkungen

¹ Siehe: <http://www.w-asg.de>.

² Aus Gründen der Klarheit benutzen wir für die umbenannte PDS die Bezeichnung Linkspartei.PDS.

³ Neu, Viola: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Wahlanalyse, Berlin Mai 2005, in: www.kas.de/7_dokument_dok_pdf_6693_1.pdf.

⁴ Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG, in: http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1.

⁵ Moreau, Patrick/Schorpp-Grabiak, Rita: „Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit“. Die PDS – Eine Bestandsaufnahme, Baden-Baden 2002, Kapitel „An der Peripherie der PDS“, Zeitschrift „Sozialismus“ und die Memorandum Gruppe, S.140–146; siehe auch <http://www.memo.uni-bremen.de> und <http://www.sozialismus.de/socialist>.

⁶ Bezüglich der Daten und Umfrageergebnisse vgl.: Infratest DIMAP, WahlREPORT. Bundestagswahl 2005, Berlin 2005.

⁷ Händel, Thomas: Die Organisation & die Finanzen der WASG 2005/2006, Manuskript, 30. April 2006.

⁸ 2005 war die WASG rapide gewachsen. Am 15. Juni 2005 hatte sie nur 7.403 Mitglieder.

⁹ Die Angaben der West-Landesverbände der Linkspartei.PDS für Ende 2005 beinhalten auch die WASG-Mitglieder mit einer Doppelmemberschaft. Deren Zahl ist nicht bekannt.

¹⁰ Auf der WASG-Liste traten auch Kandidaten der Linkspartei.PDS an.

¹¹ Grundpositionen, in: <http://www.w-asg.de/1130.html>.

¹² Siehe: <http://www.linkspartei-stuttgart.de/termine.html> (Stand 20. April 2006).

¹³ 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei. PDS. Kooperationsabkommen III. Beschluss der 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS, in: [\[ten.de/partei/parteitag/pt0903/view_html?zid=31184&bs=1&n=27\]\(http://www.w-asg.de/partei/parteitag/pt0903/view_html?zid=31184&bs=1&n=27\).](http://sozialis-</p>
</div>
<div data-bbox=)

¹⁴ Vgl. die Parteitagreden von Klaus Ernst und Oskar Lafontaine und das Grußwort von Katja Kipping, Tonbandaufnahme.

¹⁵ Leitantrag zum Bundesparteitag der WASG. Beschlossen am 29.04.2006 in Ludwigshafen, in: <http://parteitag.w-asg.de/uploads/media/20060430-leitantrag.pdf>.

¹⁶ Initiativantrag zum Parteibildungsprozess und Konkurrenzmandaturen. Beschlossen am 29.04.2006 in Ludwigshafen, in: http://parteitag.w-asg.de/uploads/media/2006_0430-beschluss_konkurrenzmandaturen.pdf.

¹⁷ Sie gelten auf Grund ihrer Arbeit für die Zeitschrift Sozialismus, ihren Verbindungen zur Rosa-Luxemburg-Stiftung und zur Linkspartei als intellektuelle Brücke zwischen den Gewerkschaftsflügeln beider Parteien und weiteren außerparlamentarischen Bewegungen. Schließlich kündigte Bischoff an, ein „Netzwerk linke Alternativen“ in der WASG zu gründen; siehe: <http://www.netzwerk-linke-alternativen.de/13.html>.

¹⁸ Siehe: Die Antragsblöcke, in: parteitag.w-asg.de/594.html.

¹⁹ Ulrich Maurer war seit dem 10. April 1980 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg und von 1992 bis 2001 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er wurde am 1. Juli 2005 Mitglied der WASG.

²⁰ Klaus Ernst: Gewerkschaftssekretär (1985 bis 1995), zuständig für Organisation, Bildungsarbeit und Sozialpläne. 1995 wurde Ernst in Schweinfurt zum IG-Metall-Bevollmächtigten gewählt, Mitglied der SPD 1974–2005.

²¹ Tonbandaufnahme.

²² Vgl.: Lafontaine, Oskar: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005.

²³ Mönig-Raane, Margret: Wir haben gute Chancen, dass wir in einem Jahr den gesetzlichen Mindestlohn haben. Diskussionsbeitrag der stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, in:

- http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt1001/view_html?zid=32584&bs=1&n=22.
- ²⁴ Siehe: 2. Außerordentliche Tagung des 8. Parteitages der PDS, http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt08at2/view_html?zid=28698&bs=1&n=0.
- ²⁵ Das Programm der PDS, in: <http://sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm>.
- ²⁶ Siehe: http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt1001/view_html?zid=32677&bs=1&n=38.
- ²⁷ Die Alterstruktur der PDS (Stand 2003): unter 20 Jahre: 0,5%, 20 bis 25 Jahre: 1,4%; 25 bis 30 Jahre: 1,4%; 30 bis 40 Jahre: 3,9%; 40 bis 50 Jahre: 12,4%; 50 bis 60 Jahre: 12,8%; 60 bis 65 Jahre: 8,0%; über 65 Jahre: 59,6%.
- ²⁸ Siehe: <http://sozialisten.de/partei/daten/statistiken/struktur.htm>.
- ²⁹ Siehe: www.katja-kipping.de.
- ³⁰ Siehe: <http://sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/index.htm>.
- ³¹ Siehe: <http://www.solid-web.de>.
- ³² Zur Struktur der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Ländern siehe: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=stiftungsverbund>.
- ³³ Siehe http://sozialisten.de/partei/daten/finanzen/plan2005/finanzplan2005_pvpdf.
- ³⁴ Bisky, Lothar: Für eine politikfähige neue Linke. Rede des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS auf der 1. Tagung des 10. Parteitages in Halle, in: http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt1001/view_html?zid=32578&bs=1&n=20.
- ³⁵ Gysi, Gregor: Die Vereinigung gelingt, wenn diese neue Partei auch Erotik ausstrahlt. Rede des Vorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, in: http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt1001/view_html?zid=32610&bs=1&n=30.
- ³⁶ Was ist die Linke? Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin, Manuskript 2006.
- ³⁷ Wechsel mit Nebenwirkung, in: Focus, 19/2006, S.54ff.
- ³⁸ Siehe: Brie, André: Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Michael Brie (Hg.), Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005.

Public-Private-Partnership: Die Lösung für Kommunen?

Stefan Ebner

1. Einführung

Wer kennt sie nicht, die Nachrichten von der Trockenlegung der Schwimmbäcken im städtischen Freibad oder von der Schließung einzelner Abteilungen in den Krankenhäusern? Die Ursache hierfür ist die angespannte Finanzlage der Kommunen, die meist von den Bürgern deutlicher wahrgenommen wird als die leeren Kassen der Länder und des Bundes, weil sie im Alltagsleben oft unmittelbar spürbar oder sichtbar ist.

Die Anzahl an Möglichkeiten, auf finanzielle Engpässe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten reagieren zu können, ist für Kommunen jedoch begrenzt. Zwar steht ihnen nach dem Grundgesetz eine wirtschaftsbezogene Steuerquelle mit Hebesatzrecht zu, die sich in den beiden Realsteuern, der Gewerbe- und der Grundsteuer, wieder findet. Allerdings würde ein permanenter Anstieg der Hebesätze der Attraktivität einer Gemeinde als Investi-

tionsstandort schaden, sodass der Ausweitung der Einnahmen Grenzen gesetzt sind. Zudem haben sich die Möglichkeiten der Kreditaufnahme auch zunehmend verringert. Auf der Ausgabe Seite ist der Spielraum ebenso beschränkt, da die meisten Summen für gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben ausgegeben werden müssen und freiwillig erbrachte Leistungen in den meisten Kommunen bereits auf ein Minimum gekürzt wurden. Bei den Pflichtaufgaben stellt sich hinsichtlich ihrer Erfüllung also nicht die Frage nach dem „ob“, sondern nach dem „wie“, d.h. es sind alternative, effiziente und auch kreative Lösungsansätze gefragt, die eine ordnungsgemäße Bereitstellung kommunaler Aufgaben trotz leerer Kassen ermöglichen.

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder der Begriff der Public Private Partnership (PPP) auf, der eine Einbindung des Privatsektors in die öffentliche Aufgabenerfüllung des Bundes, der Länder und der Kommunen

beschreibt. Der folgende Beitrag soll einen Überblick geben, was PPP ist, wie PPP funktioniert, welche Erfahrungen bis zum heutigen Zeitpunkt mit PPP gemacht wurden und abschließend einen Ausblick geben, wobei sich die Ausführungen auf PPPs in Kommunen reduzieren.

2. Begriffsbestimmungen

Bei PPPs handelt es sich im Wesentlichen um Kooperationen zwischen dem staatlichen und privaten Sektor. Allerdings ist dieses Phänomen nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert arbeitete die öffentliche Hand mit der Privatwirtschaft beim preußischen Eisenbahnbau¹ zusammen. Grundsätzlich bezeichnen PPPs das längerfristige, prozessorientierte, freiwillige und vertraglich geregelte Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor, um komplementäre und konvergierende Ziele bei gleichzeitiger Nutzung von Synergiepotenzialen und Wahrung der Identität bzw. Verantwortung der Partner zu verfolgen.

Auf den wirtschaftlichen Bereich bezogen und damit im engeren Sinne stellt PPP die Kooperation „von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei der Planung, der Erstellung, der Finanzierung, dem Betreiben oder der Verwertung von bislang staatlich erbrachten öffentlichen Leistungen“² dar, mit dem Ziel, öffentliche Aufgaben wirtschaftlich besser als bisher durchzuführen, d.h. den Einsatz der öffentlichen und privaten Ressourcen im Rahmen des Projektes zu optimieren. Charakteristisch für PPPs ist der Lebenszyklusansatz. Der Private ist eben nicht nur für Einzelbereiche zuständig wie z.B.

die Finanzierung, sondern für die Vorbereitung, die Planung, Sanierung, Neuerstellung, Betrieb und ggf. für die anschließende Verwertung verantwortlich.

PPP kann in verschiedenen Erscheinungsformen auftauchen. Anwendungsgebiete für PPP sind z.B. Verkehr (Straße, Schiene, Wasser), Verwaltung (Rathäuser, Finanzämter, Ministerien), Bildung (Schulen, Hochschulen, Kindergärten), Versorgung (Energie, Wasser, Luft) sowie Freizeit und Kultur (Sportstätten, Theater, Museen). Nach einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik³ fallen unter den kommunalen PPP-Projekten ca. ein Drittel in den Bereich „Schule“, gefolgt von den Bereichen „Sport, Freizeit, Touristik, Stadthalle“ (28%) und „Verwaltungsbau, Liegenschaften“ (11%).

Doch wie grenzt sich PPP ab? PPP umfasst sämtliche Projekte, die zwischen der reinen Eigenerledigung des öffentlichen Sektors auf der einen Seite und der vollständigen Privatisierung auf der anderen Seite liegen. Von einer PPP ist im Zusammenhang mit der Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor der Begriff der Privatisierung und der Privatsektorbeteiligung zu unterscheiden.⁴ Der Begriff Privatisierung als Neuordnung staatlichen Handelns bei gleichzeitiger Einbindung privater Wirtschaftssubjekte lässt sich aufteilen in:

- die formale Privatisierung, bei der Verwaltungseinheiten in Gesellschaften mit privater Rechtsform und Managementstruktur umgewandelt werden und der öffentliche Sektor aber alleiniger Eigentümer bleibt;

- die funktionale Privatisierung, bei der öffentliche Aufgaben und Leistungen auf Dauer oder für einen festgelegten Zeitraum an die Privatwirtschaft übergeben werden
- sowie die materielle Privatisierung, wenn es sich um öffentliche Betriebseinheiten handelt.

Als Privatsektorbeteiligung wird die Einbindung der Privatwirtschaft in die Erfüllung delegierbarer staatlicher Aufgaben verstanden. Durch Auslagerungen an den Privatsektor sollen Effizienzpotenziale genutzt werden. Allerdings existiert bis jetzt noch keine eindeutige und abgrenzungsscharfe Definition dieses Begriffs.

3. Motive für PPP

Das Interesse an PPP-Projekten, die in den USA und in Großbritannien deutlich weiter verbreitet sind als in Deutschland, ist besonders seit der Finanznot der Kommunen stark gestiegen, unter der die Investitionstätigkeit der Kommunen leidet. Dennoch sind trotz der angespannten Haushaltslage unvermeidbare Modernisierungs- und Sanierungsinvestitionen zu leisten. Durch PPP-Projekte können Einsparpotenziale realisiert werden, die zur Entlastung der Haushalte beitragen. Zudem erscheint es sinnvoll, wenn durch eine zunehmende Komplexität in vielen Bereichen des Alltags auf privatwirtschaftliches Know-how zurückgegriffen wird, das der Staat alleine nicht mehr bereitstellen kann. Außerdem führen die leeren kommunalen Kassen auch zu Personalabbau und damit zu Kapazitätsbeschränkungen, so dass bestimmte Aufgaben personell nicht mehr erledigt werden können.

Ein weiteres Motiv für gestiegenes Interesse an PPP ist im zunehmenden Wettbewerb der Kommunen um Wirtschaftsbetriebe, Wohnbevölkerung oder Touristen zu sehen. Ein besseres öffentliches Leistungsangebot – unterstützt oder ermöglicht durch PPP-Projekte – kann deshalb zu Standortvorteilen für die jeweilige Kommune führen. Und schließlich begünstigt auch ein sich wandelndes Staatsverständnis das Interesse an PPP-Projekten. Das Bild vom Vater Staat, der zu jeder Zeit für alles zuständig ist, weicht zunehmend einer vom Subsidiaritätsgedanken geprägten Vorstellung, wonach dieser sich verstärkt auf seine Kernkompetenzen konzentriert und durch die Übertragung von Verantwortung an den Bürger mehr Eigeninitiative des Einzelnen ermöglicht, aber auch einfordert.

Allerdings ist die Verbreitung von PPP bis jetzt v.a. auf Großstädte beschränkt. In über 75% der Kommunen – überwiegend kleinere Gemeinden – gibt es keine PPP-Projekte bzw. PPP-Projektabsichten, weil entweder der Bedarf nicht gegeben ist oder die fehlende Erfahrung davon abhält. Deshalb ist es unerlässlich, vor der Realisierung eines Projekts als PPP eine genaue Wirtschaftlichkeitsuntersuchung unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen durchzuführen.

4. Der PPP-Beschaffungsprozess

Zwischen dem Beginn der Planung und der Vertragsbeendigung eines PPP-Projekts liegen zahlreiche Schritte. Dieser sogenannte Beschaffungsprozess gliedert sich in mehrere Phasen⁵, die im Folgenden beschrieben und anhand eines typischen Beispiels aus der Praxis –

die Sanierung einer Schule mit Verwaltung, Reinigung und Instandhaltung (Facility Management) – verständlich gemacht werden sollen.

In der ersten Phase müssen von der öffentlichen Hand Ziele und Vorstellungen klar definiert werden. Im Beispielfall ist dies die notwendig gewordene Sanierung der Schule. Anschließend sind sämtliche Realisierungskonzepte zu ermitteln und nach bestimmten Kriterien – rechtliche, technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit – zu selektieren. Im genannten Fall besteht nur die Möglichkeit der Fremdfinanzierung, da die Kommune nicht über ausreichend Mittel verfügt, die Sanierung selbst zu finanzieren. Deshalb stehen zwei Lösungsansätze zur Wahl: Die Finanzierung über Kredite sowie die anschließende Eigendurchführung der Sanierung auf der einen Seite und eine PPP-Lösung auf der anderen Seite. Durch eine Kosten-Nutzen-Analyse im sogenannten PPP-Eignungstest lässt sich eine erste Prognose abgeben, ob die PPP-Lösung vorteilhaft sein kann.

Ist dies der Fall, sind in der zweiten Phase die Alternativen hinsichtlich der rechtlichen Umsetzung und der Finanzierungsfähigkeit genauer zu untersuchen. Der Vergleich der alternativen Modelle erfolgt im sogenannten PPP-Beschaffungsvariantenvergleich, bei dem eine Gegenüberstellung der Modelle unter Beachtung aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen die wirtschaftlich vorteilhafte Lösung bestimmen soll. Dabei spielt die Kalkulation von Transaktions-, Finanzierungs- und Risikokosten eine entscheidende Rolle. Im genannten Beispiel würde der private Partner bspw. ein monatliches oder jährliches

Entgelt von der Kommune als Gegenleistung für die im Zusammenhang mit der Schulsanierung übernommenen Betriebs- und Investitionskosten, für das übertragene Risiko und den Gewinn erhalten. Durch den Lebenszyklusansatz des PPP-Modells ist es dem öffentlichen Auftraggeber zudem möglich, sämtliche Folgekosten genauer abzuschätzen und Preise, Standards und Verantwortlichkeiten frühzeitig vertraglich zu vereinbaren. Im kommunalen Haushalt werden schließlich erste Rahmenbedingungen für das vorgesehene PPP-Konzept geschaffen.

In der dritten Phase wird über eine Ausschreibung und einen Vergabeprozess, der gleichzeitig unter den Bietern einen Wettbewerb um den Zuschlag zur Sanierung ermöglichen soll, das Angebot mit dem günstigsten Kosten-Nutzen-Verhältnis festgestellt. Anschließend wird in einem Vertrag die genaue Leistungsaufteilung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem privaten Auftragnehmer festgehalten. Der Vertrag muss dabei in seiner Struktur dem jeweiligen Einzelfall angepasst werden. Nach ausführlicher Auswertung und der endgültigen Feststellung der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit des PPP-Projekts im sogenannten PPP-Wirtschaftlichkeitsnachweis – hier werden die Berechnungen auf der Basis von konkreten Angeboten durchgeführt – wird der Zuschlag für die Schulsanierung erteilt.

In der vierten Phase erfolgt die Realisierung des Projekts bei gleichzeitiger Erfüllung aller Vertragsbedingungen der Beteiligten, d.h. die Umsetzung der Sanierung und des Facility Managements durch den privaten Auftragnehmer. Hierfür erfolgt eine ständige Kon-

trolle und Bewertung der erbrachten Leistungen sowie Überwachungen hinsichtlich der Zielerfüllung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit. Zudem werden im kommunalen Haushalt die jeweiligen Entgelte für den privaten Auftragnehmer veranschlagt.

In der abschließenden fünften Phase wird über die weitere sinnvolle Verwendung des Vertragsobjekts – im konkreten Fall das Schulgebäude – nach Vertragsablauf entschieden.

5. Erkenntnisse und Erfahrungen

Erfahrungen zeigen, dass PPP-Projekte Effizienzsteigerungen von bis zu 15% ermöglichen. Diese basieren auf unterschiedlichen Gründen:

- Erkenntnisse aus deutschen PPP-Hochbauprojekten belegen, dass Modelle mit PPP-Elementen teilweise zu erheblichen Einsparungen bei den Baukosten im Vergleich zur konventionellen Realisierung führen. Dabei wachsen die prozentualen Einsparungen mit steigendem Auftragsvolumen. Während z.B. bei geplanten Baukosten i.H.v. bis zu 5 Mio. Euro die ursprüngliche Höhe bis zu ca. 13% unterschritten wird, können bei Baukosten i.H.v. über 50 Mio. Euro Einsparungen bis zu 25% erzielt werden. Als Ursache für die Preisunterschreitungen wurden laut einer Umfrage das Eigeninteresse des Privaten an optimierten Kosten (34%), eine andere Beschaffung von Leistungen durch Private (27%) sowie ein konjunkturell bedingter Preisrückgang (23%) als Hauptgründe genannt. Konventionelle Realisierungen sind hingegen geprägt durch

eine separate Vergabe von Teilaufgaben, die einer ganzheitlichen Betrachtung i.S.d. Lebenszyklusprinzips entgegenstehen. Zahlreiche Schnittstellen bei den einzelnen Leistungen der beteiligten Unternehmen, die zu Kosteneinsparungen führen könnten, werden so nicht erkannt. Eine Optimierung von Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb als einheitlicher Prozess ist dadurch kaum möglich.

- Effizienzgewinne werden im öffentlichen Hochbau nicht nur durch Baukosteneinsparungen, sondern auch durch Bauzeitverkürzungen erreicht. Belastungen, z.B. durch Bauzwischenfinanzierungskosten, veranlassen den privaten Auftragnehmer zur raschen Durchführung und Übergabe des Projekts. Erfahrungen belegen eine Bauzeitverkürzung zwischen sechs und zwölf Monaten.
- Die Vorteilhaftigkeit eines PPP-Projekts gegenüber einem konventionellen Model lässt sich v.a. dann feststellen, wenn den privaten Akteuren statt vorgegebener und einengender Vorgaben ein ausreichend großer Gestaltungsspielraum für Entscheidungen gewährt wird. Nur so ist es möglich, die Innovationskraft des Marktes zu nutzen, da durch die permanente Suche nach neuen Ideen Wettbewerbsvorteile und damit verbundene Effizienzgewinne erzielt werden können.
- Die effiziente Risikoverteilung ist entscheidend für den Erfolg des Projekts. Der Risikotransfer erfolgt so, dass derjenige, der am besten mit dem Risiko umgehen kann – also die Eintrittswahrscheinlichkeit und damit die Risikokosten minimieren kann – dieses übernimmt. Eine Übertragung auf den privaten Sektor

macht folglich nur dann Sinn, wenn dieser geringere Kosten der Risikoübernahme zu tragen hat, z.B. durch besseres Know-how und langjährige Erfahrungen. Vom privaten Sektor werden Risiken übernommen, die sich z.B. durch Bauplanung, Baukosten, Fertigstellungstermin etc. ergeben können. Risiken, die nicht durch eine Übertragung auf den privaten Auftragnehmer übertragen werden können, werden hingegen vom öffentlichen Sektor zurückbehalten wie z.B. Risiken auf Grund von Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren oder durch nachträgliche Änderungen.

Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Beteiligung des Mittelstands an der Umsetzung von PPP's relativ hoch ist. Eine Umfrage zeigt, dass zwischen 1996 und 2003 von 44 PPP-Projekten in Ländern und Kommunen 66% unter der Beteiligung mittelständischer Bauunternehmen durchgeführt wurden. Zudem scheinen diverse Umfragen über den Einsatz von Billiglohnarbeitern oder über die Einhaltung des Tarifreuegesetzes die Befürchtungen von Preis- und Lohndumping bei PPP-Projekten nicht zu bestätigen. Dennoch ist es dem Mittelstand auf Grund der schwachen Eigenkapitalausstattung und der Fremdkapitalabhängigkeit oft aber nicht möglich, langfristige Risiken zu übernehmen, sodass der Beteiligung an PPP-Projekten dennoch Grenzen gesetzt sind.

6. Ausblick

Laut Deutschem Institut für Urbanistik beträgt der Investitionsbedarf deutscher Kommunen für den Zeitraum

2000 bis 2009 über 686 Mrd. Euro⁶ und steht einem gegenwärtigen Investitionsvolumen von ca. 22 Mrd. Euro entgegen. Dieser Investitionsstau legt die Vermutung nahe, dass PPPs zukünftig eine verstärkte Rolle bei der Sicherstellung kommunaler Aufgaben zukommen wird, die auf konventionellem Wege alleine nicht mehr umzusetzen sind. Bestätigt wird diese Prognose durch eine weitere Difu-Umfrage: Während PPP zum heutigen Zeitpunkt noch in keinem kommunalen Bereich eine besondere Rolle spielt, wird aber dennoch von den befragten Kommunen eine steigende Bedeutung von PPP gesehen. 24% der Städte und Gemeinden rechnen damit, dass in Zukunft im Bereich Sport PPP an Bedeutung gewinnen wird. 18,3% nennen den schulischen und 16,8% den kulturellen Bereich. 28,5% der befragten Landkreise sind der Überzeugung, dass PPP in Schulen eine größere Bedeutung spielen wird. 15,5% nennen Krankenhäuser und 14,6% den Bereich Umwelt.

Allerdings ist PPP nicht als Patentrezept für Kommunen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu verstehen. Wie zuvor erwähnt ist in mehreren Schritten die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des PPP-Modells zweifelsfrei festzustellen, da sonst der konventionellen Lösung der Vorrang zu geben ist, um wirtschaftlichen Schaden von der Kommune abzuwenden. Außerdem sind zahlreiche juristische Aspekte zu betrachten, die z.B. das Kommunalrecht, das Vergaberecht, das Steuerrecht, das Recht der öffentlichen Förderung, das Arbeitsrecht und vertragsrechtliche Grundlagen betreffen.

Daneben zeigt aber auch der Lebenszyklusansatz Nachteile auf, wenn pro-

jektimmanente Risiken über einen langen Zeitraum übernommen werden müssen, oder wenn eine Einrichtung während der Vertragslaufzeit überflüssig wird, z.B. eine Schule in einem ländlich geprägten Raum, der auf Grund der demografischen Entwicklung die Schüler fern bleiben.

PPP ist also keinesfalls in allen, sondern nur in bestimmten Fällen eine Lösung für Kommunen. Die Kunst der Verantwortlichen wird deshalb sein, das Pro und Contra eines PPP-Modells gegenüber konventionellen Lösungen abzuwägen, um den optimalen Nutzen für

die eigene Kommune zu erzielen. Mittel- und langfristig werden im Wettkampf der Regionen diejenigen überlegen sein, die PPPs aufgeschlossener gegenüberstehen.

Möglicherweise steigt aber die Bedeutung von PPP und Privatisierungen im Allgemeinen in naher Zukunft schneller als erwartet. Durch zahlreiche und lang andauernde Streiks im öffentlichen Dienst wird es für Kommunen immer attraktiver, den Einfluss von Gewerkschaften durch Privatisierungen oder Kooperationen mit dem privaten Sektor zu verringern.

Anmerkungen

- ¹ Stehlin, Volker/Gebhardt, Georg: Public Private Partnership – ein Modell für Kommunen?, o.O. 2005.
- ² Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Prozessleitfaden Public Private Partnership, o.O. 2003, S.9.
- ³ Deutsches Institut für Urbanistik: Public Private Partnership Projekte – Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern

- und Kommunen, Endbericht, Berlin 2005.
- ⁴ Weber, Martin/Schäfer, Michael/Hausmann, Friedrich: Praxishandbuch Private Public Partnership, München 2005, S.2f.
- ⁵ PriceWaterhouseCoopers et al.: PPP im öffentlichen Hochbau, Band IV, Berlin 2003.
- ⁶ Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Kommunaler Investitionsbedarf bis 2009, in: Difu-Berichte, 3/2001, S.6–7.

Weitere Literaturangaben

Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Public Private Partnership im Hochbau. Vertragsrechtliche Aspekte am Beispiel von PPP-Schulprojekten, Düsseldorf 2005.

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Public Private Partnership zur Realisierung öffentlicher Baumaßnahmen in Bayern, Teil 1 Grundlagen, o.O. 2005.

Das aktuelle Buch

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Koordination: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland: Zur Diskussion gestellt: Bilanz der Bundestagswahl 2005, München 2006, 344 Seiten, kostenfrei.

Das Jahr 2005 brachte das Ende der rot-grünen Bundesregierung und vorgezogene Neuwahlen des Bundestages. Daraus entstand eine Große Koalition, die knapp ein Jahr nach der Wahl fest im Sattel sitzt und sich daranmacht, die anstehenden Reformen anzupacken. Aber viele Entwicklungen dieses spannenden Wahljahres geben noch immer Rätsel auf und werden wohl noch längere Zeit Stoff für weitere Analysen bieten. Als erstes Buch, das sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005 und dessen Folgen auseinander setzt, erschien vor kurzem bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein lesenswerter Sammelband. Unter der Koordination von Eckhard Jesse und Roland Sturm entstand dabei ein Werk, das wichtige Aspekte zum vertieften Verständnis des Wahlausganges verdeutlicht und darüber hinaus interessante Beiträge aufweist, die zum Nachdenken über die weitere Entwicklung der Parteiendemokratie in Deutschland anregen. Der Band, der auch im VS-Verlag in Wiesbaden erscheint, entstand auf der Basis zweier Konferenzen, die die Bayerische und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung kurz vor und kurz nach der Bundestagswahl in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen von Prof. Jesse und Prof. Sturm in Chemnitz und Erlangen durchgeführt hatten.

Das Buch, das als Ergebnis entstand, lässt den Schluss zu, dass diese Art von Kooperation sehr sinnvoll ist. Auf der einen Seite haben die Beiträge durchgängig hohes wissenschaftliches Niveau und werten eine Fülle von Material aus. Auf der anderen Seite merkt man dem Band an, dass er nicht für fachwissenschaftliche Nischendebatten geschrieben wurde, sondern dass er auch als Beitrag für die politische Diskussion gedacht ist, als „Brückenschlag“ zwischen Wissenschaft und Politik. Man muss den Autoren bestätigen, dass die Verbindung beider Ebenen sehr gut gelungen ist. Die Beiträge zeichnen sich durchweg durch klare Analysen und anschauliche Dar-

stellung aus – beides nicht die schlechtesten Elemente, um die letzte Bundestagswahl und ihr Umfeld besser verstehen zu lernen.

Im einleitenden Beitrag von Eckhard Jesse wird ein zentraler Trend deutlich, der durch diese Wahl akzentuiert wurde: Das deutsche Parteiensystem, das lange Zeit durch große Stabilität gekennzeichnet war, ist unsicherer geworden. Und gerade die vorgezogene Bundestagswahl 2005 hat wohl mehr Bewegung als je zuvor hinein gebracht. Jesse analysiert das Parteiensystem in Ost und West und kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass sich neue Koalitionsmöglichkeiten ergeben müssen. Insbesondere die Union müsse sich genauso um die Grünen bemühen wie die SPD. Die Entwicklung des Parteiensystems sei offener denn je – selbst klarere Forderungen nach einem Mehrheitswahlrecht schließt Jesse nicht aus. Dieter Roth und Andreas M. Wüst bewerten das Ergebnis der Bundestagswahl vorwiegend mit Daten der „Forschungsgruppe Wahlen“ und betonen vor allem die steigende Wechselbereitschaft der Wähler sowohl innerhalb eines politischen Lagers als auch über die politischen Lager hinweg. Die Bürger wollten zwar eine Veränderung, aber keine schwarz-gelbe Reformkoalition. Die große Koalition habe, so Roth und Wüst, durchaus den Präferenzen der Bürger entsprochen. Die zentralen Gründe für die Abwahl von Rot-Grün ergeben sich aus Roland Sturms Artikel; er zieht eine Bilanz in zentralen Politikfeldern. Dort sei, so Sturm, zu meist Stimmungspolitik betrieben worden, die den Realitäten nicht gerecht wurde – „Gute-Laune-Politik“ schien wichtiger als Problemlösung. Dies wird exemplarisch gezeigt anhand der Haushaltskrise, der Krise auf dem Arbeitsmarkt und der Krise der Sozialsysteme – nirgendwo war ein konzeptioneller Neubeginn auszumachen.

Warum wurde dann die amtierende Bundesregierung nicht durch die schwarz-gelbe Gegenkoalition abgelöst, die lange Zeit wie der sichere Sieger aussah? Gerhard Hirscher erklärt in seinem Artikel, dass trotz der Koalitionsaussage der FDP eine bürgerliche Mehrheit keineswegs sicher war, ja, dass eine solche Mehrheit auch künftig in Deutschland schwieriger zu etablieren sein wird als früher. Dies liegt nicht nur am Erfolg der Linkspartei; CDU



und CSU haben sich schwer getan, sich als Volkspartei, als Vertreter der „kleinen Leute“ und gleichzeitig als marktwirtschaftliche Reformpartei zu präsentieren. Oskar Niedermayer analysiert SPD und Grüne auf ihrem Weg zur Bundestagswahl und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass nicht erst die Agenda 2010 zu einer Serie von Niederlagen bei den Landtagswahlen und zur Abwahl von Rot-Grün führte. Die SPD habe sich nach 1998 im Sozialstaatskonflikt nicht rechtzeitig neu positionieren und dies ihrer Anhängerschaft glaubwürdig vermitteln können. Die Grünen konnten sich vom Negativtrend der SPD abkoppeln – nicht zuletzt, weil ihre Wählerklientel von den Sozialreformen weniger betroffen war als die der SPD und weil sie sich auf „Wohlfühlministerien“ konzentrieren konnten. Aber weil die ökonomische Konfliktdimension die Wahl entschieden hat, hat ihnen das letztlich nicht geholfen. Diese Verortungsprobleme der SPD haben auch noch zur Aufschwung der WASG geführt, die sich mit der PDS rechtzeitig vor der Wahl auf eine gemeinsame Liste einigen konnte. Uwe Backes erläutert in seinem Beitrag, wieso die Linkspartei im Gegensatz zu den Rechts-Außen-Parteien aus dem Stand zu einem guten Wahlergebnis kam. Die Verbindung aus PDS-Strukturen des Ostens mit altlinken Gruppen im Westen (unterstützt von K-Gruppen wie auch Gewerkschaften oder Attac) könnte die Partei im Bundestag halten, sofern sie nicht auseinander fällt. Dann könnte sich in Deutschland fürs Erste ein Fünfparteiensystem etablieren – mit allen Konsequenzen für die möglichen Mehrheiten.

Auch die restlichen Beiträge des Bandes behandeln wichtige Themen im Umfeld der Wahl: Heinrich Pehle legt die Problematik der vorgezogenen Bundestagswahl im Licht der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts dar. Mario Paul unternimmt den Versuch, angesichts des überraschenden Wahlausgangs zu einem neuen integrativen Erklärungsmodell des Wahlverhaltens zu kommen. Everhard Holtmann verdeutlicht – durchaus im Widerspruch zu einigen modischen Ansätzen der letzten Jahre –, dass auch nach der Bundestagswahl der größte Teil der Repräsentation

des Volkes durch die Volksparteien von staten gehen und die Identifikation mit den Volksparteien groß bleiben wird. Allerdings werde eine erneuerbare Parteibindung nicht mehr „milieugestützt“ sein können, sondern „kompetenzbasiert“ sein müssen. Sabine Kropp analysiert die Rolle des Föderalismus und insbesondere des Bundesrates und kommt zu dem Resultat, dass auch unter dem Gesichtspunkt der Reformfähigkeit ein Umbau des deutschen föderalen Systems unabdingbar ist. Frank Decker zeigt, dass die hohe Volatilität bei Landtagswahlen vor allem dem Umstand geschuldet ist, dass mehr Bürger diese als Instrument nutzen, die jeweilige Bundesregierung abzustrafen, und fordert im Gegenzug eine Ausweitung direktdemokratischer Mitwirkung. Ludger Helms zeigt die Stabilität des deutschen Parteiensystems in internationaler Perspektive auf und unterstreicht, wie wenig es – trotz mancher Kommentare – mit dem in Ländern wie den USA, Großbritannien oder Italien zu vergleichen ist. Heinrich Pehle konstatiert, dass das System der Parteienfinanzierung auch bei dieser Bundestagswahl zu einem fairen Wettbewerb geführt hat, und Florian Hartleb legt dar, inwieweit es nach wie vor problematisch wäre, unser Land als „Berliner Republik“ zu titulieren. Abschließend umreißt Roland Sturm die Aufgaben, die vor der Großen Koalition liegen und ist – trotz des kurzen Zeitkorridors – verhalten optimistisch für deren Erfolgsaussichten.

Dieses Buch wird nicht das letzte sein, das sich mit der Bundestagswahl 2005 beschäftigt, aber es wird sicher auch im Rückblick als eines der besseren beurteilt werden. In (für wissenschaftliche Publikationen) kurzer Zeit wurden eine Fülle aussagefähiger Materialien und kluger Analysen zusammen getragen. Auch wenn darin nicht jede Frage erschöpfend behandelt werden kann, so ergeben sich in jedem Fall zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen. Politik, Wissenschaft, politische Bildung und Publizistik können gleichermaßen von der Lektüre profitieren.

Peter Witterauf

Buchbesprechungen

Opitz, Peter J./Herz, Dietmar (Hrsg.): Voegelin, Eric: Ordnung und Geschichte. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, 2002 bis 2005, 10 Bände, Seitenzahl und Preis pro Band unterschiedlich.

Angst vor krimineller Gewalt und Terrorismus, eine steigende Zahl von Umweltkatastrophen, allgemeine Ratlosigkeit in Politik und Wirtschaft – die Liste der Probleme, die zahlreiche Menschen auf unserer Welt bedrücken, ist lang. Das Leben in vielen Familien, an Schulen und Arbeitsplätzen, in der Gesellschaft insgesamt, scheint nicht mehr „in Ordnung“ zu sein. Umso wichtiger ist es, sich an Denker zu erinnern, die in vorbildhafter Weise untersucht haben, welche Maßstäbe für ein einigermaßen geglücktes menschliches Zusammenleben sich finden lassen, wenn man die überlieferten Quellen unserer und anderer Kulturen daraufhin untersucht.

Ein solcher Denker war Eric Voegelin (1901–1985), der nach seiner Flucht vor den Nationalsozialisten aus Wien in den USA wirkte und dort sein Hauptwerk „Order and History“ verfasste, das nun, nach fast fünfzigjähriger Verspätung, in deutscher Übersetzung vorliegt.

Die Gründe für diese Verspätung sind zahlreich. In erster Linie wäre die zwiespältige Aufnahme seiner Persönlichkeit und seines Werkes im deutschen Sprachraum zu nennen, insbesondere während seiner Münchner Zeit von 1958–1969. An die LMU berufen, um das Fach Politische Wissenschaft zu etablieren, stieß der eigenwillige Gelehrte zunächst auf das große Interesse einer ganzen Studentengeneration. Diese war fasziniert von der umfassenden Gelehrsamkeit, aber auch der polemischen Schärfe Voegelins, der in seinen Vorlesungen eine kritische Bestandsaufnahme des politischen Ist-Zustandes der Bundesrepublik Deutschland forderte, allerdings auf der Grundlage einer genau erarbeiteten philosophischen Anthropologie.

Hatte die Öffentlichkeit zunächst geglaubt, Voegelin sei nach seiner Antrittsvorlesung „Wissenschaft, Politik und Gnosis“ der christlich-konservativen Seite zuzuordnen, so passte seine scharfe Kirchenkritik anlässlich der wohl berühmtesten Vorlesung „Hitler und die Deutschen“ (1964) nicht in diese Wahrnehmung. Bei sehr vielen Intellektuellen wurde rasch eine pauschale Ablehnung der Voegelinischen Untersuchungen Mode, denn Voegel-

in schreckte auch vor einer grundsätzlichen Marxismus-Kritik nicht zurück, die besonders jene Zeitgenossen verübelten, die nicht einsehen wollten, dass brauner wie roter Totalitarismus durchaus vergleichbar sind.

So saß Voegelin zwischen den Stühlen des kulturellen Milieus. Als er 1969, in kulturrevolutionärer Zeit, als Emeritus von München wieder in die USA zurückging, schien er bald gründlich vergessen zu werden.

Die zehn Bände mit dem Titel „Ordnung und Geschichte“ (Herausgeber, Übersetzerinnen und Übersetzer haben ausgezeichnete Arbeit geleistet) können im begrenzten Rahmen dieser Rezension nur oberflächlich gewürdigt werden – auf die Fülle der in den letzten Jahren sprunghaft angestiegenen, wenn auch von einer breiteren deutschen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommenen Sekundärliteratur zu Voegelins Leben und Werk sei deshalb hingewiesen. Es ist vor allem das Verdienst des emeritierten Münchner Politologen Peter J. Opitz, die wissenschaftliche Beschäftigung mit Voegelin in Deutschland energisch angestoßen zu haben.

Eric Voegelins Philosophie der Politik und Geschichte verfolgte immer zwei Ziele: Zunächst galt es, die Ordnungsvorstellungen im menschlichen Bewusstsein von den Anfängen bis zur Gegenwart darzustellen, dann aber, aus ihnen abgeleitet, ethische Maßstäbe für ein vernünftiges und menschenwürdiges Verhalten des modernen Menschen zu gewinnen. Voegelin setzt bei den Grunderfahrungen menschlichen Welterlebens an: Gott und Mensch, Welt und Gesellschaft bilden eine ursprüngliche Gemeinschaft des Seins. Die Gemeinschaft mit ihrer Vierer-Struktur ist ein Datum menschlicher Erfahrung – und ist es auch wiederum nicht. Sie ist ein Datum von Erfahrung, insofern sie dem Menschen kraft seiner Partizipation am Geheimnis ihres Seins bekannt ist. Sie ist kein Datum von Erfahrung, insofern sie nicht nach Art eines Objektes der Außenwelt gegeben ist, sondern nur in der Perspektive der Partizipation an ihr erkannt werden kann.

Diese ersten Sätze der Einleitung zum 1. Band über den Alten Orient (Mesopotamien, Ägypten) lassen sozusagen das Voegelinische Interpretationsmuster seiner Geschichtsphilosophie erkennen: Er analysiert die Erfahrungen der Menschen, die in der Spannung zwischen Wissen und Nichtwissen stehend

den Sinn ihres Daseins in dieser Welt zu ergründen suchen.

Am Anfang der Geschichte stehen die von Voegelin so genannten „kosmologischen“ Erfahrungen einer Welt voller Götter, wie sie zum Beispiel die Menschen des Alten Orients verstanden. Israel brach mit diesem kosmologischen Ordnungsverständnis durch seinen Exodus aus der als unwahr und bedrückend erfahrenen ägyptischen Daseinsauslegung. Israel begründete so die historische Existenzform unter dem einen Gott, der sich dem Volk der Juden offenbarte und es durch Moses und die Propheten durch die Geschichte führte. Dieses spirituelle Erbe trat dann das Christentum an (Band 1–3 von „Ordnung und Geschichte“).

Der von Judentum und Christentum vollzogene „Sprung“ im Daseins- und damit immer auch Politik-Verständnis ereignete sich aber in ähnlicher Form auch im antiken Griechenland durch die Entwicklung der Philosophie. So ist etwa der seelische Vorgang, der in Platons „Höhlengleichnis“ dargestellt wird, wenn der Gefangene von der öden Unterhaltung durch die Schattenspiele an der Wand der Höhle befreit wird und seinen Weg zum Sonnenlicht der Wahrheit geht, vergleichbar mit dem Kampf der israelischen Propheten gegen den Rückfall des Volkes in den alten Götzendienst.

Freilich ist Platon, dessen Philosophie und Theologie im Mittelpunkt der Bände 4–7 über die hellenische Geisteswelt steht, nur eine Stimme in einem vielgestaltigen Denkprozess, der von Homer und Hesiod über Heraklit und Parmenides zu Aristoteles führt. Aber Platon ist der Philosoph, der für Voegelin der christlichen Mystik am nächsten kommt.

Die nach der Zeit an der Münchner Universität entstandenen letzten beiden Bände von „Order and History“ (hier Band 8–10) stellen insofern einen Bruch im ursprünglichen Programm Voegelins dar, als er mittels einer vertieften Bewusstseinsphilosophie den Zusammenhang der antiken Geschichte mit typischen Denk- und Verhaltensformen der Gegenwart noch einmal neu durcharbeitete. Weltreiche als verfehltete Ausbrüche, um geistiger Desorientierung zu entkommen, die Entwertung der menschlichen Existenz auf Erden durch den Gnostizismus, die Anziehungskraft der Magie – das sind nur einige Beispiele aus der ungläublichen Fülle der Darstellung.

Voegelins Philosophie der Geschichte und Politik blieb unvollendet. Nach seinem Tod erschien in den USA der letzte, schmale Band

mit dem Titel „Auf der Suche nach Ordnung“. Er zeugt vom meditativen Ringen um Gott und die Welt als der Grundlage eines verantwortlichen Menschseins. Voegelins Werk hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit abstrakter Ideengeschichte, sondern stellt im Grunde eine große Auseinandersetzung mit den verfehlten politisch-ideologischen Experimenten der neueren Geschichte dar.

Kann die deutschsprachige Öffentlichkeit es sich noch immer leisten, Leben und Werk Eric Voegelins zu übergehen?

Eberhard von Lochner

Rüger, Carolin: Aus der Traum? Der lange Weg zur EU-Verfassung. Marburg: Tectum Verlag, 2006, 134 Seiten, € 24,90.

Die beiden gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden Mitte 2005 über den am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU in Rom unterzeichneten „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ haben zu einer schweren Krise in EU-Europa geführt und die weitere Vertiefung des Integrationsprozesses in Frage gestellt. Während vorläufig die Regeln des Vertrages von Nizza weiter gelten, haben die Staats- und Regierungschefs eine „Denkpause“ verordnet, die paradoxerweise gerade dazu dienen soll, neue, konsensfähige und damit realisierbare Optionen für die Rettung bzw. Reformierung des Vertragswerkes zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund kommt die Studie der jungen Würzburger Politologin Carolin Rüger gerade zum rechten Zeitpunkt, um sich angesichts der Verfahrenheit der Situation ein klärendes Bild über die Genese, die bisherigen Schritte des Verfassungsgebungsprozesses und die kontroversiellen Aspekte des voluminösen Vertragswerkes zu verschaffen. Ohnehin haben vermutlich nicht alle, die sich in den vergangenen Monaten mehr oder weniger qualifiziert zum Verfassungsvertrag geäußert haben, diesen wirklich zur Kenntnis genommen und im Detail studiert.

Der mit leichter Feder geschriebene Essay beginnt mit einer historischen Rekonstruktion des Weges der europäischen Verfassung seit den Entwürfen Graf Coudenhove-Kalergis aus den frühen 1950er-Jahren, analysiert dann den EU-Verfassungskonvent sowie die Regierungskonferenz sowohl inhaltlich als auch organisationsstrukturell und verfahrenstechnisch, bevor er sich dem Vertragswerk selbst zuwendet und neben dessen neuralgischen

Punkten die Hürden des Ratifizierungsprozesses untersucht. Der Blickwinkel der Autorin ist zwar in erster Linie auf die deutsche Interessenslage gerichtet, es wird diese nationalstaatliche Perspektive jedoch politikwissenschaftlich sachgerecht in das Mosaik der europäischen Gesamtdimension eingeordnet.

In ihrer Analyse der Ursachen für das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden unterscheidet die Autorin präzise und überzeugend zwischen endogenen, länderspezifischen und exogenen, „europäischen“ bzw. europapolitischen Hintergründen – eine Vorgehensweise, die nützliche Anknüpfungspunkte für die aktuelle Diskussion um neue Wege und Lösungsstrategien liefert. Neben anderen Gründen sei vor allem ein „genereller und aktueller EU-Frust“ die Ursache für das „No“ der Franzosen bzw. das „Nee“ der Niederländer gewesen. „Die Bürgerinnen und Bürger sahen in den Referenden eine Chance ihrem Unmut über die EU Ausdruck zu verleihen. Dieser werden Bürokratie, Zentralismus, Geldverschwendung, Bürgerferne, Intransparenz und aktionistische Regelungswut angelastet.“

Wie geht es weiter? Ist der „Verfassungstraum“ nun also ausgeträumt? Carolin Rüger bietet zwar keine konkreten Lösungsstrategien oder Optionen in Richtung Rettung bzw. Reform des Verfassungsvertrages an, was der Studie in der gegenwärtigen Diskussionsphase zusätzliches Gewicht verschafft hätte, sie lässt aber unmissverständlich erkennen, dass sie ein endgültiges Scheitern des Vertragswerkes ungeachtet „aller legitimen Kritikpunkte“ als einen „eindeutigen Rückschritt“ empfindet. „Bleibt zu hoffen“, so ihre Quintessenz, „dass die Bergungsarbeiten gelingen oder zumindest Teile der Verfassung gerettet werden können.“

Reinhard C. Meier-Walser

BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände (Hrsg.): Bildungsbiografien und Berufskarrieren neu entwickeln. Für ein durchlässiges Bildungssystem, Reihe „Bildung schafft Zukunft“, Heft 10. Berlin, 2005, 24 Seiten, kostenfrei.

In der Reihe „Bildung schafft Zukunft“ sind bereits neun Bände zu wichtigen Reformthemen wie „Führungskraft Lehrer“, „Empfehlungen zur Weiterbildung“, „Zur Wissensgesellschaft und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen“, „Zur neuen Lehrerbildung und zur gestuften Studienstruktur Bachelor und Mas-

ter“, „Zur Reform der Studienfinanzierung“ und „Zur Selbstständigen Schule“ erschienen.

Heft zehn der Reihe geht von einer grundlegenden Kritik am deutschen Bildungssystem aus. Einige wichtige Kernsätze der Kritik sind: Das deutsche Bildungssystem denkt immer noch in überholten Kategorien. Im deutschen Bildungssystem sind immer noch Standesdünkel und Fixierungen auf Abschlüsse weit verbreitet. Die berufliche und akademische Ausbildung ist in Deutschland immer noch nicht miteinander verzahnt. Das deutsche Bildungssystem befindet sich keineswegs auf „Weltklassenniveau“ und ist international nicht konkurrenzfähig. Im deutschen Bildungssystem wird Kompetenzen weit weniger Bedeutung beigemessen als erworbenen Abschlüssen. Leider gibt es im deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystem einige Sackgassen und unnötige Abschottungen.

Besondere Herausforderungen für das deutsche Bildungssystem gehen von der demografischen Entwicklung, der weiteren Internationalisierung im Bildungswettbewerb (vgl. China, Indien, USA), der neuen Dynamik bei innovativen Entwicklungen und der zunehmenden Auflösung der Grenzen zwischen einzelnen Branchen aus. Das deutsche Bildungssystem ist für diese entscheidenden Herausforderungen noch nicht gerüstet.

Die Autoren haben die Kriterien für ein durchlässiges Bildungssystem in den Bereichen Schule, Hochschule und Berufliche Bildung in fünf Grundsatzpunkten zusammengefasst. Jeder Punkt wird erläutert und die Konsequenzen für Schule, Hochschule und Berufliche Bildung werden abgeleitet. Diese fünf Punkte sind für die Bildungsplanung und Bildungspolitik von zentraler Bedeutung und peilen als Perspektive das Jahr 2015 an. Von diesen fünf Punkten sollte eine Signalwirkung für die Öffentlichkeit ausgehen: Kompetenzen müssen künftig am Potenzial und am Bedarf ausgerichtet sein; Methoden und Lernorte müssen neu kombiniert werden; individuelle Bildungswege (Lern- und Bildungsbiografien) sind entscheidend; es müssen neue „Transparenzinstrumente“ geschaffen und neue „Leistungsanrechnungen“ ermöglicht werden; die Qualität des Lernens und Lehrens muss „Weltklassenniveau“ erreichen.

Die erste entscheidende Weichenstellung erfolgt bereits in der frühkindlichen Bildung und Erziehung. Die frühkindliche Förderung kann maßgeblich zur „Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem“ beitragen. Bildungswissen, Fachwissen und Le-

benswissen müssen enger verknüpft und aufeinander bezogen werden. Ziel der Bildung muss es sein, „ein kontextuelles Lernen zu gewährleisten“. Die vielfältigen Möglichkeiten der Kooperation unterschiedlicher Lernorte müssen flexibel genutzt werden und die Stärken der jeweiligen Partner sollten in den Mittelpunkt gestellt werden. Zentral ist die Dualität des Lernprozesses (Lernort und individueller Lerner). Lernen ist nahezu immer „individuelles Lernen“. Wichtig ist die Beachtung der individuellen Lern- und Bildungsbiografie in Kombination mit der Persönlichkeitsentwicklung. Lernen und Arbeiten wachsen in Zukunft immer stärker zusammen. Das Bildungssystem sollte daher verstärkt in „Lernmodulen und Qualifizierungsbausteinen“ organisiert sein. Eine wichtige Konsequenz ist die bessere Verzahnung zwischen dem Berufsbildungssystem und dem Hochschulsektor. Zur Steigerung der Durchlässigkeit und zur Verbesserung der Perspektiven, insbesondere für die Absolventen des Berufsschulsystems, müssen verschiedene Leistungspunktesysteme kompatibel sein, Module aufeinander aufbauen und Qualifikationsrahmen ganzheitlich gedacht und entwickelt werden. Einer der Schlüssel für mehr Durchlässigkeit ist die Qualitätssicherung auf hohem Niveau. An dieser Stelle werden die neuen Zertifizierungen und Akkreditierungsverfahren erwähnt. In den Hochschulen sind interne und externe Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Evaluation und Akkreditierung wichtig. Alle hochschulischen Aktivitäten müssen in den Evaluationsprozess einbezogen und kontinuierlich zur Verbesserung der Qualität und zur Ressourcensteuerung benutzt werden.

Gottfried Kleinschmidt

Kellermann, Kerstin: Politik und Spiritualität. Auf der Suche nach einer friedliebenden Freiheit. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2005, 320 Seiten, € 30,00.

Demokratie ist nicht allein auf demokratische Institutionen angewiesen, sondern ebenso auf demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger. Das ist eine Einsicht, die angesichts der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts unmittelbar einleuchtet. Welche Einstellungen im Blick auf die politische Ordnung vorherrschen, welche Politische Kultur also in einer Gesellschaft existiert, beschäftigt die politologische Forschung seit langem. Im weiteren Sinne gehört auch die durch ein Stipendium der Hanns-Seidel-Stiftung geförderte und mit dem Frauenförderpreis der Hochschule Vechta ausgezeichnete Dissertation von Kerstin

Kellermann in diesen Kontext. Wie der Untertitel ihrer Arbeit ausdrückt, geht es Kellermann um die Frage: Welche Bedingungen sind einer Politischen Kultur förderlich, die sich im Besonderen durch Friedfertigkeit und friedliebende Freiheit auszeichnet? Die Antwort sucht Kellermann zu finden, indem sie „die spirituellen Dimensionen des Politischen“ untersucht und es unternimmt, „die Unauslöschlichkeit von Seelendimensionen hinsichtlich ihrer Relevanz für Politische Kulturen und Identitäten aufzuzeigen“ (S. 11).

Damit geht Kellermann über herkömmliche Untersuchungen zur Politischen Kultur hinaus. Sie untersucht nicht mit sozialwissenschaftlichen Methoden Einstellungen zur Politik, sondern arbeitet zum Einen geisteswissenschaftlich und ideengeschichtlich. Zu ihren Gesprächspartnern gehören dabei u.a. Dolf Sternberger, Gerhard A. Ritter, Hannah Ahrendt, Karl Jaspers, Albert Camus, Eric Voegelin und Carl Schmitt. Zum Anderen versucht sie, Einstellungen und Motivationen auf letzte transzendente Gründe zurückzuführen. Damit freilich wird aus Kellermanns politologischer Fragestellung zunächst eine theologische, dann überschreitet sie auch diesen wissenschaftlichen Bezugsrahmen. Das ist im Kontext ihres Ansatzes konsequent, denn nach christlichem Verständnis, dem sie sich anschließt, ist Gott, der letzte Seinsgrund, unverfügbar. Für die Wissenschaft allzumal.

Die Verbindung von Spiritualität und verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen macht Kellermanns Arbeit zu einer anregenden Lektüre, wirft aber auch Fragen auf. Zunächst die, inwiefern eine „spirituelle“ Herangehensweise vereinbar ist mit dem Genre einer Dissertation. Kellermann selbst bemerkt dazu wissenschaftskritisch: „Zu vorschnell und zu bereitwillig bewegen wir uns noch in wirklichkeitsverfremdenden Wissenschaftsdiskursen und politisch-rhetorischen Argumentationsschleifen. Auch diese Arbeit zollt als Dissertation einer fragwürdigen wissenschaftlichen Betriebsamkeit und Fachsprache ihre Tribute.“ (S. 79)

Eine weitere Frage ist, inwiefern Kellermann der interdisziplinäre Brückenschlag zwischen Politologie und Theologie gelingt. Über weite Strecken baut ihre Arbeit derart stark auf religiösen Prämissen auf, dass die gegenwärtige Politologie sie kaum als anschlussfähig anerkennen dürfte. Der Rezensent bekennt, dass er als Theologe durchaus davon angetan ist, dass überhaupt außerhalb der eigenen Disziplin mit theologischen Begriffen gearbeitet wird. Gleichzeitig steht er ratlos vor Sätzen wie den folgenden: „Die Seele hingegen kennt

keine Negation, kennt kein Warum. Sie ist geistig-materiales Leben in Ursprünglichkeit und kann deshalb auch nur Leben wollen. Insofern ist ihre natürliche Wahrnehmung der Wirklichkeit a priori die Freude am Leben.“ (S. 107) Oder: „Wir können die Seele heuristisch als ein vieldimensionales Organ der Vermittlung und Transzendierung begreifen von Vergangenheit und Zukunft, von Sichtbarem und Unsichtbarem zum vollkommenen Dasein.“ (S. 110) Woher weiß Kellermann das alles – und was meint sie überhaupt damit? Spätestens wenn Kellermann dann noch davon spricht, dass es als „Orientierung für friedliches Handeln (...) auf die Qualität lebendiger Ganzheitlichkeit zu pochen“ gelte (S. 136), wünscht man sich die begriffliche Schärfe der gescholtenen Wissenschaft – auch der theologischen. Gerade dieser Jargon der Ganzheitlichkeit verhindert vermutlich die angestrebte Befruchtung von spirituellen Kategorien, Theologie und Politologie. Eher führt die spirituell inspirierte Reformulierung politischer Fragestellungen dazu, sie aus dem politologischen Diskurs herauszulösen, zumal der Zusammenhang zwischen den ‚spirituell‘ formulierten Sätzen und den Referaten über die Philosophen und Politologen, mit denen sich Kellermann auseinandersetzt, nicht immer deutlich wird.

Bleibt die Frage, was Kellermanns Buch zu heutigen politischen Diskussionen beizutragen hat. Mir scheint, vor allem dies: Kellermann ruft in Erinnerung, dass ein an Werten wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit orientiertes Gemeinwesen Menschen braucht, die diesen Werten aus tiefer Überzeugung folgen, nicht nur aus zweckrationalen Erwägungen. Solche Überzeugungen wiederum haben eine religiöse, spirituelle Dimension, die es zu pflegen, zu reflektieren und zu würdigen gilt. Insofern erscheint auch Kellermanns harsche Kulturkritik an einer zweckrationalen, konsumistischen, gewalttätigen, also ‚seelenlosen‘ Moderne (vgl. z.B. S. 43ff.) zumindest teilweise nachvollziehbar, obwohl einem oft mulmig werden kann ob ihrer Nähe zu ‚okzidentalistischen‘ Diskursen (Jan Buruma/Avishai Margalit).

Joachim Willems

Kindermann, Gottfried-Karl: Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik. Von der Landesöffnung bis zur Gegenwart. München: Olzog Verlag, 421 Seiten, € 34,00.

Dem Politikwissenschaftler, der sich vornimmt, den „Aufstieg Koreas in der Weltpoli-

tik“ zu analysieren, tut sich gleich anfangs ein schier unlösbares Problem auf. Während der Beginn des zu wählenden Beobachtungszeitraums automatisch vorgegeben scheint – die von außen erzwungene „Landesöffnung“ im Jahr 1876 – bereitet das Festlegen des Endes Schwierigkeiten. Wo aufhören? Nach wie vor gehört die koreanische Halbinsel zu den spannendsten Brennpunkten der Weltpolitik. Im Wechselspiel von Konfrontation und Konflikt zwischen den beiden antagonistischen koreanischen Teilstaaten ist weiterhin keine schnelle Lösung in Sicht. Mit der regelmäßigen Symmetrie einer Sinuskurve haben sich die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea in den vergangenen Jahrzehnten zwischen dem negativen und dem positiven Extrem hin- und herbewegt und dabei enorme Wechselwirkungen im internationalen Kräfteumfeld, insbesondere im Beziehungsgefüge mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China, Japan und Russland, entwickelt. Wer seine Beobachtungen in der Gegenwart abschließt, läuft Gefahr, schon morgen von sich überstürzenden Ereignissen überrascht zu werden.

Gottfried-Karl Kindermann, einer der renommiertesten Ostasienkenner im deutschsprachigen Raum, hatte bei der Erstauflage seines Buches „Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik“ den Schlusspunkt seiner Beobachtungen im September 1994 gesetzt. Im Jahr der Veröffentlichung hielt die Weltöffentlichkeit angesichts der Eskalation auf der koreanischen Halbinsel den Atem an. Kindermann füllte mit seinem sowohl im Informationsgehalt als auch in der Analysetiefe hervorragenden Werk eine große Lücke.

Dennoch erging es seiner begeisterten Leserschaft damals wie dem Zuschauer, dem kurz vor der Auflösung eines spannenden Fernsehkrimis der Strom abgeschaltet wird. Weil die Zeit für eine Veröffentlichung drängte, endete der Beobachtungszeitraum der Erstauflage abrupt: noch vor dem Abschluss des Rahmenabkommens zur Beilegung der ersten nordkoreanischen Nuklearkrise, in einer Zeit der ungesicherten nordkoreanischen Führungsnachfolge kurz nach dem Tode Kim Il Sungs. Dem Leser war es somit selbst überlassen, die kurz darauf eintretenden politischen Ereignisse einzuordnen und zu bewerten. Das nötige Rüstzeug hierzu hatte ihm der Asienkenner Kindermann zweifellos mit auf den Weg gegeben. Er hatte eine präzise Analyse der historischen Wurzeln und Ursachen der Teilung Koreas vorgelegt und das Schicksal der beiden koreanischen Teilstaaten in den Kontext des Beziehungsgefü-

ges der umliegenden internationalen Akteure eingeordnet.

Auf eine Fortsetzung dieser Analyse, prägnant, tiefgründig und dabei stets anschaulich und spannend, wie man es von Kindermanns Ostasienwerken gewohnt ist, hoffte, wer sich Mitte der 90er-Jahre in die Erstausgabe vertieft hatte. Mehr als ein Jahrzehnt später hat sich der Politikwissenschaftler sein Korea-buch noch einmal vorgenommen. Der Beobachtungszeitraum der Neuauflage wurde um über zehn Jahre erweitert. Dadurch wurden zahlreiche Ereignisse Gegenstand der Analyse, die Mitte der 90er-Jahre selbst für Asienkenner kaum erahnbar waren: Der Wahlsieg des ehemaligen Dissidenten Kim Dae Jung in Südkorea, die Wirtschaftskrise der späten 90er-Jahre und die südkoreanische „Sonnescheinpolitik“ gegenüber Pjöngjang werden in der Neuauflage ebenso sorgfältig behandelt wie die Ereignisse im nördlichen Teil der Halbinsel, etwa die Festigung der Machtposition von Kim Jong Il oder die Verschärfung der Konfrontation während der zweiten nordkoreanischen Atomkrise.

Kindermann bleibt seiner politikwissenschaftlichen Herangehensweise treu und verliert nie die Gesamtkonstellation der Akteure der Region aus dem Blick. Insbesondere der einflussreichen Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika, sowohl als Gegenspieler Nordkoreas als auch als Partner Südkoreas, schenkt er viel Aufmerksamkeit.

Dieses Buch ist für asienpolitische Kenner wie Novizen gleichermaßen geeignet. Letztere finden hier ein in klare historische Zeitabschnitte gegliedertes Grundlagenwerk vor, das ihnen historische und kulturelle Hintergründe erläutert und sie von der Einigung der drei koreanischen Königreiche unter dem buddhistischen Königreich Shilla (668–935 n.Chr.) bis in die Gegenwart leitet, d.h. mitten hinein in das Hin und Her der immer wieder verschobenen und neu angesetzten Pekinger Sechsparteien-Gespräche zur Lösung des nordkoreanischen Nuklearproblems. Für den fortgeschrittenen Koreakenner, der seine Kenntnisse über einzelne politische Persönlichkeiten oder Epochen auffrischen will, ist dieses Buch mit seinen in sich geschlossenen einzelnen Kapiteln von ebenso großem Wert. Den Koreaexperten schließlich, von dem angenommen werden darf, dass er die historischen Fakten ohnehin parat hat, interessiert vor allem Kindermanns Einordnung und Bewertung der historischen, an erster Stelle aber der jüngsten Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel.

Alle drei Gruppen werden dieses Korea-buch begeistert lesen, am Ende aber, wie die Leser der Erstausgabe, ihre Enttäuschung über das abermals notwendige abrupte Ende der Analyse nicht verbergen können. Den Verfasser trifft hier keine Schuld. Die Koreafrage ist nach wie vor ungelöst und wird auch in den kommenden Jahren noch viele unerwartete Entwicklungen bereithalten. Welchen Redaktionstermin Kindermann auch immer zu setzen gewillt ist, an Stoff für eine Fortsetzung der Analyse wird es ihm auch in den kommenden Jahren nicht mangeln.

Susanne Luther

Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin: Rowohlt 2005, 331 Seiten, € 19,90.

Mit der Implosion des Sowjetreiches ist die Geschichte, anders als man seinerzeit gehofft oder gefürchtet hatte, nicht zu Ende gegangen. Vielmehr präsentiert sie sich in einem neuen Gewand, in dem die verbliebene Supermacht USA fortan Rahmen und Maßstäbe für internationales politisches Handeln setzt. Die hieraus entstandene Kontroverse um die Rolle der Vereinigten Staaten als weltweit agierende Ordnungsmacht führt Herfried Münkler nicht nur in die Gefilde einer deskriptiven Untersuchung von Imperien, Imperialismus und Hegemonie, sondern auch zwangsläufig zu Prognosen über die Dauer und Stabilität der amerikanischen Vorherrschaft.

Wie vor ihm Peter Bender versucht auch der an der Humboldt-Universität lehrende Politikwissenschaftler, das weltpolitische Selbstverständnis der USA in einen geschichtswissenschaftlichen Kontext einzubetten. Allerdings geht es ihm weniger um strukturelle Analogien als vielmehr um die imperialen Rahmenbedingungen, innerhalb derer politische Eliten agieren. Entsprechend konzentriert er sich bei seiner systematischen Herangehensweise zunächst auf eine deutliche Begriffsabgrenzung. Beachtenswert für seine weiteren Reflexionen ist dabei die These, dass Imperien, im Gegensatz zu institutionellen Flächenstaaten mit ihren klar definierten Grenzen, übergreifende „Macht- und Einflussgefüge“ sind, die einer gänzlich anderen Handelslogik unterliegen.

Nach dem einleitenden Kapitel vergleicht der Autor historische Fallbeispiele, die er nach See- und Territorial-, nach Handels- und Militärmächten kategorisiert. Anschließend unterscheidet er Imperien hinsichtlich ihrer zeitli-

chen und räumlichen Ausdehnung und manifestiert – in Anlehnung an Michael Mann und Michael Doyle – das wesentliche Kriterium für den langlebigen Erfolg eines Imperiums in dem ausbalancierten Verhältnis von militärischer, ökonomischer, politischer und ideologischer Macht. Alle Imperien mit längerem Bestand, so der Berliner Politologe, haben einen Übergang von der bloßen Expansion zur Konsolidierung des Reiches durch die verstärkte Einbindung ihrer Peripherie vollzogen. Als mustergültiges Beispiel verweist er auf die Regentschaft des römischen Kaisers Augustus und seiner Politik der Pax Romana. Indessen gelang anderen Imperien wie etwa dem Steppenreich der Mongolen oder den spanischen und portugiesischen Seemächten das Überschreiten der „augustinischen Schwelle“ nicht, da ihnen keine langfristigen Konzeptionen zu Grunde lagen.

Im letzten Teil seiner Studie erläutert Herfried Münkler den Begriff „Imperium“ auch im Rahmen der Diskussion, ob den USA der Sprung über die „augustinische Schwelle“ gelingen werde. Angesichts der Tatsache, dass insbesondere in demokratischen Gesellschaften die Nutzen und Kosten, die Vor- und Nachteile imperialer Politik gegeneinander abgewogen werden, kann die Asymmetrie der Macht zu erheblichen Problemen führen. Die Vereinigten Staaten, die durch Krisen und Konflikte der Peripherie in eine von ihnen ursprünglich nicht erstrebte Rolle hineingezwungen wurden, könnten zwar nicht politisch oder militärisch, aber psychisch und wirtschaftlich zum Rückzug gezwungen werden. Unterdessen werde auch die Europäische Union auf entsprechende Vorgänge in ihrer Umgebung reagieren und sich stärker am Modell des Imperiums orientieren müssen, um gefährliche Instabilitäten im postimperialen Raum der ehemaligen Sowjetunion notdürftig befrieden zu können.

„Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“ ist nicht zuletzt Dank seines vorurteilsfreien Blicks auf den Komplex imperialer Herrschaft eine überaus kluge Studie, die sich von den Allgemeinplätzen, wie sie in der Diskussion um das amerikanische Imperium heute an der Tagesordnung sind, wohltuend abhebt. Sie vermag die Schwächen des europäischen Ordnungsmodells ebenso zu erhellen wie die Tatsache, dass allein die USA derzeit Weltpolitik zu gestalten vermögen.

Zusammenfassend kann man dem Autor zu seiner in vielfacher Weise bemerkenswerten Publikation uneingeschränkt gratulieren. Sie

liefert einen interessanten Beitrag zu einer wichtigen Debatte und ist auf Grund Herfried Münklers Ansatz, seine Argumentation nicht ausschließlich ideengeschichtlich, sondern ebenso zeitgeschichtlich zu exemplifizieren, auch für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Komplettiert wird sie durch elf Karten und eine fundierte Literaturliste.

Christian Fischer

Diamond, Jared: Kollaps – Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Aus dem Amerikanischen von Sebastian Vogel. Frankfurt: S. Fischer Verlag, 6. Aufl., 2005, 702 Seiten kt., € 22,90.

J. Diamond ist in Deutschland vor allem durch zwei Werke sehr bekannt geworden: „Der Dritte Schimpanse“ (1994) und „Arm und Reich – Die Schicksale menschlicher Gesellschaften“ (1998). 1998 erhielt er den begehrten Pulitzerpreis. Er versteht die Geschichtswissenschaft als historische Naturwissenschaft und sieht als bislang ungelöste Aufgabe die Etablierung der Geschichtswissenschaft als solche. Zu dieser neuen interdisziplinären Wissenschaft gehören vor allem die Ökologie, Evolutionsbiologie, Geologie, Klimatologie, Demographie und Kosmologie. In seinem neuen Werk untersucht er die Bedingungen für den Zusammenbruch früherer und heutiger Gesellschaften und berücksichtigt dabei fünf zentrale Faktoren: Umweltschäden, Klimaveränderung, feindliche Nachbarn, freundliche Handelspartner sowie die Reaktion der Gesellschaft auf ihre Umweltprobleme. Zwischen den fünf zentralen Faktoren besteht ein Beziehungsnetz. Die untersuchten Gesellschaften in früheren Zeiten sind die Osterinsel, die Anasazi, die Maya, die Wikinger und Normannisch-Grönland, die Gesellschaften der Gegenwart sind Ruanda, die Dominikanische Republik und Haiti, China und Australien. Nach der Analyse der fünf Faktoren, die zum Zusammenbruch der Gesellschaft führen können und auf der Basis der historischen Naturwissenschaften werden praktische Lehren gezogen. Im Mittelpunkt stehen die Antworten auf folgende Fragen: Warum treffen manche Gesellschaften katastrophale Entscheidungen? Warum stimmen die Interessen von Großunternehmen, Umweltschützern und der Gesamtgesellschaft häufiger überein, als man auf Grund der gegenseitigen Vorwürfe vermuten würde? Welche Veränderungen tragen am wirksamsten dazu bei, dass große Firmen, die derzeit der Umwelt schaden, sich künftig umweltfreundlicher verhalten? In diesem Zu-

sammenhang stehen die Branchen Erdöl, Erz- und Kohlebau, Holzgewinnung und Fischerei im Mittelpunkt. Welche Unterschiede bestehen zwischen der Welt der Vergangenheit und unserer Situation heute? Welche Lehren können wir aus den Erkenntnissen der historischen Naturwissenschaften ziehen? Die entscheidende abschließende Frage lautet: Was kann der Einzelne tun? Diese Frage beantwortet der Autor im dem Abschnitt „Weiterführende Literatur“. Hier erhalten die Leserinnen und Leser konkrete Vorschläge und konstruktive Hinweise. Faszinierend ist, dass die „historische Naturwissenschaft“ in Verbindung mit dem Zusammenbruch früherer und heutiger Gesellschaften Gemeinsamkeiten zeigt, die unabhängig vom Zeitfaktor Gültigkeit haben. Dabei spielen die bereits erwähnten fünf Faktoren eine entscheidende Rolle. Der Zusammenbruch einer früheren Gesellschaft kann als ein schlimmstmögliches Szenario für das genommen werden, was uns selbst in der Zukunft bevorsteht. Durch Globalisierung, internationalen Handel, Flugverkehr und Internet teilen sich heute alle Staaten der Erde die Ressourcen, und alle beeinflussen einander! Ein immer wiederkehrendes Thema des Buches ist die explosionsartige Zunahme von Umwelt- und Bevölkerungsproblemen, die ihren Ausdruck in inneren Unruhen und Krieg finden. Dies gilt in Verbindung mit früheren Gesellschaften (z.B: Osterinsel, Mangareva, Maya und Tikopia), aber auch bei solchen aus unserer Zeit (z.B. Ruanda, Haiti und andere).

J. Diamond wagt auch an einigen Stellen seiner Analyse weitreichende Prognosen. Die Antwort auf die Frage „Welche Folgen hat es, wenn die Chinesen ihren Ehrgeiz verwirklichen, den Lebensstandard der Industrielän-

der zu erreichen?“ lautet: „Wenn China den Standard der Industrieländer erreicht, werden sich Ressourcenausbeutung und ökologische Schäden auf der Erde ungefähr verdoppeln (...). Das ist der wichtigste Grund, warum Chinas Probleme automatisch zu Problemen der ganzen Welt werden“. Die gravierenden ökologischen Probleme Australiens können auf insgesamt neun schädliche Eingriffe in die Umwelt zurückgeführt werden: Rodung der einheimischen Pflanzenwelt, Überweidung durch Schafe und Kaninchen, übermäßige Ausbeutung der Nährstoffe, Bodenerosion, von Menschen verursachte Dürre, Unkraut, falsche politische Entscheidungen und zunehmende Versalzung. Diese schädlichen Eingriffe gelten allerdings nicht für Australien allein.

An verschiedenen Beispielen aus der Geschichte und Gegenwart kann J. Diamond zeigen, wie internationales Verhalten im Zusammenhang mit Wertekonflikten eine Gesellschaft in manchen Fällen davon abhält, eine Lösung anerkannter Probleme zu suchen, in anderen Fällen es jedoch nicht gelingt.

Das vorliegende Werk kann als ein gelungenes Beispiel für die neue „historische Naturwissenschaft“ gesehen werden. Es regt zum interdisziplinären und systemischen Denken an und weist auf die komplexen Beziehungen zwischen Ökologie und Kosmologie hin. Da die Wechselwirkungen der einzelnen Faktoren im Beziehungsnetz oft undurchsichtig sind, kann es leicht zu weitreichenden, ungewollten Nebenwirkungen mit katastrophalen Spätfolgen kommen.

Gottfried Kleinschmidt

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-260/266) oder im Internet unter www.hss.de/publikationen.shtml bestellt werden:

- **aktuelle analysen**

- Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Welchen Sozialstaat wollen wir?
- Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise

- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**

- Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends

- **Berichte & Studien**

- Deutsche Sicherheitspolitik – Rückblick, Bilanz und Perspektiven

- **Studies and Comments**

- India's New Dynamics in Foreign Policy

Über den Buchhandel zu beziehen:

- Alois Glück/Bernhard Vogel/Hans Zehetmair (Hrsg.): Solidarische Leistungsgesellschaft – Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellbogengesellschaft. Freiburg: Verlag Herder, 2006. (ISBN-13: 978-3-451-23014-1)

Autorenverzeichnis



Stefan Ebner
Stipendiat der Studienförderung für Universitäten der Hanns-Seidel-Stiftung, München



Jean-Claude Juncker, Dr. h.c.
Premierminister des Großherzogtums Luxemburg



Gottfried-Karl Kindermann, Prof. Dr. Dr. h.c.
Koordinator der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte und Politik Ost- und Südasiens an der LMU München sowie Lehrbereichsvertreter für Internationale Politik an der Hochschule für Politik, München



Donata Kluxen-Pyta, Dr.
Ressort Bildungspolitik, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin

Willi Lange

Stellvertretender Referatsleiter ‚China‘ des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Reinhard C. Meier-Walser, Dr.

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Kay Möller, Dr.

Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin



Patrick Moreau, Dr.
Politikwissenschaftler bei SOPHIAPOL, Paris



Rita Schorpp, Dr.
Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sachsen



Markus Taube, Prof. Dr.
Professur für Ostasienwirtschaft/China an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und Direktor des Zentralinstituts für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen

Jürgen Wilke

Referatsleiter ‚China‘ des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München



Junhua Zhang, Dr.

derzeit Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin